

DIE ZUKUNFT GEHÖRT DEM ARBEITENDEN

Das arbeitende Havanna nimmt Klassenbrüder mit offenen Armen auf. Dort trafen zu ihrem 10. Weltkongreß die Delegierten von Gewerkschaften aus aller Welt ein: aus den sozialistischen Ländern, wo die Gewerkschaften praktisch alle Arbeitenden in Stadt und Land erfassen, sich rege an der Aufbauarbeit des Volkes beteiligen und eine Schule der Leitung, der Wirtschaftsführung, eine Schule des Kommunismus sind; aus kapitalistischen Ländern, wo sie ein mächtiges antimonopolistisches Potential erlangt haben, über den puren Ökonomismus hinauswachsen und ihre Kampfaktionen gegen die kapitalistische Macht verstärken; aus den jungen Staaten, die sich befreit haben und in denen die gewerkschaftlich organisierten Lohnarbeiter von Anfang an bemüht sind, ihrer Bewegung eine antiimperialistische Ausrichtung zu geben; aus Ländern mit faschistischen Diktaturen, wo der Freiheitskampf unter Terrorakten und Verfolgungen geführt werden muß.

Ein gewerkschaftlicher Weltkongreß in Havanna wäre noch vor ein paar Jahrzehnten ganz undenkbar gewesen. Wie sehr mußte sich das politische Kräfteverhältnis international verändern, damit nur 90 Meilen von der Hochburg des Kapitalismus entfernt die Besten der Menschheit — deren schöpferischer Teil — zusammentreten konnten, um die Sachlage an der wichtigsten Kampffront von heute zu erörtern, dieser Front zwischen Arbeit und Kapital, wo es um den sozialen Fortschritt und die Erhaltung des Friedens wie auch des Lebens auf Erden geht.

Der Kapitalismus ist von Natur aus gefühlskalt und brutal. Das ist nicht neu. Neu ist nur, daß sich jetzt, wo die Militarisierung im Westen in ein gefährliches Stadium getreten ist, schon die bloße Politik des Näherrückens an einen Krieg besonders verheerend auf das Leben des berufstätigen Menschen auswirkt. Wie Gus Hall, der Führer der nordamerikanischen Kommunisten, feststellt, wird selbst im reichsten kapitalistischen Land „das Volk vom Lohnempfang zur Arbeitslosigkeit, zur Arbeitslosenunterstützung und schließlich in die Schlange nach einem Teller Armensuppe hinuntergedrückt“. Immer neue Fabriken und Bürobetriebe werden geschlossen und die Belegschaften auf die Straße gesetzt. Jetzt zählen diese Aus-

gestoßenen in den USA allein über 9 Millionen, mehr denn je seit Kriegsende.

Die Brutalität des Kapitalismus nimmt in dem Maße zu, wie er sich unfähig erweist, die durch die soziale Entwicklung aufgeworfenen Probleme zu beantworten. Seine Preissänger verleumden den Sozialismus nach Strich und Faden, sie belügen die Völker, drohen all und jedem, suchen die demokratischen Kräfte, in erster Linie die Gewerkschaftsbewegung, zu spalten. Mit ihrer ganzen klassenmäßig bedingten Falschheit haben sie eine verlogene Kampagne wegen der Vorgänge in Polen aufgezogen. Besonderen Eifer zeigt dabei die Regierung Reagan. Selbst ein Fürsprecher der bürgerlichen Grundsätze wie der österreichische Bundeskanzler Kreisky hat ihr Heuchelei vorgeworfen. Er hat gesagt, die Amerikaner könnten kaum Verständnis für die polnische Gewerkschaftsbewegung aufbringen — man brauche ja nur daran zu denken, was in den USA mit den streikenden Fluglotsen geschehen ist. Am Potomac tut man so, als trauere man über eine ausgebliebene „Unabhängigkeit“ der Gewerkschaft „Solidarność“. Im Grunde genommen aber trauert Washington über das Scheitern des Versuchs der inneren und äußeren Konterrevolution, in Polen den Sozialismus zu liquidieren, was jetzt für niemanden ein Geheimnis mehr ist.

Derartige Fehlschläge der Reaktion deuten, um mit dem amerikanischen Politologen George Kennan zu sprechen, auf das höchst Krankhafte des Imperialismus hin, der „nur Sinn für einen Kernkrieg“ habe und „nicht Hoffnung, sondern nur Schrecken“ anerkenne. Das Menschenleben und die Zukunft der Zivilisation sind jedoch zu kostbar, als daß man zulassen dürfte, daß die Handlanger der multinationalen Konzerne damit nach eigenem Gutdünken umspringen. Dieser oft und oft von den Kommunisten ausgesprochene Gedanke ergreift heutzutage von immer breiteren Massen Besitz und wird von den organisierten Kolonnen der Arbeiterbewegung in ihr Rüstzeug aufgenommen. Eine ihrer Hauptaufgaben sehen die Fortschrittskräfte der Welt darin, die Bourgeoisie zu zwingen, sich um eine politische Beilegung sämtlicher Konflikte am Verhandlungstisch zu bemühen, um die Kernkriegsgefahr abzuwenden und die für Rüstungen bereitgestellten Mittel zur Lösung der sozialen Probleme der Menschheit zu benutzen.

Den Kongreß in Havanna hat der WGB veranstaltet. Dem Sinn und Buchstaben nach bekräftigt das Programm des Kongresses, daß der WGB für Einheit der Bewegung ist. Er appelliert an alle Gewerkschaften der Welt, ganz gleich, welcher Observanz, geeint vorzugehen. Dem international organisierten Kapitalismus muß die internationale Solidarität der arbeitenden Menschen entgegengesetzt werden. Diesen gehört die Zukunft.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 7 FEBRUAR 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLIAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Zukunft gehört dem Arbeitenden	1
J. Shilin — Gemeinsam den Frieden wahren	5
Geographie des Außenhandels	8
O. Charchardin — Konstruktiver Dialog	8
A. Slatorunski — Den Aggressor isolieren	9
S. Dlugosz — Polen stützt sich auf seine Freunde (Interview)	10
J. Botscharkow — Lügen entlarvt	11
L. Skuratow — Tschad. Unter dem „Schutz“ interafrikanischer Streitkräfte	12
Biographisches: Jerry John Rawlings	13
W. Dolgow — Mittelamerika. Wahlen als Deckmantel	14
A. Baryschew — Aufs Korn genommen	15
Notizen ◆ Glossen	16
K. Karagesian — BRD. Wenn die Masken fallen	18
Geld kauft Macht	19
L. Shegalow — Hindustan. Verhandlungen in Delhi	21
B. Assojan — Kenia. Sprünge im „Schaufenster des Kapitalismus“	22
A. Stepanow — Ägypten. Veränderungen erwarten	24
I. Siwzew — Das Erbe Sadats	25
D. Sgerski — Religion — eine Alternative!	27
W. Panjkow — Wackliger Komparativismus (Das politische Buch)	28
L. Naryschkin — Die CIA als Drogendealer (Hinter den Kulissen)	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Zum X. Weltgewerkschaftskongress in Havanna trafen Vertreter der Werkförmigen sozialistischer, kapitalistischer Länder und junger Nationalstaaten ein. Auf der Tagesordnung stehen Fragen des Kampfes für sozialen Fortschritt, gegen alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung, für aktive gemeinsame Aktionen zum Schutz des Friedens, für Abrüstung und Völkersicherheit.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad, Rufnummer: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 9. Februar richtete Leonid Breschnew ein Glückwunschtrogramm an den Vorsitzenden des Staatsrates der SR Vietnam Truong Chinh, Mitglied des Politbüros des ZK der KP Vietnams, anlässlich seines 75. Geburtstages.

■ Am 6. Februar traf sich Konstantin Tschernenko, der die Delegation der KPDSU zum XXIV. Parteitag der FKP führte, in Paris mit Ministerpräsident Pierre Mauroy. Sowjetischerseits wurde betont, wie wichtig es ist, all das, was um den Preis großer Anstrengungen in den vielen Jahren bei der Entwicklung und Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Frankreich erreicht wurde, zu wahren und zu mehren. Pierre Mauroy betonte, daß Frankreich bereit ist, seinen Beitrag zur Entspannung und zur Zusammenarbeit mit der UdSSR in verschiedenen Bereichen zu leisten. Er legte die bekannte Position Frankreichs zur polnischen Frage dar. Wie sowjetischerseits hervorgehoben wurde, hält sich die UdSSR für nicht berechtigt, die souveränen Angelegenheiten des polnischen Staates mit einer dritten Seite zu erörtern, und erkennt dieses Recht niemandem zu.

■ Am 2. Februar traf sich der Generalsekretär des ZK der BKP Todor Shiwkow, Vorsitzender des Staatsrates Bulgarien, in Sofia mit einer Delegation des ZK der KPG unter Harilaos Florakis, Generalsekretär des ZK der KPG. In ihrem Gespräch verwiesen Shiwkow und Florakis auf die gewaltige historische Rolle des Sieges des realen Sozialismus in der UdSSR und seines Aufbaus in den anderen sozialistischen Ländern, was die größte Errungenschaft des gegenwärtigen revolutionären Prozesses und der entscheidende Faktor im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt ist. Sie betonten die Notwendigkeit, ständig die Geschlossenheit und Aktionseinheit der kommunistischen Weltbewegung im Kampf für den Frieden, gegen den Imperialismus zu festigen, der die internationale Lage zuspitzt und das Weltfrüsten anzuheizen versucht.

■ In Paris empfing Außenminister Claude Cheysson seinen polnischen Amtskollegen Józef Czyrek.

■ Auf der Sitzung des Politbüros des ZK der PVAP am 6. Februar in Warschau wurde die soziale, politische und wirtschaftliche Lage in Polen eingeschätzt. Besondere Beachtung galt der Durchsetzung der Wirtschaftsreform. Das Politbüro unterstrich die Notwendigkeit, die Arbeit der Betriebsparteiorganisationen und der Wojewodschaftsorganisationen bei der Lösung konkreter Produk-



Am 3. Februar empfing Leonid Breschnew die in Moskau eingetroffenen Vertreter des Konsultativrates für Abrüstung der Sowjetunion: Kalevi Sorsa, Vorsitzender des Konsultativrates und Vizevorsitzenden der Sowjetunion, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Finnlands; Walter Hacker, Sekretär des Konsultativrates und Sekretär für internationale Fragen im SPÖ-Vorstand, und Sachiko Taguchi, Mitglied des außenpolitischen Komitees im Zentralen Exekutivkomitee der Partei des demokratischen Sozialismus Japans. **TASS-Foto:** Während des Gesprächs.

tionsprobleme zu verstärken und die Arbeitskollektive zu produktiverer Arbeit zu mobilisieren. Auf der Sitzung wurden die Bergbauleute gewürdigt, die die Kohlegewinnung vergrößert haben. Das Politbüro legte die Aufgaben der Parteiorganisationen, wie sie sich aus der Rede Wojciech Jaruzelskis auf der jüngsten Sejm-Tagung ergeben, fest.

In Luanda wurde eine angolanisch-kubanische Erklärung über das kubanische militärische Kontingent in Angola und die Bedingungen seines Abzugs veröffentlicht. Darin wird der böswillige Charakter der im Westen vor allem durch die Reagan-Administration kolportierten Erfindungen über angeblich verborgene Ziele der militärischen Präsenz Kubas in Angola aufgezeigt (s. S. 11).

Der Außenminister der VR Kampuchea Hun Sen richtete ein Schreiben an den UNO-Generalsekretär mit einem entschiedenen Protest gegen die Anwesenheit eines Vertreters des nichtexistenten Pol-Pot-Regimes in der UNO.

Operationen zur Liquidierung der konterrevolutionären Banden in der DRA werden erfolgreich fortgesetzt. Die bewaffneten Volksstreitkräfte rieben eine Terroristengruppe in der Provinz Fariab auf. Immer mehr Afghanen, die durch feindliche Propaganda zur konterrevolutionären Tätigkeit verleitet wurden, strecken freiwillig die Waffen. Tausende Menschen treten den Volksstreitkräften bei, um mit der Waffe in der Hand die

Errungenschaften der Revolution zu verteidigen.

In Ghana nahm ein vom Provisorischen Rat für Landesverteidigung zur Bekämpfung der Korruption eingesetztes Nationales Untersuchungskomitee seine Tätigkeit auf. Exponenten der ehemaligen herrschenden Partei, Parlamentsabgeordnete und Geschäftsleute sagen vor dem Komitee aus. Durch ein Dekret des Provisorischen Rates wurde ferner ein Komitee zur Überprüfung der Einkommenquellen der Bürger gegründet.

Am 5. Februar schloß eine Sonderfagung der UNO-Vollversammlung. Ihre Teilnehmer nahmen mit 86 Stimmen (bei 21 Gegenstimmen und 34 Stimmabstimmungen) eine Resolution an, die die rechtswidrige Annexion der syrischen Golan-Höhen durch Israel verurteilt (s. S. 9).

Am 2. Februar begann in Genf eine Tagung des Abrüstungsausschusses. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Fragen im Zusammenhang mit dem Problem der Einschränkung des Wettrüstens, mit der Abrüstung sowie mit der Ausarbeitung von Maßnahmen zum Verbot einzelner Waffenarten.

In Madrid nahm das Nachfolgetreffen der KSZE-Staaten am 9. Februar seine Arbeit wieder auf.

In Brüssel fand am 3. Februar eine NATO-Ratstagung statt, an der die ständigen Vertreter der NATO-Länder teil-

nahmen. Die USA-Vertreter verlangten von den westeuropäischen Staaten, die Beteiligung am Bau der Ferngasleitung aus der UdSSR und den Ankauf sowjetischen Erdgases aufzugeben. Aber die Vertreter der westeuropäischen Staaten lehnten diese Forderung ab.

Die USA-Administration legte am 6. Februar den Entwurf des Bundeshaushalts für das Finanzjahr 1983 vor. Er sieht eine beispiellose Kürzung der Ausgaben für die inneren Programme von insgesamt 43 Md. und ein Defizit von 91,5 Md. Dollar vor. Zugleich ist eine 20%ige Erhöhung der Militärausgaben geplant. Das bringt die realen Militärausgaben auf 221 Md. Dollar und die dem Pentagon zur Verfügung stehenden Mittel auf insgesamt 263 Md. Dollar.

Am 5. Februar trat US-Verteidigungsminister Weinberger eine Nahostreise (Saudi-Arabien, Oman, Jordanien) an. Wie in den Washingtoner politischen Kreisen verlautet, verfolgt der Pentagonchef damit das Ziel, die militärstrategischen USA-Positionen in diesem erdöltreichen Raum zu festigen.

Am 4. Februar legten Griechenland und Libyen bei den USA einen Protest im Zusammenhang damit ein, daß US-Jagdflugzeuge im griechischen Luftraum ein libysches Zivilflugzeug, das einen regelmäßigen Flug auf der Route Athen-Tripolis unternahm, angriffen. Zwei auf Schiffe der 6. US-Flotte im Mittelmeer basierte „Phantom“-Jäger verfolgten das libysche Flugzeug und führten gefährliche Manöver in seiner Nähe aus, was unter den Passagieren Panik auslöste.

Vom 1. bis zum 4. Februar hielt sich der griechische Ministerpräsident Papandreou in Bonn auf, wo er mit Bundespräsident Carstens, Bundeskanzler Schmidt

construire

le socialisme aux couleurs de la France



Vom 3. bis zum 7. Februar fand im Pariser Arbeitervorort Saint-Ouen der XXIV. Parteitag der FKP statt. Das ZK der KPdSU richtete ein Grußschreiben an den Parteitag: „Das ZK der KPdSU schätzt die Beziehungen der brüderlichen Freundschaft und engen Solidarität zwischen unseren beiden Parteien hoch ein. Sie haben sich im langjährigen gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, für unsere gemeinsamen Ideale — Frieden und Sozialismus — bewährt. Die KPdSU ist fest entschlossen, diese Beziehungen auch weiter auf der Grundlage der Prinzipien, die im gemeinsamen Communiqué über die Verhandlungen einer KPdSU- und einer FKP-Delegation im Januar 1980 in Moskau fixiert wurden, zu festigen und zu entwickeln.“ Auf dem Parteitag waren 112 kommunistische und Arbeiterparteien sowie nationale Befreiungs- und andere fortschrittliche Bewegungen vertreten. Der Leiter der KPdSU-Delegation war Konstantin Tschernenko. Im Arbeitervorort Villejuif fand eine Massenkundgebung der internationalen Solidarität unter Teilnahme der KPdSU-Delegation statt. Am 7. Februar wurde Georges Marchais auf einem ZK-Plenum der FKP zum Generalsekretär der Partei wiedergewählt. Leonid Breschnew gratulierte ihm zur Wahl auf diesen hohen Posten. **Unser Bild: Im Präsidium des Parteitages der FKP.**

Foto: V. Sobolew (TASS)

■ und anderen Staatsmännern und Politikern verhandelte.

■ Tausende Teilnehmer einer Protestdemonstration in Frankfurt am Main gegen die Vernichtung des Waldes um einen US-Militärstützpunkt wurden brutal von der Polizei auseinandergetrieben. Von den mehr als 100 Opfern wurden über 20 im Krankenhaus eingeliefert.

■ Die bewaffneten Kräfte der salvadorianischen Patrioten setzen aktive Kampf-

handlungen gegen die Junta-Truppen fort. Gekämpft wird in Usulután, dem Verwaltungszentrum des gleichnamigen Departements. Ein Teil der Stadt wird von der Nationalen Befreiungsfront „Farabundo Martí“ (FMLN) kontrolliert. Die Aufständischen halten die nach Usulután führende Chaussee und verhindern so die Verlegung von Verstärkungen für die Junta-Truppen in der belagerten Garnison. Die FMLN-Truppen haben San Francisco Gotera, das Zentrum des Departements Morazán, eingekreist (s. S. 14).

■ In Sudan nahmen die Unruhen, Streiks und Protestdemonstrationen gegen den politischen und wirtschaftlichen Kurs des Nimeri-Regimes ihren Fortgang. Gegen die Aktionen der Werktätigen setzten die Behörden Truppen ein. In den Städten Malakal und Wau kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und den Kräften der Armee und der inneren Sicherheit.

■ Am 5. Februar traten der Präsident Surinams, Henck Chin A Sen, und das ganze Ministerkabinett auf Forderung des Nationalen Militärrats, der faktisch die Macht im Lande ausübt, zurück. Bis zur Bildung einer neuen Regierung übertrug der Rat die Funktionen der Exekutive einem Militärkomitee unter Oberstleutnant Bouterse, Oberbefehlshaber der Streitkräfte.

■ Bei den in Kostarika am 7. Februar abgehaltenen Wahlen wurde Luis Alberto Monge Alvarez, Kandidat der Partei der Nationalen Befreiung, zum Präsidenten der Republik gewählt.

NZ

POST

Ich bin stolz, daß die italienischen Arbeiter und die einfachen IKP-Mitglieder sich nicht in die antisowjetische und antisozialistische Kampagne haben hineinziehen lassen, die die bürgerlichen Massenmedien um die polnischen Ereignisse aufgezogen. Das arbeitende Italien lehnte die provokatorische Idee eines „Solidaritätsstreiks“ mit den polnischen Arbeitern ab. Für uns waren und sind die Oktoberrevolution, der Aufbau des Sozialismus in der UdSSR, der Sieg des Sowjetvolkes im Krieg gegen den Faschismus, seine Unterstützung für die um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Völker die wahre Verkörperung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Die Verhängung des Ausnahmezustandes ist eine innere Angelegenheit der Pole. Die Verantwortung für Polens Schwierigkeiten tragen vor allem die Abenteurer, die die Macht in der „Solidarność“ an sich rissen.

Antonio di STASIO
Cinisello Balsamo, Italien

Mich beunruhigen die US-Intrigen gegen den Iran. Die US-Führer wollen sich weiterhin an den Iranern rächen. Das legte überzeugend der Artikel von P. Mesenzew „USA—Iran. Revanchelüster“ (NZ 1/82) dar. Jetzt braucht Iran vor allem Freundschaft mit seinen Nachbarn. Deshalb ist die unverzügliche Einstellung des iranisch-irakischen Konflikts vordringlich. Nicht nur, daß in diesem Krieg täglich Menschen umkommen. Zwei nichtpaktgebundene Staaten, zwei Nachbarvölker verschwenden ihren Reichtum, obwohl sie einen gemeinsamen Feind haben — den Imperialismus.

W. SAWENKOW
Iwnja, Gebiet Belgorod,
UdSSR

Ihre Zeitschrift würde gewinnen, wenn Sie mehr über die Geschichte des nationalen Befreiungskampfs und der internationalen Beziehungen bringen würden. Ihre Artikel über Pearl Harbour, Hiroshima und den „mandshurischen Zwischenfall“ waren sehr interessant.

Jewgeni ZIRULNIKOW
Moskau, UdSSR

GEMEINSAM DEN FRIEDEN WAHREN

(Zum Dialog zwischen der KPdSU und der SI)

Juri SHILIN

In der Weltpolitik ist Neues immer so oder so mit dem Alten verflochten. Bei weitem nicht immer ist das Neue „gut vergessenes“ Altes. So stand der Anfang d. J. neben anderem im Zeichen offensichtlicher Rückfälle in den kalten Krieg und der zunehmenden Gefahr seiner Neuauflage. Neu ist auch, daß solche Rückfälle angesichts eines gegenüber dem „klassischen“ kalten Krieg qualitativ und quantitativ höheren Niveaus der bewaffneten Konfrontation erfolgen. Eine solche Neuheit ist schlimmer als alles Überalterte. Die Gefahren, die die Politik der Stärke heraufbeschwört, werden verdoppelt, ja verzehnfacht.

Doch neu ist auch, daß trotz der heraufziehenden Gewitterwolken das Potential der Entspannung weiter wirkt. Ein beredter Beweis ist die nunmehr weit verbreitete Erkenntnis der Bedeutung von Dialogen und Kontakten sowohl auf Regierungsebene als auch in der Öffentlichkeit, die Erkenntnis ihrer besonderen Notwendigkeit in Momenten, da sich die internationalen Spannungen erhöhen.

In den letzten Januartagen erklärte der Vizevorsitzende der Sozialistischen Internationale Olof Palme, Vorsitzender der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit: „Es ist sehr wichtig, auch in Zeiten der Verschlechterung der internationalen Lage und der Krise in den internationalen Beziehungen den Dialog fortzusetzen und die Entspannungspolitik aufrechtzuerhalten. Insbesondere darf die langfristige und elementare Bemühung um Abrüstung nicht durch regionale und aktuelle Ereignisse beeindruckt werden. Es ist schwer, sich daran zu halten, aber dies muß die prinzipielle Grundlage sein.“ Man könnte analoge Äußerungen anderer Politiker zitieren.

Es besteht die (allerdings nicht allgemeine) Einsicht, daß Komplikationen in außenpolitischen Angelegenheiten nicht durch solche auf den ersten Blick „einfachen“ Mittel aufgehoben werden wie den Bruch

oder groben Druck, daß gerade in schwierigen Zeiten Dialog und Kontakte keineswegs unterbrochen werden dürfen, daß man sie vielmehr intensivieren muß. Denn gerade in solchen Zeiten nimmt ihre durch nichts zu ersetzen Rolle als Instrument zur Lösung einzelner Streitfragen, mehr noch, zur Verhinderung einer Verschlechterung in der weltweiten Entwicklung zu.

Zwar werden dem internationalen Dialog zwischen politischen Kräften unterschiedlicher ideologischer Prägung Hindernisse bereitet, aber er geht fort. Das jüngste Beispiel dafür ist das Moskauer Treffen von Vertretern des Konsultativrates für Abrüstung der Sozialistischen Internationale mit Leonid Breschnew und mit einer Delegation des ZK der KPdSU unter Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU.

Die in Moskau eingetroffenen Politiker — der Vorsitzende des Konsultativrates Kalevi Sorsa, SI-Vizevorsitzender und Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Finlands; der Sekretär des Konsultativrates Walter Hacker, Sekretär für internationale Fragen im SPÖ-Vorstand; Sachiko Taguchi, Mitglied des außenpolitischen Komitees des Zentralen Exekutivkomitees der Partei des demokratischen Sozialismus Japans — pflegten außerdem einen umfassenden Meinungsaustausch über sie interessierende Fragen mit Vertretern der sowjetischen Öffentlichkeit und Experten für Probleme der internationalen Beziehungen und der Abrüstung.

Die in der sowjetischen Presse veröffentlichten offiziellen Materialien geben Aufschluß über den Verlauf und die Ergebnisse dieser Konsultationen.

Die Vertreter des Konsultativrates für Abrüstung der SI kamen zu einer in doppelter Hinsicht komplizierteren Zeit nach Moskau: An der Wende zu den 80er Jahren verschlechterte sich die Situation in der Welt überhaupt, aber noch mehr verschlechterte sie sich im Januar

d. J., als die NATO ihren Kurs gegenüber den sozialistischen Ländern verhärtete. Die NATO-Partner maßen sich die der UNO-Charta und der Schlußakte von Helsinki widersprechende Funktion an, Polen zu diktieren, was es zu tun habe und wie. In dem recht beschränkten offiziellen Vokabular Washingtons rückte das Wort Sanktionen in den Vordergrund. Die inneren polnischen Angelegenheiten wurden künstlich und unverfroren zu einer internationalen Angelegenheit hochgespielt.

Was das Thema Polen angeht, so muß man sagen: Zwischen den SI-Parteien und der KPdSU bestehen hier ernste Differenzen. Die Position der SI zu dieser Frage ist in einer Sonderresolution ihres Präsidiums von Ende Dezember 1981 festgehalten. Aber trotz ihres alles in allem negativen Charakters ruft sie alle auf, „die es betrifft, ... die Krise in Polen nicht als Vorwand zur Verminderung der Bemühungen um Entspannung und Rüstungskontrolle zu benutzen“.

Gerade diese Fragen waren Gegenstand des Meinungsaustausches in Moskau, Fragen danach, wie, auf welchem Wege die Kriegsgefahr gebannt, was für die Einstellung des hemmungslosen Wettrüstens zu unternehmen ist. Wie aus den in Moskau veröffentlichten Materialien zu diesen Gesprächen hervorgeht, betonten deren Ergebnisse erneut die konsequente Linie der KPdSU in folgenden Hauptrichtungen:

Erstens bei der unbeirrbaren Realisierung des vom XXVI. Parteitag der KPdSU angenommenen Friedensprogramms für die 80er Jahre. Die Bereitschaft wurde eindeutig bekundet, die einzelnen Bestimmungen dieses Programms weiterhin um konkrete Initiativen zu bereichern, um die Kriegsgefahr zu mindern, den Frieden zu festigen und die Entspannung zu vertiefen.

Zweitens bei der unbeirrbaren Realisierung des Kurses der KPdSU auf Dialog sowohl auf Regierungsebene als auch auf der Ebene von Vertretern der Öffentlichkeit und

von Politikern, einen Dialog mit allen Kräften, von denen die Festigung des Friedens abhängt.

Drittens bei der unbeirrbaren Durchführung des Kurses des XXVI. Parteitages der KPdSU auf Zusammenarbeit mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, vor allem in Fragen des Friedenskampfes.

Die Vertreter des Konsultativrates für Abrüstung der SI hörten die maßgeblichste sowjetische Beurteilung der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf.

Das wichtigste in der sowjetischen Konzeption der Begrenzung der Kernwaffen in Europa besteht darin, positive Ergebnisse bei den Genfer Verhandlungen herbeizuführen, d. h. eine neue Runde im Wettrüsten auf dem Kontinent zu verhüten. Selbstverständlich setzt das guten Willen beider Seiten voraus. Guter Wille aber bedeutet den gegenseitigen Wunsch, bei der Suche nach gegenseitig annehmbaren Lösungen Erfolg zu erzielen, die Interessen des anderen zu berücksichtigen und auf die Dringlichkeit der jeweiligen Frage zu achten. Wenn solche Lösungen nicht gefunden werden, könnte das Jahr 1983 eine neue Übersättigung Europas mit Kernwaffen einleiten. Dabei können Entscheidungen sehr wohl gefunden werden, wenn das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit genau eingehalten und auf dieser Grundlage eine Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation angestrebt wird.

Die von Leonid Breschnew dargelegten sowjetischen Vorschläge bieten dem Westen die größte Wahl:

1. Die UdSSR ist, wie das in Moskau unmißverständlich gesagt wurde, bereit, die Frage auf die radikalste Weise zu lösen, d. h. die vollständige Erlösung Europas von Kernwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch von taktischen Kernwaffen zu vereinbaren. Gerade das betrachtet die UdSSR als die wirkliche „Null-Option“.

2. Die UdSSR ist auch zu einer intermediären Lösung der Frage bereit: zu einem vollen Verzicht beider Seiten — des Ostens und des Westens — auf alle Mittelstreckenwaffen, die auf Objekte in Europa gerichtet sind.

3. Wenn der Westen zu radikalen Lösungen nicht bereit ist, wäre die UdSSR damit einverstanden, eine bedeutende Reduzierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen auf beiden Seiten zu verabreden. Leonid Breschnew sagte in diesem Zusammenhang, bis 1990 könnte man z. B. die gegenwärtige Anzahl der Kernwaffen mittlerer Reichweite jeder Seite auf ein Drittel oder noch

mehr herabsetzen, und zwar etappenweise: In den nächsten Jahren die Arsenale beider Seiten um etwa ein Drittel reduzieren und dann weitergehen. Wenn es um die Einschränkung dieser Arsenale geht, so müßten die NATO-Länder und die UdSSR auf allen Etappen eine gleich große Anzahl solcher Waffen haben.

4. Die UdSSR bekräftigte ihre Bereitschaft, eine Vereinbarung zu erleichtern und zu diesem Zweck für die Dauer der Verhandlungen die Mittelstreckenraketen in Europa quantitativ und qualitativ einzufrieren. Erneut wurde die Bereitschaft der UdSSR bekundet, schon während dieses Moratoriums einstellig einen Teil ihrer Rüstungen mittlerer Reichweite im europäischen Gebiet der UdSSR einzuschränken.

Die Konkretisierung und Weiterentwicklung des sowjetischen Programms für die stufenartige nukleare Abrüstung in Europa geht seiner Bedeutung nach weit über den Rahmen der Beziehungen zwischen der KPdSU und der SI hinaus. Doch erscheint es bedeutsam, daß sie beim Treffen mit deren Vertretern zur Sprache kamen.

Die Verbindungen zwischen der KPdSU und der SI als Dachorganisation der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien haben ihre Geschichte. Hier geht es nicht darum, alle Wechselfälle dieser Beziehungen zu verfolgen. Wir wollen nur an Wesentliches erinnern.

Im Jahre 1959 wandte sich das ZK der KPdSU mit einem Schreiben an den VI. SI-Kongreß. Darin hieß es u.a.:

„Wir wissen, daß in einigen wichtigen Fragen zwischen den sozialistischen Parteien einerseits und unseren Genossen in vielen Teilen der Welt andererseits Differenzen bestehen.

Doch heute haben alle Kolonnen der internationalen Arbeiterbewegung die gemeinsame historische Aufgabe, einen neuen Vernichtungskrieg zu verhindern und die Versuche einer Offensive der Reaktion zurückzuschlagen. Wir begrüßen alle aufrichtigen Bemühungen all jener Politiker, die sich für Frieden, Demokratie und Sozialismus einsetzen und danach streben, Frieden und soziale Gerechtigkeit auf der Erde zu errichten und mit den Nöten und Leiden, die der Imperialismus über die Menschheit bringt, Schluß zu machen...

Gegenwärtig ist das Streben nach festem Frieden der sehnlichste Wunsch der Menschheit. Wir hoffen, daß Sie auf Ihrem Kongreß dieser Angelegenheit die größte Beachtung schenken.“

Damals hat die SI diesen Aufruf ignoriert.

Das Blatt wendete sich Anfang der 70er Jahre, im Rahmen der Entspannung, zu der einige sozialdemokratische Parteien ihren wesentlichen Beitrag leisteten. Leonid Breschnew sagte in seiner Rede in Tbilissi am 14. Mai 1971: „Wir sind für internationale Sicherheit und Frieden, gegen die aggressiven Anschläge auf die Unabhängigkeit und die legitimen Rechte der Völker, und wir sind bereit, mit allen Organisationen und Parteien zusammenzuarbeiten, die wirklich dieselben Ziele anstreben.“ Damals bekräftigte er erneut die positive Einstellung der KPdSU zu möglichen gemeinsamen internationalen Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien.

Damals fanden diese Worte Leonid Breschnew auf der Tagung des SI-Rates (Helsinki, Ende Mai 1971) ein starkes Echo. Viele Tagungsteilnehmer sahen in ihnen mit Recht eine Aufforderung zu Dialog und Zusammenarbeit, darunter auf Parteilebene. Etwas später hoben die leitenden SI-Organe das Verbot für Kontakte mit den kommunistischen Parteien auf. Die Lösung der Frage nach solchen Kontakten wurde den sozialdemokratischen Parteien selbst überlassen. Darauf erweiterten sich bilaterale Verbindungen der KPdSU mit mehreren sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien (mit einigen von ihnen gab es sie schon früher).

Ein Markstein in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der KPdSU und der SI selbst war die Teilnahme Boris Ponomarjows an der Abrüstungssondertagung der SI (Helsinki 1978). Der Vertreter der KPdSU auf diesem Forum legte ausführlich die sowjetische Position zur Einstellung des Wettrüstens dar und brachte erneut die Bereitschaft der KPdSU zum Ausdruck, mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien im Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung zusammenzuarbeiten.

Ein weiterer Markstein auf diesem Wege war der Moskau-Besuch einer Arbeitsgruppe für Abrüstungsfragen der SI unter dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe K. Sorsa im Herbst 1979. Auch damals wurde sie von Leonid Breschnew empfangen und hatte Gespräche im ZK der KPdSU. Auch damals bekräftigten beide Seiten ihre Treue zur Entspannung und ihre Übereinkunft darüber, daß es gelte, unverzüglich das Wettrüsten und die Waffenhorstung einzustellen, sowohl die nuklearen als auch die konventionellen Waffen sowie den Waffenhandel wesentlich einzuschränken.

In der Einstellung der sowjetischen Teilnehmer des Treffens und der Mitglieder der SI-Arbeitsgruppe fanden sich gewisse Meinungsverschiedenheiten über einige Abrüstungsaspekte. Zugleich wurde hervorgehoben, daß es kein Hindernis für die weitere Suche nach Mitteln und Wegen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung sein darf.

Die Arbeitsgruppe für Abrüstung legte dem Madrider Kongreß der SI 1980 einen ausführlichen Bericht vor. Sie selbst wurde in den Konsultativrat für Abrüstung der SI umorganisiert. Der Rat ist ein ständig wirkendes Organ.

Das vergangene Jahr war besonders reich an Kontakten zwischen der KPdSU und sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Dabei wurden die ernstesten internationalen Themen angeschnitten. Hier seien die wichtigsten erwähnt.

Im Juni v. J. empfing Leonid Breshnew Olof Palme als Vorsitzenden der nichtstaatlichen internationalen Organisation „Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit“. Wie er auf diesem Treffen sagte, würde die NATO mit ihrem Versuch, sich die militärische Übermacht zu sichern, nichts erreichen, nur der Welt eine neue Runde im Wettrüsten aufzwingen. Aber die Sowjetunion will das nicht, betonte Leonid Breshnew, sie sei für sofortige konstruktive Verhandlungen, für eine faire Vereinbarung, für die Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation in Europa und der Welt.

Etwa zwei Wochen später sprach sich Leonid Breshnew in seinen Antworten auf Fragen der finnischen „Suomensosialidemokraatti“ für den kernwaffenfreien Status Nordeuropas aus und gab zugleich zu verstehen, daß die UdSSR bei der Behandlung dieser Frage Maßnahmen im Hinblick auf ihr eigenes Territorium dort, wo es an die kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa anstoßen würde, nicht ausschließt.

Ende Juni desselben Jahres empfing Leonid Breshnew in Moskau den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, und sagte ihm u. a.: „Die UdSSR ist bereit, die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen im europäischen Landesteil an dem Tag einzustellen, an dem Verhandlungen über den Gegenstand beginnen. Das natürlich nur für den Fall, wenn die USA uns sagen, daß sie während der Verhandlungen ihre nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa nicht aufstocken werden.“

Die Sowjetunion erwartet von

diesen Verhandlungen reale, gewichtige Ergebnisse. Wir meinen, daß es an der Zeit ist, beim Abbau der Nuklearraketenkernwaffen voranzukommen.“

Mitte September v. J. traf sich Leonid Breshnew in Moskau mit Michael Foot, dem Vorsitzenden der britischen Labour Party, und dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Denis Healey. Er brachte seine Meinung zum Ausdruck, daß das Problem der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa bei gutem Willen gelöst werden kann, und erklärte: „Die Sowjetunion hat nicht vor, auf der Erhaltung der gesamten Anzahl der in ihren westlichen Gebieten stationierten Raketen zu bestehen, und kann ihrer Senkung zustimmen.“

Schließlich fanden im November v. J. Verhandlungen in Bonn zwischen Leonid Breshnew und dem namhaften sozialdemokratischen Politiker Bundeskanzler Helmut Schmidt statt. Bei diesem Besuch wurden die prinzipiellen Bestimmungen des sowjetischen Programms für die Begrenzung des nuklearen Wettrüstens in Europa dargelegt.

Somit ist es durchaus logisch, die Ankunft von Vertretern des Konsultativrats für Abrüstung der SI in Moskau als Fortsetzung der Kontakte zwischen der KPdSU und den sozialdemokratischen Parteien zu betrachten, jener Kontakte, die, ohne die natürlichen ideologischen Unterschiede zu beseitigen oder zu vertuschen, den Interessen des Kampfes für Entspannung und Abrüstung dienen.

Wesentlich ist, daß die Positionen zu mehreren kardinalen Fragen im Zusammenhang mit der Abrüstung übereinstimmen.

Betrachten wir die Resolution des SI-Büros über die Abrüstung, die am 25. September 1981 in Paris angenommen wurde.

Darin fordert die SI auf, „der jetzigen Rüstungsspirale ein Ende zu setzen und den Abrüstungsprozeß wiederaufzunehmen“. Die KPdSU, die UdSSR sind damit einverstanden.

In dieser Resolution hieß es: „Die USA und die UdSSR müssen baldmöglichst den SALT-Prozeß wiederaufnehmen... Aufgabe der weiteren Verhandlungen muß darin bestehen, die vorhandenen Waffenarsenale beträchtlich einzuschränken und die qualitative Perfektionierung neuer Waffensysteme wirksam zu kontrollieren.“ Die KPdSU, die UdSSR sind damit einverstanden. Aber Washington weicht unter diversen Vorwänden selbst einer Wiederaufnahme der

Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen aus.

In besagter Resolution forderte die SI dazu auf, ein neues Wettrüsten bei chemischen Waffen zu verhüten und unverzüglich eine Vereinbarung über deren Verbot zu erzielen. Die KPdSU, die UdSSR sind damit einverstanden. Aber es waren die USA, die nach Juli 1980 die Verhandlungen über Probleme der C-Waffen unterbrachen. Vorläufig hat man nicht den Eindruck, als wollten sie sie wieder aufnehmen; dagegen steht etwas anderes fest: Sie beginnen mit dem Wettrüsten in den C-Waffen und beabsichtigen, sie in einigen europäischen Ländern zu stationieren.

In dieser Resolution erklärte die SI, das Ziel in Europa müsse „eine wirksame Einschränkung und mögliche Liquidierung der Kernstreitkräfte des Kriegsschauplatzes beider Seiten sein. Die Sozialistische Internationale sieht ein hoffnungsreichendes Zeichen in der Erneuerung der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR... Bei ihrer Wiederaufnahme muß der politische Willen an den Tag gelegt werden, einen Erfolg spätestens 1983 zu erzielen.“ Wie aus dem hervorgeht, was Leonid Breshnew den Vertretern des Konsultativrats Anfang Februar 1982 sagte, tut die UdSSR alles, um dieses Ziel zu erreichen.

In dieser Resolution erklärte die SI, daß sie „gleichzeitig die Produktion und Stationierung der Neutronenbombe ablehnt“. Die KPdSU, die UdSSR sind damit einverstanden. Es braucht nicht daran erinnert zu werden, daß der Beschuß über den Bau der Neutronenbombe von der Reagan-Administration gefaßt wurde.

In dieser Resolution erklärte die SI: „Um erfolgreiche Verhandlungen von einem konstruktiven Ausgangspunkt zu beginnen, müssen die Seiten ein zeitweiliges Abkommen über qualitative und quantitative Begrenzungen auf einem nach Möglichkeit niedrigeren Niveau als heute erwägen.“ Praktisch darauf ist die Position der UdSSR bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf gerichtet.

In dieser Resolution brachte die SI die Meinung zum Ausdruck, daß „das Madrider Treffen im Bereich der Sicherheit einen Konsens über die Abhaltung der ersten Etappe einer Konferenz über die Festigung von Vertrauen und Abrüstung in Europa erreichen muß“. Diese Empfehlung stimmt mit der Linie der UdSSR-Delegation auf dem Madrider Treffen überein.

In dieser Resolution begrüßte die SI „die Versuche, die unternommen

werden, um kernwaffenfreie Zonen zu schaffen". Bekanntlich deckt sich das mit einigen sowjetischen Initiativen, stößt jedoch auf Einwände in den NATO-Kreisen.

Eine paradoxe Situation: Ideologisch tendieren die meisten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien gegenwärtig wenn nicht zur USA-Administration, so doch dazu, was „amerikanische Demokratie“ genannt wird. Viele von ihnen tragen schwer an der Last der „atlantischen Solidarität“, mal nicht ohne Murren, mal nicht ohne Enthusiasmus, und wenn er etwas gespielt ist. Aber sobald sie absolut selbstständig an die Abrüstungsprobleme herangehen (die leitenden SI-Organe fassen ihre Beschlüsse ja ohne jeden „Druck aus dem Osten“), wenn sie dabei die Stimmung in den eigenen Parteien und die nationalen Interessen der eigenen Länder in Betracht ziehen, so stellt sich heraus, daß ihre Positionen auf einem recht weiten Abschnitt mit denen der KPdSU übereinstimmen. Gerade das schafft, trotz gewisser Meinungsverschiedenheiten, Voraussetzungen für die Zusammenarbeit in konkreten Abrüstungsproblemen.

In den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien sieht die KPdSU eine recht einflußreiche gesellschaftlich-politische Kraft, die darüber besorgt ist, daß die Welt zur thermonuklearen Katastrophe abgleiten könnte. Diese Besorgnis fin-

det ihren Niederschlag in mehreren Resolutionen und Dokumenten der leitenden SI-Organe und der einzelnen Parteien, die zur SI gehören. Sie äußert sich auch darin, daß einfache Mitglieder dieser Parteien und ihre Exponenten weitgehend an der Antikriegsbewegung teilnehmen, die 1981 nie dagewesene Ausmaße annahm. Allerdings ist diese Teilnahme von Land zu Land unterschiedlich. Besonders breit war sie in Nordeuropa, Großbritannien, der BRD, den Niederlanden, in Belgien sowie in Japan. Die sowjetische Öffentlichkeit betrachtet es als wesentlich, daß diese Besorgnis, die in Dokumenten zum Ausdruck kam, ihre Verkörperung in Entscheidungen der Regierungen findet, denen Sozialisten und Sozialdemokraten angehören. Dann wird Westeuropa einen großen Beitrag zur Abrüstung leisten können.

* * *

Die internationalistische Konzeption der KPdSU umfaßt sowohl die engsten Kontakte mit den Kommunisten in anderen Ländern als auch das Zusammenwirken mit anderen politischen Kräften und Strömungen in jenen Bereichen, in denen es möglich ist, und dann, wenn es den Interessen der ganzen Menschheit entspricht. Die Ergebnisse des Besuchs des SI-Konsultativrats für Abrüstung in Moskau beweisen das erneut.

Im Wiener Hotel „Schönbrunn“ fand die Konferenz „Dialog zu Fragen der Abrüstung und Entspannung“ statt, die auf Initiative des Internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte einberufen wurde. An ihr nahmen ca. 350 Delegierte aus mehr als 60 Ländern sowie von internationalen staatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen (einschließlich der UNO und ihrer Spezialorganisationen) teil. Neben Kommunisten und Vertretern linker demokratischer Bewegungen waren Politiker sozialdemokratischer, bürgerlich-liberaler und nationaler Parteien aus Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas nach Wien gekommen. Der unverhüllte Druck der USA und ihrer NATO-Verbündeten, die über diplomatische, propagandistische und andere Kanäle alles taten, um eine so breite Teilnahme am Wiener Dialog nicht zuzulassen, brachte also nicht die erhoffte Wirkung.

In den Diskussionen wurden fünf Hauptthemen erörtert: „Rüstungsbegrenzung, Entspannung und Sicherheit im europäischen und globalen Maßstab“, „Das Wettrüsten und die Destabilisierung der militärischen und politischen Lage in der Welt“, „Die unmittelbaren Aufgaben zur nuklearen Abrüstung“, „Abrüstung, Entspannung und Entwicklungsländer“, „Öffentliche Meinung und die Rolle der UNO im Kampf für Abrüstung und Entspannung“.

Bei aller Kompliziertheit und Vielfalt der erörterten Fragen, bei der unterschiedlichen Einstellung ihnen gegenüber, waren die Diskussionen sachlich, offen und konstruktiv. Nur manche der italienischen Vertreter (die sich übrigens als „Beobachter“ bezeichneten) suchten erfolglos eine polemische Beurteilung der Lage in Polen aufzuoktroyieren. Nicht unterstützt wurden auch die Bemühungen einiger anderer Redner, die „afghanische Frage“ in den Themenkreis zu ziehen.

Die Konferenzteilnehmer schätzten nüchtern und realistisch die Weltlage ein und, was besonders wichtig ist, demonstrierten nicht nur das Streben, sondern bewiesen auch die Möglichkeit für einen konstruktiven Dialog. Die bei unmittelbarer Teilnahme der Vertreter der verschiedensten politischen und gesellschaftlichen Kräfte ausgearbeiteten Konferenzmaterialien zeugen davon, daß es das gemeinsame Anliegen ist, das größte Gut der Menschheit, den Frieden, zu bewahren, nicht zuzulassen, daß die Entspannung rückgängig gemacht wird, und konkrete Er-

ALBANIEN

GEOGRAPHIE DES AUSSENHANDELS

Die tschechoslowakische Wochenschrift „Hospodářské noviny“ veröffentlichte einen Beitrag über die Entwicklungstendenzen im Außenhandel Albaniens. Wie es dort heißt, zeichnete sich Ende der 70er Jahre ein Zuwachs im Handel Albaniens mit der Türkei, mit Griechenland, Italien und anderen kapitalistischen Staaten ab. Zugleich strebte Albanien, wie im Beitrag weiter ausgeführt wird, danach, die Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft mit den europäischen sozialistischen Ländern zu erweitern. Befiel sich sein Handel mit den sozialistischen Ländern (ohne die SFRJ) 1975 auf 119 Mio Rubel, so waren es 1980 schon 198 Mio. Dieser Zuwachs rührte allerdings in hohem Maße von den Preisveränderungen her, nämlich vom Übergang zu den durchschnittlichen Weltpreisen in den gegenseitigen Handelsgeschäften ab 1979.

Ende der 70er Jahre veränderte der albanische Außenhandel merklich seine geographische Ausrichtung. Im Jahre 1975 machte der Anteil Chinas daran 40,4%, der Anteil der sozialistischen Länder (ohne China und Jugoslawien) 33,9%, der kapitalistischen und Entwicklungsländer 18,6% und der Jugoslawiens 7,1% aus. Im Jahre 1980 entfielen auf die RGW-Länder bereits 45% des gesamten Außenhandels Albaniens, während der Anteil der kapitalistischen und Entwicklungsländer 42,6% und der Jugoslawiens 12,2% ausmachte. Die Wirtschaftsbeziehungen zu China wurden abgebrochen.

Wie es im Beitrag weiter heißt, wies der albanische Außenhandel stets eine Einfuhrspitze auf. Doch wurde es nach dem Bruch mit China unmöglich, den Passivsaldo durch langfristige Kredite auszugleichen, da sie von Art. 28 der albanischen Verfassung, die im Dezember 1976 angenommen wurde, verboten sind. Die Führung Albaniens traf Maßnahmen zur starken Beschränkung des Imports, vor allem des von Konsumgütern, und zur Steigerung des Exports.

KONSTRUKTIVER DIALOG

Oleg CHARChARDIN

Verantwortlicher Sekretär des Internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte

gebnisse bei der Abrüstung zu erzielen.

In einer Schlußerklärung für die Presse bekundeten die Teilnehmer des Treffens ihre tiefe Besorgnis über die akutere Gefahr eines Weltkrieges. Sie kamen zu Schlüssen, die die Forderungen der anwachsenden Friedensbewegung in Westeuropa klar zum Ausdruck bringen: Nein zum NATO-Beschluß über die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen auf dem Kontinent, nein zur Neutronenwaffe, nein zum nuklearen Wettrüsten.

Ferner wurde der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der gesunde Menschenverstand in Genf, wo die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Reduzierung der Nuklearrüstungen in Europa geführt werden, die Oberhand gewinnen wird gegenüber den Versuchen, einseitigen Vorteil zu erlangen.

Es gibt keine vernünftige Alternative zu Entspannung, Abrüstung, zu friedlicher Entwicklung und beiderseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen den Ländern und Völkern der Erde, heißt es in der Schlußerklärung der Wiener Konferenz. Heute sind mehr als je zuvor nicht „Nachrüstungs“programme, sondern Abrüstung nötig; nicht die Produktion und Stationierung neuer Arten nuklearer, darunter Neutronen-, chemischer oder jeglicher anderen Waffen, sondern deren Achtung.

Unter diesen Lösungen demonstrieren Teilnehmer der Friedensbewegung in Ländern Westeuropas. TASS-Telefoto: Friedenkundgebung in Dortmund (BRD)

nicht eine Erweiterung der bereits bestehenden Militärblöcke, sondern deren Auflösung, die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Weltregionen und die Beseitigung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien — das erklärten die Vertreter der friedlichen Weltöffentlichkeit.

Die Dialogteilnehmer äußerten die Meinung, die zweite Abrüstungs-sondertagung der UNO-Vollversammlung werde zu konkreten Abrüstungsschritten beitragen.

Unter den Materialien des Wiener Forums sei besonders auf die gemeinsame Erklärung der Vertreter von Parteien, die der Sozialistischen Internationale angehören, verwiesen. In ihr wurde der konstruktive Charakter des Dialogs betont und Ge- nugtuung über die Möglichkeit bekundet, frei die eigenen Positionen zu Fragen des Friedens und des Wettrüstens darzulegen. Die Verfaßer der Erklärung appellierten, auf alle Pläne für eine Modernisierung der Nuklearrüstungen in Europa zu verzichten und die Aufstellung der Euroraketen zu stoppen. Sie schätzten die sowjetischen Vorschläge positiv ein, die eine Grundlage für Verhandlungen über eine Begrenzung der nuklearen Rüstungen in Europa schaffen.

Das Treffen in Wien zeugt von der Möglichkeit und Notwendigkeit einer weiteren Entwicklung des breiten und vielseitigen Meinungsaustausches zwischen den Vertretern verschiedener politischer und gesellschaftlicher Kräfte, der einen dauerhaften Frieden auf Erden herbeiführen soll.

Wien—Moskau



„NEUE ZEIT“ 7.82

NZ

KOMMENTAR

DEN AGGRESSOR ISOLIEREN

Die völkerrechtswidrige Annexion der syrischen Golanhöhen durch Israel hat Empörung in aller Welt hervorgerufen. Doch der auf Forderung Syriens einberufene UN-Sicherheitsrat konnte wegen des US-Vetos nicht die von den arabischen Ländern vorgeschlagene Resolution annehmen, die die Anwendung politischer und wirtschaftlicher Sanktionen gegenüber dem Aggressor verlangt. Die Erörterung dieser Frage wurde einer Sondertagung der UNO-Vollversammlung Ende Januar übertragen.

Die Debatte auf dieser Tagung machte deutlich, wer den gerechten Kampf der Araber unterstützt und wer dem Aggressor Schützenhilfe leistet. Auf der einen Seite der Barrikade stehen die arabischen und die nichtpaktgebundenen Länder, die Sowjetunion und die anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, auf der anderen Seite — die USA, Israel und einige ihrer Verbündeten. Bezeichnenderweise sprachen sich viele Diskussionsteilnehmer dafür aus, die Annexion der Syrien gehörenden Golanhöhen als gemeinsame amerikanisch-israelische Aktion zu betrachten.

Noch niemals stieß Washington auf eine so einmütige Ablehnung seiner antiarabischen Politik bei den nichtpaktgebundenen Staaten. Nicht von ungefähr drohte Jeane Kirkpatrick, US-Chefdelegierte bei der UNO, offenbar gereizt über die Zunahme der antiamerikanischen Stimmen, unverhüllt damit, daß die USA, wenn eine israelfeindliche Resolution angenommen werde, die finanzielle Unterstützung für die Vereinten Nationen kürzen würden. Doch diese Erpressungstaktik bringt Washington jetzt nichts ein.

Die Weltöffentlichkeit verlangt immer entschiedener, die israelischen Expansionsgelüste, die nicht nur die Völker des Nahen Ostens, sondern auch den Weltfrieden bedrohen, nicht mehr zu schüren. Damit nicht zu rechnen, heißt blind sein für die Realitäten. Und fehlender Realismus rächt sich stets. Die UNO-Sondertagung hat das erneut gezeigt. Mit großer Mehrheit verabschiedete sie entgegen allen Bemühungen der USA am 5. Februar eine Resolution, die alle Länder auffordert, die Rüstungslieferungen an Israel einzustellen sowie alle Formen der Zusammenarbeit und der Verbindungen mit dem Aggressorstaat zu beenden.

A. SLATORUNSKI

POLEN STÜTZT SICH AUF SEINE FREUNDE

Stanislaw DLUGOSZ, stellvertretender Vorsitzender der Planungskommission beim Ministerrat der VR Polen, nahm an einer vor kurzem in Moskau abgehaltenen Sitzung des RGW-Esekutivkomitees teil. Unser Korrespondent ersuchte ihn, einige Fragen zu beantworten.

Welche Ziele verfolgt Ihrer Meinung nach die im Westen aufgebauschte provokatorische Kampagne um Polen?

In letzter Zeit mischen sich die USA-Administration und unter ihrem groben Druck auch andere NATO-Länder unverfroren in die internen Angelegenheiten der Volksrepublik Polen ein und verstößen damit gegen die allgemein anerkannten Normen des internationalen Lebens. Hierbei werden objektive Tatsachen ignoriert und die wirkliche Lage in unserem Lande vorsätzlich falsch dargestellt. Die Imperialisten wollen unserem souveränen Staat diktieren, wie er seine inneren Probleme zu lösen habe. Eine „Erneuerung“, wie man sie Polen aufzwingen möchte, würde letztendlich zur Liquidierung der sozialistischen Ordnung, zur Wiederherstellung der bürgerlichen Zustände und zum Bruch Polens mit seinen Freunden aus dem RGW führen. Bestimmte imperialistische Kreise versuchen, die sozialistische Staatengemeinschaft zu schwächen, um das Kräftegleichgewicht in der Welt, besonders aber in Europa, zu verändern.

Die Hysterie und der Rummel um Polen sollen ferner die Weltöffentlichkeit von der Zuspitzung der politischen Lage im Nahen Osten und in Zentralamerika ablenken, wo in der Tat von den USA geschrüte Spannungsherde bestehen, die die Weltsicherheit gefährden. Außerdem hoffen die USA und ihre NATO-Verbündeten, durch die provokatorische antipolnische und antisowjetische Kampagne der über die kapitalistischen Industrieländer rollenden Bewegung die Spitze zu nehmen und die Werktätigen unter dem Vorwand der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ zum Verzicht auf den Kampf für bessere Lebensbedingungen zu zwingen. Schließlich will die USA-Administration durch ihre abenteuerliche Linie die Verbindungen zwischen der sozialistischen Staatengemeinschaft und den Entwicklungsländern schwächen, damit der Westen seine neokolonialistische Politik dort intensivieren kann.

Die Handlungen der USA-Administration sind nur als unzulässiger Druck auf den unabhängigen polnischen Staat, als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des polnischen Volkes zu qualifizieren.

Ich möchte daran erinnern, daß der Ausnahmezustand auf Beschuß des obersten Staatsorgans in voller Übereinstimmung mit der Verfassung der VR Polen verhängt wurde. Diese Maßnahme war notwendig, um Blutvergießen und Bürgerkrieg zu verhindern, die Lebensinteressen der Nation zu verteidigen und angesichts der Konterrevolution, die von den imperialistischen Kreisen unterstützt und angestachelt wird, den Sozialismus in Polen zu behaupten. Das ist eine innere Sache der Polen, und niemand sonst kann und darf sich in ihre Entscheidungen und Handlungen einmischen. Gegenwärtig wird in Polen der Schutz von Gesetzlichkeit und öffentlicher Ordnung gewährleistet; Schritte werden unternommen, um die Lage zu normalisieren und der Wirtschaft aus dem Krisenzustand herauszuholen.

Betont sei, daß die von den USA und anderen NATO-Ländern unternommenen Versuche grober Einmischung in die Angelegenheiten der VR Polen ein eindeutiger Verstoß gegen die UNO-Charta und die Schlußakte von Helsinki sind. In krassem Gegensatz zu den Prinzipien der internationalen Beziehungen stehen auch die Finanz- und Wirtschaftssanktionen. Sie zeugen erneut von der Heuchelei der USA, die so viele Worte um das Geschick des polnischen Volkes machen, in Wirklichkeit jedoch nichts unversucht lassen, um die Wirtschaftslage unseres Landes zu verschlechtern.

Könnten Sie sich bitte ausführlicher zu diesen Sanktionen äußern?

Das Vorgehen der USA und einiger anderer NATO-Länder kompliziert die Situation in Polen. In den letzten Jahren entwickelten wir intensiv, ja man könnte sagen, über Gebühr den Handel und die Produktionskooperation mit Firmen ka-

pitalistischer Staaten, und die gegenwärtige Einstellung von Lieferungen aus den USA und anderen westlichen Ländern vertieft unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Lieferung von Nahrungsmitteln wird, da an unannehbare politische Forderungen geknüpft, ebenfalls eingestellt, Kredite werden blockiert. Bestimmt ziehen wir daraus unsere Schlüsse für die Zukunft.

Aber die hemmungslose antipolnische Kampagne wird ihre Ziele nicht erreichen, vor allem deshalb, weil das polnische Volk keinen anderen Weg als die weitere Vorwärtsbewegung zum Sozialismus will. Wir haben echte Freunde: die UdSSR und die anderen RGW-Länder. In der Zeit schwerer Prüfungen erweisen sie Volkspolen wirksame Hilfe.

Die Geschichte lehrt uns, daß Versuche, die sozialistischen Länder unter Druck zu setzen, stets scheiterten. Man denke an die ersten Jahre des Sowjetstaates, an die Zeit der Herausbildung der VR Polen, der anderen Bruderländer. So wird es auch jetzt sein.

Die Politik der Konfrontation wird sich im Endeffekt gegen jene kehren, die sie entgegen dem Willen der eigenen Völker betreiben. Die von den USA aufgezwungene Politik der wirtschaftlichen und sonstigen Sanktionen kann für die Wirtschaft Westeuropas viel ernstere Folgen haben als für die USA selbst. Zweifellos wird das die Positionen der westeuropäischen Länder auf den Weltmärkten schwächen und ihre Abhängigkeit vom USA-Kapital weiter verstärken. Ein solcher Kurs ist den nationalen Interessen der westeuropäischen Länder, Kanadas und Japans fremd. Überdies können die USA, wenn sie die Wirtschaftsbeziehungen zu den sozialistischen Staaten hintertrieben und auch die eigenen Bündnispartner dazu nötigen, trotzdem den Fortschritt der RGW-Länder nicht aufhalten.

Wie präsentiert sich die Zusammenarbeit der VR Polen mit der UdSSR und den anderen Bruderländern?

Vor allem möchte ich sagen, daß die polnisch-sowjetische Freundschaft die Prüfung durch die Zeit bestanden hat. Die Sowjetarmee, die den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Faschismus geleistet hat, befreite unser Heimatland gemeinsam mit polnischen Soldaten von den Hitlerokkupanten. Für die Befreiung Polens sind 600 000 sowjetische Soldaten gefallen.

Die Freundschaft unserer beiden Völker spielte eine große Rolle bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft Polens und beim soziali-

stischen Aufbau. In Zusammenarbeit mit der UdSSR schufen wir eine hochentwickelte Industrie und eine moderne Wissenschaft.

Erfolgreich entwickelte Polen seine Wirtschaftsbeziehungen auch zu den anderen RGW-Ländern. Erwähnt sei z. B., daß auf polnischen Werften Schiffe für die Bruderländer gebaut wurden. In der UdSSR gibt es rd. 300 Betriebe mit polnischen Ausrüstungen; sie produzieren Schwefelsäure, verarbeiten Zuckerrüben usw. Unsere Technik wurde auch in andere RGW-Länder geliefert, und diese sandten uns ihrerseits die nötigen Maschinen und Ausrüstungen. Sehr wichtig für die Wirtschaft unseres Landes sind die sowjetischen Lieferungen von Industriezeugnissen, Roh- und Brennstoffen. Polen beteiligte sich an gemeinsamen Integrationsprojekten der RGW-Länder, z. B. am Bau der Ferngasleitung „Sojus“ und anderer Objekte auf sowjetischem Territorium.

Unbedingt lebensnotwendig ist für Polen der weitere Ausbau der Zusammenarbeit mit den RGW-Ländern, auf die gegenwärtig fast zwei Drittel seines Außenhandelsumsatzes entfallen. Meines Erachtens müssen dabei die Kooperation in Produktion, Wissenschaft und Technik ausgedehnt sowie neue Formen der Zusammenarbeit angewandt werden. Es gilt, nicht nur die Produktionsbeziehungen, sondern auch die gesellschaftlichen Kontakte zwischen den Arbeitskollektiven von Betrieben und Ämtern zu festigen und den internationalen sozialistischen Wettbewerb zu erweitern. Dadurch werden die Werktätigen einander besser kennenlernen.

Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, die durch destruktive Handlungen der konterrevolutionären Kräfte und ihrer Drahtzieher im Westen geschwächte Wirtschaft zu normalisieren. Vor allem ist die Versorgung der Bevölkerung mit verschiedenen Waren zu verbessern. Eine weitere Aufgabe lautet, der Bevölkerung eine normale und hochproduktive Arbeit zu ermöglichen. Wir müssen diese Probleme vor allem aus eigener Kraft lösen, doch rechnen wir auch mit der Hilfe unserer Freunde.

Polen hat ein bedeutendes Industriepotential, das aus mehreren Gründen jetzt nicht voll genutzt wird. Mit der Unterstützung seitens der Bruderländer könnten wir die Rohstoffverarbeitung in den brauchbaren Produktionskapazitäten in die Wege leiten, um später den Ländern, aus denen Rohstoffe und Halbfabrikate bezogen werden, Fertigerzeugnisse zu liefern. Ein gutes

Beispiel solcher Zusammenarbeit ist die Kooperation zwischen Polen und der UdSSR in der Textilindustrie.

Die Bruderländer kommen Polen in finanzieller Hinsicht entgegen. Angesichts der schwierigen Lage in der Volkswirtschaft Polens erklärte sich die Sowjetregierung bereit, uns einen Kredit zur Bezahlung der Preisdifferenz bei gegenseitigen Warenlieferungen zu gewähren, und zwar zu so günstigen Bedingungen, wie wir sie von den westlichen Banken nie bekämen. Im Außenhandel Polens mit den anderen RGW-Ländern wurden für uns wichtige strukturelle Veränderungen vorgenommen.

Ebenso wie früher wird Polen seinen Bedarf an den wichtigsten Brenn- und Rohstoffen zu einem erheblichen Teil dank dem Export aus der UdSSR, unseres größten Handelspartners, decken. Für 1982 sind die traditionellen sowjetischen Lieferungen von Erdöl, Erdgas, eisenhaltigen Rohstoffen, Eisen, Stahl und Buntmetallen, Nutzholz, Baumwolle u. a. gesichert. Die Bedeutung dieser Lieferungen für die Stabilisierung der Wirtschaft Polens, besonders jetzt, kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Wir werden aus der UdSSR spanabhebende Maschinen, Bergbauausrüstungen, Straßenbautechnik, Kraftfahrzeuge, Traktoren und Landmaschinen erhalten.

In der schweren Stunde empfindet Polen real, was sozialistischer Internationalismus in Aktion bedeutet. Davon zeugt die Erklärung des RGW-Exekutivkomitees, die auf der Sitzung in Moskau angenommen wurde. Wie es darin heißt, werden die RGW-Länder auch künftig dem polnischen Brudervolk allseitig bei der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der Wiederherstellung des normalen Produktionsprozesses in der Volkswirtschaft und der Gewährleistung der Bedingungen für die weitere sozialistische Entwicklung des Landes helfen. Diese Hilfe umfaßt eine beschleunigte Erfüllung der Vertragsverpflichtungen im Hinblick auf Warenlieferungen an Polen sowie zusätzliche Lieferungen, den Ausbau der Kooperationsbeziehungen und andere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Uns steht eine umfangreiche und komplizierte Arbeit bevor, wenn wir die Volkswirtschaft normalisieren und unsere Beteiligung an der sozialistischen Integration aktivieren wollen. Zweifellos wird das sozialistische Polen die jetzigen Schwierigkeiten überwinden.

NZ KOMMENTAR

LÜGEN ENTLARVT

Die westliche und besonders die amerikanische Presse streut jeden Tag Verleumdungen über die Präsenz kubanischer Truppen in der VR Angola (VRA) aus. Die US-Administration fordert unverfroren den Abzug dieser Truppen. Die am 5. Februar in Lissabon veröffentlichte angolanisch-kubanische Erklärung entlarvt die Lügenhaftigkeit dieser Kampagne.

Die kubanischen Truppen, heißt es in der Erklärung, kamen in die VRA auf Ersuchen der Regierung zwecks Hilfeleistung bei der Verteidigung der Souveränität und der territorialen Integrität des Landes. Die Hilfe wurde notwendig, weil seit 1975 Angola bewaffneten Angriffen der rassistischen RSA, die nach Absprache mit den USA handelt, ausgesetzt ist. In dieser Situation ist die kubanische Truppenpräsenz nichts anderes als eine internationalistische Unterstützung, die unter die Bestimmung der UNO-Charta über das Recht jedes Staates, auf individuelle und kollektive Verteidigung fällt.

Nachdem 1976 der erste Versuch der RSA und konterrevolutionären Banden, die junge Republik zu erdrosseln, scheiterte, wurden die kubanischen Truppen in Angola um mehr als ein Drittel reduziert. Die Regierungen der VRA und Kubas vereinbarten damals, auch die restlichen Einheiten allmählich abzuziehen. Aber Pretoria stellte in all diesen Jahren die Angriffe auf die VRA nicht ein, besetzte vielmehr im August 1981 einen Teil des angolanischen Territoriums, das es bis heute kontrolliert. „Eben die ständigen Aggressionsakte der RSA verhinderten den stufenweisen Rückzug der kubanischen Truppen“, heißt es in der Erklärung.

Dennoch verkündeten Kuba und die VRA ihre Absicht, zu diesem Problem zurückzukehren, wenn sie meinen, daß die Bedrohung Angolas nicht mehr existiert. Dazu müssen alle Formen der Aggression gegen die VRA eingestellt, dem Volk Namibias die Möglichkeit, entsprechend der UNO-Sicherheitsratsresolution Nr. 435 eine wahrhaft unabhängige Regierung zu wählen, gegeben und die RSA-Besatzertruppen von dort vollständig abgezogen werden. Das Problem des Abzugs der kubanischen Truppen aus Angola, unterstreicht die Erklärung, liegt allein in der Kompetenz dieser beiden Länder, und niemand hat das Recht, sich einzumischen.

Die Erklärung fand in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern Verständnis und Unterstützung.

J. BOTSCHKARJOW

UNTER DEM „SCHUTZ“ INTERAFRIKANISCHER STREITKRÄFTE

Leonid SKURATOW

Bereits länger als zwei Monate halten sich im Tschad die sogenannten interafrikanischen Friedensstreitkräfte auf, aber Frieden hat dieses Land nicht. Dort kämpfen die „Streitkräfte des Nordens“ (FAN) mit Truppen der „Übergangsregierung der Nationalen Einheit“ (GUNT), unter Tschad-Präsident Goukouni Oueddei.

Die FAN sind eine der elf im Tschad existierenden militärischen Gruppen. Ihr Führer Hissén Habré gehörte als Verteidigungsminister zur GUNT. Aber im März 1980 zettelte er einen Aufstand an, um die Macht zu ergreifen. Um die von außen unterstützten Aufständischen niederzuschlagen, bat Oueddei Libyen um Militärhilfe, das ihm Truppen schickte. Habré erlitt eine Niederlage und flüchtete mit dem Rest seiner Bande nach Sudan, wo er nahe der Grenze zu Tschad sein Hauptquartier aufschlug.

Mit Hilfe des Nimeri-Regimes begann Habré, Kräfte für eine neue Runde des Machtkampfs zu sammeln. Kaum hatten im Ergebnis westlicher Intrigen die libyschen Truppen Tschad verlassen, da ging Habré mit seinen Abteilungen auf tschadisches Territorium. Ziemlich schnell eroberte er die Stadt Abéché im Osten des Landes, nahm anschließend die Stadt Oum Hadjer im Zentrum und wandte sich nach Norden, wo er die Stadt Fayallageau eroberte. Mitte Januar kontrollierten die FAN wichtige strategische Punkte im Osten, Norden und im Zentrum des Landes. Von der Hauptstadt N'Djamena trennten ihn nur 400 km. Die Erfolge der Aufständischen erklären sich durch eine bedeutende Überlegenheit in der Bewaffnung, die ihnen unter Ausnutzung ägyptischer und sudanesischer Kanäle die USA liefern.

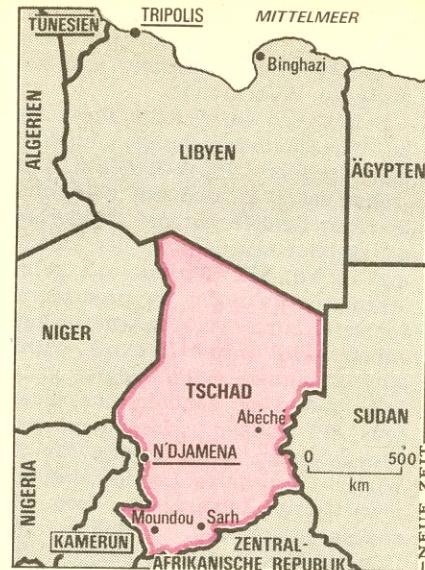
Was tun die interafrikanischen Streitkräfte, die auf Beschuß der OAU-Gipfelkonferenz von Juni 1981 (Nairobi, Kenia) in den Tschad entsandt wurden? Was tun die 5000 Soldaten aus Nigeria, Zaire und Senegal? Erfüllen sie die Aufgaben, die ihnen die OAU stellte?

Die einschlägigen OAU-Beschlüsse, schreibt die Pariser Zeitschrift „Afrique-Asie“, sind eindeutig. Die „Unterstützung für die GUNT“ bekräftigend, fordern sie „von allen Mitgliedstaaten der OAU, diese Regierung in ihren Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit im Lande zu unterstützen und sich jeglicher Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes zu enthalten“. Anders gesagt, die OAU gab den interafrikanischen Streitkräften das Mandat zur aktiven Hilfeleistung für die Regierung des Tschad in ihrem Kampf gegen jene, die Frieden und Sicherheit im Lande stören, also gegen die Aufständischen.

Mit ebendieser Hilfe rechnete die Tschad-Regierung, als sie ihre Zustimmung zur Stationierung der interafrikanischen Streitkräfte auf ihrem Territorium gab. Wenn diese Truppen, sagte Oueddei, nicht Schulter an Schulter mit den die Regierung unterstützenden Kräften kämpfen werden, können sie das Land verlassen.

Diese Erklärung erfolgte Ende Dezember, als Gründe für den Verdacht aufkamen, daß einige Kommandeure der OAU-Truppen, die seinerzeit komplett im Tschad stationiert waren, den Aufständischen Beihilfe leisten. Übrigens entstand dieser Verdacht noch vor deren Eintreffen. Die Verantwortlichen für die Operation sandten die Truppen äußerst langsam nach Tschad. Einen ganzen Monat brauchten sie für eine Minikonferenz zur Diskussion organisatorischer Fragen. Gleichzeitig eroberte Habré aber eine Stadt nach der anderen. Radio N'Djamena erklärte Ende November diese Verzögerung mit dem Streben, „den Aufrührer Habré zu unterstützen“.

Die Hinterabsichten bei der Operation mit den interafrikanischen Streitkräften wurden klar, als Ende Dezember OAU-Generalsekretär Edem Kodjo erklärte, diese Streitkräfte seien in den Tschad nicht entsandt worden, um dort Krieg zu führen. Wozu dann? Nach seinen Worten, um den Frieden und die



äußere Sicherheit des Landes zu gewährleisten und nicht, um mit den „Gruppen“ zu kämpfen. Es fragt sich, wie man diese Behauptung verstehen soll, fehlt ihr doch jede Grundlage. Weiter: Ist es nicht merkwürdig, die Ereignisse im Tschad als Konflikt zwischen „verschiedenen Gruppen des Tschad“ und nicht zwischen Aufständischen und der legitimen Regierung zu interpretieren? Es ist einfach falsch, Regierung und Aufständische auf gleiche Ebene zu stellen und sie auf gleiche Weise zu behandeln.

Schließlich: Wie wollen die interafrikanischen Streitkräfte den Frieden im Tschad aufrechterhalten, wenn sie dorthin entsandt wurden, um „nicht zu kämpfen“? Entweder — oder: Entweder ist der innere Frieden im Tschad gestört, und es müssen entschiedene Maßnahmen gegen die Schuldigen unternommen werden, oder der Frieden ist nicht gestört — doch wer braucht dann wozu die interafrikanischen Streitkräfte? Doch nicht etwa dazu, um ruhig anzuschauen, wie die Aufständischen weiteres Territorium okkupieren? Jetzt aber beschränkt sich ihre Rolle darauf. Die in N'Djamena erscheinende Zeitung „Unité“ sah darin eine Verschwörung zum Nutzen der Aufständischen, und sie ist offenbar nicht weit von der Wahrheit entfernt.

Ende Januar stoppten die Truppen Habrés ihren Vormarsch auf die Hauptstadt und machten sich an die Befestigung der eroberten Positionen. Die „Washington Post“ schrieb das eiligst den Aktionen der interafrikanischen Streitkräfte zu, die der FAN nicht erlaubten, „einen leichten Sieg über die Regierung“ zu erringen. Fakten, die Aktionen der interafrikanischen Streitkräfte gegen die Aufständischen bezeugen würden, bringt die Zeitung nicht,

weil es sie nicht gibt. Es geht einfach darum, daß Habré gar nicht N'Djamena einnehmen wollte.

Hier sieht man das erfahrene Wirken politischer Intriganten. Sie taten alles, damit Habré die Kontrolle über einen Teil des Landes erringen und aus der Position der Stärke heraus seine Beteiligung an der Regierung fordern konnte. Gleichzeitig erhält Präsident Oueddei, wie die „Humanité“ schreibt, von allen Seiten und besonders aus Paris den väterlichen Ratschlag, Verhandlungen mit Habré zu beginnen. Die Agentur France Presse nimmt an der Intrige teil und beschuldigt Oueddei der „Halsstarrigkeit“ und schiebt ihm die Schuld dafür zu, daß „die Situation in Tschad in die Sackgasse“ geraten ist.

Der Zynismus derartiger Anschuldigungen ist offensichtlich. Wenn man schon von Sackgasse redet, so entstand sie, wie viele Beobachter bestätigen, dadurch, daß die interafrikanischen Streitkräfte nicht die Instruktionen der OAU, sondern jener befolgen, die diese Operation bezahlen: Washingtons und Paris'.

Bevor er seine Truppen in den Tschad schickte, reiste Zaire-Präsident Mobutu in die USA. Auf dem

Rückweg machte er in Paris Halt und berichtete den französischen Behörden, daß er in Washington Hilfe für die Bewaffnung seiner Truppen erhielt, die zu den interafrikanischen Streitkräften gehören. „Ich erhielt alles, was ich erbat“, erklärte Mobutu selbstzufrieden. Durch diese Unterstützung ermutigt, übertraf Zaire alle bei der Stationierung seiner Truppen im Tschad.

Senegal verbindet ein militärpolitisches Abkommen mit Frankreich. 1981 wurden senegalesische Truppen nach Gambia zur Unterdrückung eines Volksaufstands gesandt. Jetzt schickte man sie mit dem Segen Paris' in den Tschad. Wie die Londoner Zeitschrift „New African“ schreibt, zogen sich diese Truppen durch Folter und Gewalt in Gambia den Haß der Bevölkerung zu. Sollen sie das im Tschad wiederholen?

Nigeria hat keine militärpolitischen Abkommen mit den Westmächten. Aber in diesem Lande gibt es Kräfte, die die Außenpolitik prowestlich ausrichten möchten. Es heißt, Nigeria wollte nicht an den interafrikanischen Streitkräften teilnehmen, wurde aber von den

USA dazu gezwungen. Washington verpflichtete sich, die nigerianischen Truppen mit US-Flugzeugen in den Tschad zu transportieren und ihnen militärische und finanzielle Hilfe zu leisten.

All das zusammen gibt dem Westen, voran den USA, die Möglichkeit, die Aktionen der interafrikanischen Streitkräfte zu manipulieren. Was Washingtons Hilfe für diese Streitkräfte angeht, so bemerkt die kongolesische Zeitung „Mweti“, daß Reagans Politik in Afrika „in der Hilfeleistung für die Freunde der USA“ besteht, d. h. für jene Länder, die „dem Westen ideologisch näher stehen“. In diesem Zusammenhang befürchtet die Zeitung, Oueddei könne „allein und schutzlos“ den „unerbittlichen und unnachgiebigen“ Kräften ausgeliefert werden, die sogar seinen Rücktritt fordern wollen, um dem Tschad einen von ihrem Standpunkt aus „zuverlässigeren“ Führer aufzuzwingen.

Die grobe Einmischung der USA in die Angelegenheiten des Tschad bezeugen Meldungen, wonach sich dort US-Armeeangehörige unter dem Schutz der interafrikanischen Streitkräfte verbergen. Ein Vertreter des State Department bestätigte, daß tatsächlich US-Armeeangehörige sich im Tschad aufhielten, inzwischen aber abgezogen werden seien. Das ist kaum glaubhaft, weil in den Tschad US-Flugzeuge Waffen für die zairischen Truppen bringen — Waffen und folglich auch Instrukteure für sie. Mit Hilfe der interafrikanischen Streitkräfte wollen die USA und Frankreich ihren Protegé Habré an die Macht bringen.

Bei der Analyse der jetzigen Lage im Tschad finden viele Kommentatoren einige Ähnlichkeiten mit der Situation, die vor 20 Jahren im ehemaligen Belgisch-Kongo (heute Zaire) entstand. Will man nicht, fragen die Kommentatoren, unter dem Deckmantel der interafrikanischen Streitkräfte im Tschad daselbe tun, was dem Westen vor 20 Jahren unter UNO-Ägide in Belgisch-Kongo gelang?

Die Oueddei-Regierung paßt den Westmächten nicht, weil sie in der kurzen Zeit der Machtausübung einige Maßnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit des Landes traf. Jetzt ist sie nach Meinung vieler Beobachter in Gefahr. Jedoch gibt es im Tschad Kräfte, die gegen die Versuche sind, in N'Djamena Marionetten des Imperialismus einzusetzen. Wenn sich diese Kräfte um die legitime Regierung zusammenschließen, so können sie die Intrigen zu nichte machen, die die Unabhängigkeit des Landes bedrohen.

BIOGRAPHISCHES



Rawlings wurde am 22. Juni 1947 in der Stadt Keta im Volta-Gebiet Ghanas geboren, erhielt Oberschulbildung in der Heimat. Den Streitkräften Ghanas gehört er seit 1967 an. Er ist Fliegeroffizier. Ausgebildet wurde er in der Militärakademie Teshi (Ghana) und in Kursen in England und Italien.

Im Mai 1979 versuchte er, an der Spitze einer Gruppe radikaler jüngerer Offiziere und

VORSITZENDER DES PROVVISORISCHEN NATIONALEN VERTEIDIGUNGSRATES GHANAS JERRY JOHN RAWLINGS

Soldaten erfolglos das Militärregime von General Akuffo zu stürzen. Er wurde verhaftet, aber am 4. Juni 1979 von seinen Kameraden befreit. Eine neue, von ihm geleitete Aktion von Militärs brachte den Revolutionsrat der Streitkräfte (AFRC) an die Macht.

Am 24. September 1979 übergab der AFRC freiwillig die Macht an die Regierung der Nationalen Volkspartei unter Hilla Lippmann. Rawlings und andere AFRC-Führer kehrten nach eigenem Bekunden „in die Kasernen zurück“, um der künftigen verfassungsmässigen Regierung die Möglichkeit zu geben, Ordnung in der Wirtschaft zu schaffen und das Land aus seiner chronischen Finanzkrise herauszuführen.

Wie Rawlings erklärte, wurde eine neue Aktion der Militärs am 31. Dezember 1981 notwendig, um „die sozialökonomische Struktur der Gesellschaft zu transformieren“, um Korruption, Betrug und soziale Ungerechtigkeit zu beenden.

Der von Rawlings geleitete Provisorische Nationale Verteidigungsrat verkündete sein Ziel, „dem ganzen Volk — Bauern, Arbeitern, Reichen und Armen — die Möglichkeit zu geben, am Entscheidungsprozeß teilzunehmen“.

Die Führung Ghanas erklärte ihre Treue zu den Prinzipien der UNO, der Nichtpaktgebundenheit und der OAU. Sie erklärte sich bereit, mit allen freundschaftlich gesinnten Staaten zusammenzuarbeiten.

WAHLEN ALS DECKMANTEL

Wladimir DOLGOW

Über Mittelamerika geht eine Woge des Volkszorns hinweg.

Washington sucht aus Leibeskäften, radikale Wandlungen in dieser Region zu vereiteln und die dortigen ihm hörigen Regimes durch gewisse „Verschönerungen“ aufrechtzuerhalten. Auf seinen Ratsherrn hin haben einige dieser Regimes beschlossen, ohne auch nur im geringsten vom Terror und von den Repressalien Abstand zu nehmen, „Demokratie“ zu mimen. Für März sind in El Salvador und in Guatemala Wahlen angesetzt.

Zuerst mimte man Wahlen in Honduras, wo Militärs fast ein Jahrzehnt an der Macht waren. Für Washington lohnte es sich, aus diesem Land einen Schaukasten bürgerlicher Demokratie zu machen. Das sollte in einem Land geschehen, in dem nordamerikanische Bananenkonzerne schon lange das Heft in der Hand haben und die Bevölkerung zu mehr als 50% aus Analphabeten besteht. Die Honduraner haben mehr als genug damit zu tun, nicht zu verhungern. Schlechter als in Honduras leben in Lateinamerika wohl nur die Bewohner von Haiti. Von dessen Bevölkerung betteln 55% und sind etwa 25% arbeitslos. Von je 1000 Säuglingen sterben 132.

Öfter behauptet die westliche Propaganda, daß die Honduraner in Frieden leben und daß ihre Regierung ohne Repressalien auskommt. Dieser „Frieden“ hat sich aber als illusorisch erwiesen. Die „Washington Post“ brachte den Ausspruch eines dortigen Journalisten, daß sich Honduras allmählich in einen Terrorstaat verwandelt. Nun ja, fortschrittliche Persönlichkeiten werden nicht eingekerkert — sie verschwinden spurlos. Die Entführung Linker ist heute gang und gäbe.

Wie man dort ohne Repressalien „auskommt“, schilderte das englische „Observer Magazine“. Vor einem Jahr traten die Mitglieder der Bauerngenossenschaft auf den Bananenplantagen im Gebiet Isletas in den Streik. Sogleich machten Banditen in Zivil auf Befehl von oben dem Streik ein Ende, u. zw. mit Waffengewalt und damit, daß sie den Familien der Streikenden die Nahrungsmittel und das Wasser sperrten. Die aktivsten wurden mißhandelt. Dann führten Soldaten die Bauern zur Arbeit ab.

Die Wahlen in Honduras fanden

im vergangenen November statt. Das Farcenante war nicht zu verkennt. Am Wahlkampf waren nur die traditionellen bürgerlichen Parteien — die Nationale und die Liberale — beteiligt. Die Linksparteien und -organisationen waren ausgeschaltet. Den Sieg trug der Kandidat der Liberalen Partei davon, der Antikommunist Roberto Suazo Cordova, und er trat die Präsidentschaft am 27. Januar 1982 an.

Der neue Präsident erklärte, er wolle die Zusammenarbeit mit den USA ausdehnen. Er äußerte sich lobend über deren militärische Hilfe an die Regimes von Guatemala und El Salvador. Zugleich stellte er in Aussicht, die Streitkräfte des eigenen Landes zu verstärken, und diese beeilten sich, ihm ihr Vertrauen auszusprechen. Zum Oberbefehlshaber wurde Oberst Gustavo Alvarez Martínez ernannt, derselbe, der auf Weisung der „Standard Fruit“ seine Soldaten nach Isletas geschickt hatte, um dort die Bauern niederzuwerfen. Er ist dafür, daß die linken Organisationen „in aller Stille“, mit geheimen Repressalien vernichtet werden.

Hinter diesem „Schaukasten der Demokratie“ möchte die Regierung Reagan einen Bereitstellungsraum für die Aggression gegen das benachbarte Nicaragua und überhaupt gegen die Freiheitsbewegung in anderen Ländern der Region anlegen. In Honduras haben sich 6000 Anhänger Somozas und andere nikaraguanische Konterrevolutionäre eingenistet, die einen Sturz der Volksregierung in Nicaragua mit Hilfe der USA im Schilde führen. Viele sind in den USA in speziellen Lagern gedrillt worden.

Die für März angesetzten Wahlen zur Konstituante in El Salvador, wo die aus Militärs und Zivilisten bestehende Junta mit Rückendeckung Washingtons einen regelrechten Krieg gegen das Volk führt, sind ein Hohn auf die Menschenrechte.

Unlängst wurde unter den Bewohnern des Distrikts Morazán ein

Gemetzel angerichtet. Regierungstruppen machten das Dorf Mosote dem Erdboden gleich und ermordeten Hunderte, darunter Frauen, Greise und Kinder. Ebenso erging es vielen anderen Dörfern. Insgesamt vernichteten Strafexpeditionen in den letzten beiden Jahren 30 000 Salvadorianer. Das alles geschieht mit dem Segen der US-Regierung. Es ist kein Geheimnis, daß die Junta unter dem Christdemokraten Duarte sich ohne die große militärische und finanzielle Hilfe der USA keinen einzigen Tag halten könnte. Voriges Jahr allein betrugen die militärischen Subventionen Washingtons 35,4 Mio Dollar, und unlängst beschloß die US-Regierung, der Junta auf dem Eilweg Waffen für 55 Mio Dollar zu schicken.

Zwei Organisationen, die den Willen der Patrioten El Salvadors vertreten — die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) und die Revolutionär-Demokratische Front (FDR) —, haben die Wahlen abgelehnt. Mit Recht vertreten sie die Ansicht, daß man



In Guatemala rufen die revolutionären Organisationen das Volk zum Kampf gegen die Diktatur auf

Foto aus der Zeitschrift „Por esto!“ (Mexiko)

erst in friedlichen Verhandlungen eine politische Behebung der Krise erzielen und Verhältnisse schaffen muß, unter denen wirklich freie und demokratische Wahlen unter Teilnahme aller sozialen Kräfte abgehalten werden könnten. Dagegen sind die Junta und ihre Herren in Washington aufgetreten. Wie die Zeitschrift „Venceremos“, das Organ der FMLN, feststellte, ist die geplante Abhaltung von Wahlen die letzte Karte, die der Imperialismus und das salvadorianische Regime auszuspielen haben, um zu versuchen, die dem Volk verhaßten Zustände zu legitimieren.

Wer beteiligt sich an den Wahlen? Die Partei der Nationalen Ver-

söhnung, die schon lange mit dem reaktionären Militärklüngel und der Oligarchie liiert ist; die im Dienste des Großkapitals stehende Volkspartei; die Republikanische Nationalunion, deren Gründer der notorische Faschist Major D'Aubuisson, der Rädelführer der Todesschwarzen, ist, die an der Ermordung Hunderter von Salvadorianern, darunter Erzbischof Oscar Arnulfo Romero, schuld sind; die rechtsstehende Partei der Volksorientierung unter einem Agenten der CIA, General José Alberto Medrano, die zahllose Verbrechen am Volk begangen hat; und schließlich die Christdemokratische Partei, von der sich viele frühere Anhänger, empört über Duartes Unterdrückungspolitik, abgewandt haben. Wie die spanische Zeitung „El País“ schrieb, hat die Kirche selbst die Zweckmäßigkeit von Wahlen ohne Beteiligung der Linken angezweifelt.

Die Regierung Reagan, die die Junta El Salvadors unter ihre Fittiche genommen hat, trägt sich offenbar mit weitreichenden Plänen. Die Londoner „Financial Times“ schrieb: „Während Duarte sich anstrengt, die Märzwahlen vorzubereiten, führt Washington einen diplomatischen Kampf, um die immer nachdrücklicheren Aufforderungen der Weltöffentlichkeit zum Schweigen zu bringen, dem Krieg durch Verhandlungen ein Ende zu bereiten.“

Es ist nicht zu erkennen, daß die USA Duartes Junta durch die Wahlen einen legitimen Anstrich geben, deren geschrumpfte Autorität wiederherstellen und den Völkermord gesetzlich rechtfertigen wollen. Das Volk El Salvadors denkt aber nicht daran, den Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes einzustellen.

Die Reaktion stürzte schon 1954 mit Hilfe der CIA die linke Regierung in Guatemala und ergriff die Macht. Seitdem besteht dort eins der schlimmsten Militärregimes. Der Militärklüngel hat die Freiheit der Person, die Redefreiheit und die anderen in der Landesverfassung verbrieften Bürgerrechte faktisch zunicht gemacht. Den fortschrittenen Organisationen ist jede legale Betätigung untersagt. Willkür und Massenterror sind alltägliche Erscheinungen. Allerlei paramilitärische antikommunistische Gruppen hausen ungestraft unter den Gegnern des Regimes. Auf behördliche Weisung werden ganze Dörfer wie in El Salvador vernichtet.

Aber trotz der verschlimmerten Repressalien gegen die demokratische Opposition ist der Kampf der Patrioten merklich aktiver geworden. In vielen Gegenden werden

Trupps aus Aufständischen aufgestellt und von der dortigen Bevölkerung unterstützt. Wie ausländische Kommentatoren konstatieren, steht das Land vor einem Volksaufstand.

Guatemala hat mit seinem Erdöl und seinen anderen Bodenschätzen schon lange Washingtons Augenmerk auf sich gelenkt. Deshalb sucht jetzt die Regierung Reagan nach Mitteln und Wegen, die Beziehungen zu diesem Land enger zu gestalten, jedoch so, daß sie sich durch die Verbindung mit dem blutigen Regime nicht endgültig kompromittiert. Die US-Strategen machen sich Sorgen über die Möglichkeit eines revolutionären Ausbruchs in Guatemala. Eine Alternative dazu sehen sie darin, den jetzigen Präsidenten, Lucas García, durch einen anderen zu ersetzen. Die Wahlen sollen dem Terrorregime einen respektablen Anstrich geben. Auf die Präsidentschaft reflektieren drei Zivilisten und ein Militär.

Der Kandidat der Partei MLN (Bewegung für die Nationale Befreiung), Mario Sandoval Alarcón, steht in engem Kontakt mit nordamerikanischen Großkonzernen. Ein reicher Unternehmer, der Architekt Gustavo Anzueto Vielman, repräsentiert die Partei Authentisches Nationalzentrum. Als Freund der Regierung Reagan hat er sich umwunden mit den Interventionsabsichten Washingtons in Mittelamerika einverstanden erklärt. Alejandro Maldonado Aguirre ist von der Koalition Oppositions-Union aufgestellt worden, die aus Unternehmern und konservativen Politikern, größtenteils Christdemokraten, besteht. Der letzte, General Angel Aníbal Guevara, ist eigentlich eine Kreatur der jetzt an der Macht befindlichen Clique. Vom jetzigen Präsidenten, Lucas García, unterscheidet er sich höchstens durch geschmeidigere Redekünste. Die wichtigsten Staatsposten will er in den Händen der Armee belassen.

Wer von ihnen Präsident werden sollte, der ist Washington recht. Der Auslands presse zufolge sind sämtliche Kandidaten nach den USA gepilgert und haben dort eingehend mit Mitgliedern der Regierung Reagan über eine „Stabilisierung“ in Guatemala beraten. Sie sind entschlossen, die Freiheitsbewegung auch weiter rigoros zu bekämpfen.

Es zeigt sich aber, daß alle Männer Washingtons und seiner Trabanten in Mittelamerika zum Scheitern verurteilt sind. Es wird ihnen weder mit Massenterror noch mit Wahlfälschen gelingen, den gerechten Volkszorn zu ersticken. ■

AUFS KORN GENOMMEN

In Miami (US-Staat Florida) versammelten sich Anfang Februar die Chefs der konterrevolutionären Emigranten aus Nicaragua, die eine neue Heimstatt in den USA fanden. Gekommen waren auch übriggebliebene Somoza-Anhänger, die sich in Honduras, El Salvador, Guatemala, Kostarika und Venezuela eingegangen haben.

Tonangebend war Fernando Agüero, einer der engsten Freunde des gestürzten Diktators und Führer der „Demokratischen Union“. Unzweideutig erklärte er: „Wir müssen den Kampf gegen die jetzige Regierung Nicaraguas aktivieren. Wir müssen auf die Waffen setzen, denn nur der organisierte bewaffnete Kampf kann den Kommunismus vernichten und die alte Ordnung wiederbringen.“

Der zweitägige Hexensabbat der nikaraguanschen Konterrevolutionäre war nicht umsonst, besonders in organisatorischer Hinsicht. Es wurde ein Abkommen unterzeichnet, das die Vereinigung der zersplitterten Gruppen als notwendig bezeichnet. Ebenfalls wurde beschlossen, einen gemeinsamen Stab aller drei konterrevolutionären Hauptgruppen zu schaffen. Er wird Waffen für die Banditen, die unter Anleitung amerikanischer Ausbilder in Sonderlagern in den USA, Honduras und Guatemala trainieren, beschaffen, ihre terroristischen Aktionen koordinieren, Diversanten und Agenten nach Nicaragua entsenden.

Diese eindeutig gegen einen souveränen Staat, zu dem Washington diplomatische Beziehungen unterhält, gerichteten Pläne wurden in Miami völlig offen erörtert. Mehr noch, die US-Behörden kümmerten sich um die Sicherheit der „Konferenz“-Teilnehmer: Obwohl es in den USA ein Neutralitätsgesetz gibt, das die Benutzung von US-Territorium als Basis für Militäraktionen gegen jeden Staat verbietet, der mit den USA Frieden hat. Auch nach US-Gesetzen hätte man also die in Miami versammelten nikaraguanschen Konterrevolutionäre zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen müssen.

Jedoch nimmt man im Weißen Haus offenbar an, daß zum Sturz des Revolutionsregimes in Nicaragua und der „Rückkehr der alten Ordnung“, als man das Land hemmungslos ausplündern konnte, alle Mittel rechtfertigen.

A. BARYSCHEW

À LA HOLLYWOOD

Auf Regierungsbeschuß fanden am 7. Februar in Japan Kundgebungen anlässlich des „Tages der Nordgebiete“ statt. Derartige Veranstaltungen erfolgten auch 1981, ohne das besondere Interesse der japanischen Öffentlichkeit zu finden. Dem Unterfangen spendeten nur die Ultrarechten und die Pekinger „Verfechter japanischer Interessen“ Beifall.

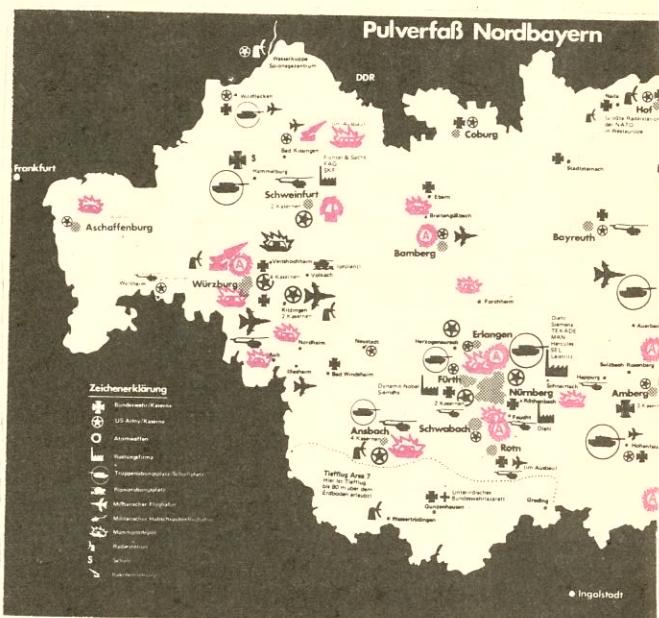
Die Regierung sicherte eingedenk der Vorjahrserfahrungen der antisowjetischen Kampagne eine solide finanzielle Unterstützung. Das Geld kam unmittelbar aus der Kanzlei des Premierministers. Obwohl ihr Haushalt im laufenden Finanzjahr gekürzt wurde, nahmen doch die Ausgaben für politische Shows von der Art des Rummels über die „Nordgebiete“ zu.

Die japanischen Gebietsansprüche an die UdSSR wurden als „sehnlicher Wunsch des japanischen Volkes“ ausgegeben, „die Inseln zurückzuerlangen und so den 7. Februar zum Tag der wahren Freundschaft mit der UdSSR zu machen“. Doch allein schon die Zusammensetzung der Teilnehmer der „zentralen“ Kundgebung in Tokio zeigte, wie heuchlerisch die Hinweise

auf die „Hoffnungen des Volkes“ sind. Die breite Öffentlichkeit ignorierte das Meeting, und so mußten die Veranstalter selbst vor den Objektiven beflissener Fotoreporter posieren: Ministerpräsident Suzuki, Außenminister Sakurachi, einige Kabinettsmitglieder und die Vorsitzenden beider Parlamentskammern.

Gewisse Leute in Tokio hatten offenbar Gefallen gefunden an der erbärmlichen Hollywoodshow, die Reagan am 31. Januar um die polnischen Ereignisse abzog. Das politische Ergebnis war das gleiche.

A. WLADIMIROW



DAVIDSTERN IN DER ANTARKTIS

Diesem Foto („Times“, Großbritannien) zufolge hat Israel ein neues Territorium markiert. Die Flagge mit dem Davidstern ist schon seit langem zum Symbol für die israelische Expansionspolitik geworden. Doch diesmal wurde nicht ein arabischer Nachbar Opfer einer Annexion. Die israelische Flagge wurde in der Antarktis aufgepflanzt, von Didi Me-

nusy, einer der noth“. Er sident Beglan, „damit setzung die Golan

Ob dies würde aus Stadt nicht mentis folg leicht will arktis ein

MORDSINITIATIVEN

„Dieser Haushalt ignoriert alle Lehren der Vergangenheit, als ob es sie nie gegeben hätte“, schrieb die „Washington Post“ einen Tag, nachdem das Weiße Haus den Haushaltsentwurf für das Finanzjahr 1982/83 bekanntgegeben hatte.

Die letzte Lehre, die der Reagan-Administration erteilt wurde, besteht darin, daß die Wirtschaft nicht durch Militarisierung gesunden kann. Doch offenbar war alles umsonst: Der größte Posten des 757-Md.-Haushaltes sind die Rüstungsausgaben. Im neuen Finanzjahr sollen sie einen

weiteren Rekord erreichen — 263 Md. Dollar (im laufenden Jahr 219 Md. Dollar). Allein zur Aufrüstung bei den strategischen Waffen sollen 23 Md. ausgeben werden, um solche „Initiativen“ des Präsidenten zu bezahlen wie den neuen strategischen B-1-Bomber, MX-Raketen, Cruise Missiles, Atom-U-Boote, Flugzeugträger und andere Kriegstechnik. Dazu gehören auch 810 Mio Dollar für die Produktion chemischer Waffen. Neben dem offen ausgewiesenen Pentagonetat soll ein nicht geringer Teil der Rüstungsprogramme

aus den Haushalten anderer Ministerien bezahlt werden. So wird für die Nuklearprogramme, die früher vom Energieministerium finanziert wurden, jetzt das Handelsministerium aufkommen; die militärischen Raumflugprogramme werden auf Rechnung der Luft- und Raumfahrtbehörde der USA (NASA) abgewickelt.

Das vom Weißen Haus bestellte militaristische Konzert werden die amerikanischen Bürger bezahlen müssen: Etwa 70% der Bundesseinnahmen stammen aus der Einkommens- und der Sozialversicherungssteuer, während die Beiträge aus den Konzerngewinnen nur 9% ausma-

chen. Und wie im laufenden Jahr wird der Roststift bei den Sozialprogrammen, die um 43 Md. Dollar gekürzt werden, angesetzt. Doch selbst eine solche „Austeritätspolitik“ wird das Haushaltsdefizit nicht abbauen: Selbst nach vorsichtigsten Schätzungen wird es im kommenden Jahr 91,5 Md. Dollar ausmachen.

Das aber bedeutet ein erneutes Hochschnellen der Inflation, Wirtschaftskrise und noch mehr Arbeitslosigkeit. „Washington Post“: „Ein solcher Haushalt bedeutet Elend.“

P. ANDREJEW

GESCHÄFT DER

Mehr als durch Sch 1981 wurd 3 Millione fen ermo als im Jah

Dieser t privatem l Mio Karat Straßen s

die „Los man nach exesse nu beenden“

VOM HIMMEL HOCH...

Kürzlich „verlor“ ein Flugzeug der US Air Force eine Luft-Luft-Rakete vom Typ „Sidewinder“. Sie kam unweit von Freudenstadt (Bundesland Baden-Württemberg) herunter. 1981 hatte es einen ähnlichen Vorfall in Bayern gegeben. Ebendorf war 1980 der 228. „Witwenmacher“, wie die US-Starfighter in der BRD genannt werden, abgestürzt und explodiert.

„Unsere Zeit“ brachte u. a. eine Rüstungskarte Nordbayerns. Auf den ersten Blick schon wird verständlich, warum Bayern als „Pulverfaß“ bezeichnet wird. Sein Territorium (etwas über 33 000 km²) ist mit US-Stützpunkten gera- dezu gespickt. Ausgedehnte Flächen werden von Truppen- übungsplätzen eingenommen.

Kein Wunder also, daß immer wieder tödliche US-Frachten über Bayern niedergehen.

D. MALYGIN

MIT
'ALT

10 Amerikaner kommen alljährlich
ihrer eigenen Land ums Leben,
in in Los Angeles mit seinen etwa
wohnern 899 Menschen mit Schußwaf-
d. h. viel mehr Schußwaffenopfer
hschnitt in Großbritannien mit sei-
nen Einwohner

Rekord ist erklärlich. Jetzt sind in 55 Mio. Pistolen und bis zu 200 Gewehre. „Unsere Häuser und Schießplätze geworden“, gesteht *Times* ein und konstatiert, daß vieler Amerikaner die Gewalt ein Verbot des Waffenhandels

RASSISTENFARCE

Zum Jahresanfang erhielten die schwarzen RSA-Bürger zwei „Geschenke“ von der weißen Minderheit. Ein besonderes TV-Programm für die Afrikaner wurde aufgezogen, und den Schwarzen wurde erlaubt, Cafés zusammen mit Weißen in Johannesburg zu besuchen.

Einige westliche Nachrichtenagenturen servierten diese „Neuheiten“ als weitere Schritte bei der „Demokratisierung“ des Botha-Regimes. Doch was hat man von einem Fernsehprogramm zu erwarten, wenn dessen führende Leute von der Rassistenregierung eingesetzt sind! Über die Mattscheiben flimmern ungezählte Reklamesendungen und Shows. Doch eine amerikanische TV-Serie, die vom Kampf einer afrikanischen Familie in den USA gegen die Unterdrückung durch die Weißen berichtet, fiel der Zensur zum Opfer. Man meinte, der Film sei für die RSA nicht geeignet, da seine Demonstration unerwünschte Reaktionen bei den Afrikanern auslösen könne.

Und die neue Regelung in den Cafés ist eine üble Farce. Müssen ja die Schwarzen im Café Extra-Gläser, -löffel und -gabeln benutzen. Und um Gottes willen dürfen sie natürlich nicht ihren Kaffee aus einer Tasse für Weiße trinken! Darauf steht Gefängnis.

M. SARIPOW

NERVENGASWIRKUNGEN

Einem sarkastischen Kommentar der „New York Times“ zufolge verfügen chemische Waffen über eine interessante Besonderheit. Sie dürfen nicht auf dem Kriegsschauplatz aufgestellt werden, für den sie eigentlich bestimmt sind. Die NATO-Länder, konkretisiert das Blatt, geben deutlichst zu verstehen, sie wollten keine Geschosse und Bomben mit neuen chemischen Kampfstoffen, mit Nervengas, bei sich lagern.

Chemische Waffen sind natürlich kein Whisky. Und da zerbrachen sich die Pentagon-Eggheads den Kopf, wie diese Waffen nach Westeuropa geschafft werden könnten. Iemand

kam auf den großartigen Gedanken, das Nervengas einstweilen in den USA zu belassen. Im Kriegsfall (und die Generale sind gewiß, daß sie mindestens einige Wochen zuvor davon erfahren würden) sollten die Verbündeten ihre Furcht eben vergessen, und dann könnten die chemischen Kampfstoffe unverzüglich über den Atlantik herbeigeschafft werden.

Nach längeren Überlegungen wurde dieses phantastische Szenario abgelehnt. Da tauchte der Vorschlag auf, rechtzeitig Kampfstoffe auf Flugzeugträgern im Atlantik zu stationieren. Doch hierbei wurde deutlich: Die Seeleute sind nicht gerade von der tödlichen Fracht auf ihren Schiffen begeistert.

Und doch gibt es keine Festungen, die man nicht nehmen könnte. Kürzlichen Pressemeldungen zufolge wurde zwischen Italien und den USA ein Abkommen über eine Verstärkung des US-Personals auf den NATO-Stützpunkten in Verona und Vicenza geschlossen, wo Munition mit den neuen Kampfstoffen gelagert werden soll.

So gehört jetzt Italien zu den wenigen NATO-Ländern, die sich offen bereit erklärt haben, US-Nervengas auf ihrem Territorium zu lagern.

Ob das Pentagon bereits damit begonnen hat, heimlich neue Kampfstoffe in Italien einzusetzen? Vielleicht sind die Politiker in Rom deshalb wie gelähmt?

S. MICHAILOW

WENN DIE MASKEN FALLEN

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Vier Leute saßen an einem runden Tisch und antworteten ausführlich auf die Fragen eines spürbar nervösen TV-Moderators. Nach Alter, Charakter und Beruf waren sie bunt zusammengewürfelt. Nur das eine hatten sie gemein: Alle vier waren arbeitslos.

Jeder erzählte seine Geschichte. Der älteste begann. Er ist schon über 60, Schweißer, 20 Jahre bei der gleichen Firma. Im August 1981 wurde ihm mitgeteilt, die Firma habe finanzielle Probleme und müsse Arbeiter entlassen. Er werde nicht mehr gebraucht.

Seitdem erhält er Arbeitslosenunterstützung — die materielle Situation seiner Familie hat sich stark verschlechtert. Doch das ist nicht einmal das Wichtigste. Jemand, der sein ganzes Leben lang ehrlich gearbeitet hat, muß plötzlich Däumchen drehen. Bei seiner Erzählung wirkte er sehr deprimiert. Gleich nach seiner Entlassung mußte er, der früher fast nie krank gewesen war, sich an einen Neuropathologen wenden. Jetzt gehört er zu dessen ständigen Patienten.

Der Schweißer kann wohl kaum noch mit einer plötzlichen glücklichen Wende seines Schicksals rechnen. Ist ja sein Tischnachbar, ein qualifizierter Dreher, mit seinen 40 Jahren viel jünger, doch in Antwortschreiben gaben ihm Personalabteilungen wiederholt deutlich zu verstehen, sein Gesuch werde nicht behandelt, weil er schon eine gewisse Altersgrenze überschritten habe.

Der dritte Gesprächsteilnehmer ist 17. Vor einem Jahr ging er von der Mittelschule ab. Wer Facharbeiter werden will, muß sich zunächst in einem Betrieb als Lehrling ausbilden lassen. Doch heutzutage ist es für einen jungen Menschen nicht leichter, einen Ausbildungsplatz zu finden, als für einen erwachsenen Arbeitslosen eine Stelle. Ohne eine Berufsausbildung aber wird man höchstens als unqualifizierte Hilfskraft eingestellt, doch auch solche Stellenangebote sind überaus rar. Unser 17jähriger wollte Elektromonteur lernen. Auf dem Arbeitsamt machte man ihm klar, das sei

fast aussichtslos — viele drängten in diesen Beruf, es gäbe aber fast keine freien Stellen. Daraufhin erklärte er sich bereit, jeden technischen Beruf zu erlernen. Doch auch das fruchtete nichts.

Der letzte Diskussionsteilnehmer war ein etwa 30jähriger Lehrer. Er kann ganz einfach nicht begreifen, warum er keine Stellung finden kann: Die Klassen sind überfüllt, viele Schulen müssen den Lehrplan wegen Lehrermangels zusammenstreichen. Und zugleich gibt es Tausende arbeitslose Lehrer.

... Die Arbeitslosen in der BRD finden nicht gerade oft im Fernsehen ein Forum für ihre Anliegen. Und natürlich hatte das BRD-Fernsehen seine Einstellung zur Arbeitslosigkeit, deren Bedeutung stets heruntergespielt und dessen Ursachen vertuscht werden, nicht geändert (so auch in besagter Sendung: Nach den Arbeitslosen betrieben Politiker Schönfärberei, um dem Auftritt der Arbeitslosen etwas von dessen Wirkung zu nehmen). Nur ließ sich die Wahrheit diesmal doch nicht retuschieren. Kurz zuvor hatte die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit die Zahlen von Anfang 1982 veröffentlicht: 1 703 862 Arbeitslose waren offiziell bei den Arbeitsämtern registriert — 955 281 Männer und 748 581 Frauen.

Diese Nachricht erschütterte die Bundesbürger. Zudem war es, wie sich herausstellte, nicht die volle Wahrheit. Die tatsächliche Zahl liegt um 50% höher, teilte der Leiter des Landesarbeitsamtes von Nordrhein-Westfalen mit: Zu den erfaßten Arbeitslosen kommen noch etwa 850 000 Personen, die sich aus den verschiedensten Gründen nicht registrieren ließen. Ferner gibt es 505 542 Kurzarbeiter, die entsprechend verdienen. So sind insgesamt unmittelbar mehr als 3 Millionen Arbeiter und Angestellte von der Arbeitslosigkeit betroffen.

Doch noch erschreckender ist, daß keinerlei Anzeichen für eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu erkennen sind.

Die Zeitungen erinnern immer häufiger an die große Krise Anfang der 30er Jahre. Im Winter 1932 er-

hielten in Deutschland 6,2 Millionen Arbeitslosenunterstützung, und eine weitere Million, die mit der Zeit auch diese Unterstützung verloren hatten, lebten von Fürsorgegroschen. Gerade da hielt die schwarzbraune Reaktion die Zeit reif für die Machtergreifung. „Es war diese Erinnerung an die schrecklichen politischen Folgen der Arbeitslosigkeit, die Helmut Schmidt einmal zu

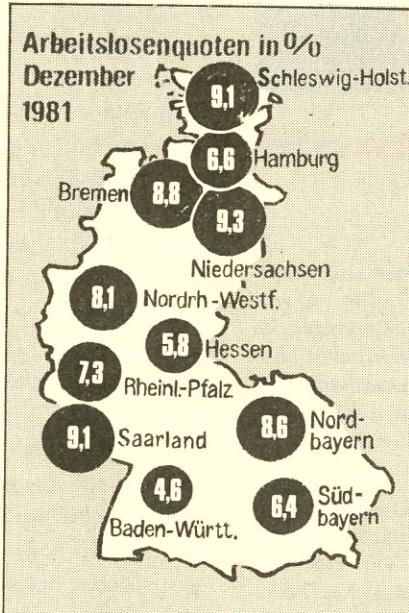


Schaubild aus „Unsere Zeit“ (BRD)

dem Ausspruch verleitete, die Deutschen könnten 5% Inflation leichter ertragen als 5% Arbeitslosigkeit“, schrieb eine Zeitung. Jetzt liegt die Arbeitslosigkeit bei 7,3 Prozent.

Und das im Durchschnitt. In einzelnen Bundesländern sieht es ganz schlimm aus. Die höchsten Arbeitslosenquoten werden in Niedersachsen (9,3%), in Schleswig-Holstein und im Saarland (jeweils 9,1%), in Bremen (8,8%), in Bayern (7,5%) und in Nordrhein-Westfalen (8,1%) verzeichnet. Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland mit dem Ruhrgebiet, hält den absoluten Rekord. Dort sind erstmals mehr als eine halbe Million Menschen (511 000) erwerbslos. Die

Zahl der jungen Arbeitslosen (unter 20) hat in einem Jahr besonders stark zugenommen — um 68,9% auf 156 591.

Ein Journalist des sozialdemokratischen „Vorwärts“, der diese und andere Angaben anführte, hielt den Vorbehalt für nötig: „Im Augenblick, wo dieser Satz geschrieben wird, sind es noch mehr, und wenn er im Druck erscheint, werden es noch einmal mehr sein. Die Kurve deutet die Entwicklung an.“

In solchen düsteren Prognosen stimmen alle Massenmedien überein — ebenso wie Politiker und Industrielle. „In dem Land, in dem einst das Wirtschaftswunder blühte, wird nur noch zum Rückzug geblasen“, schrieb die Hamburger „Zeit“. „Im Jahre 1982 werde der Lebensstandard in der Bundesrepublik auf das Niveau von 1978 oder gar 1977 zurückfallen, warnt Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff.“

Der Gesamtzustand der bundesdeutschen Wirtschaft alarmiert die Fachleute schon seit langem. 1981 erreichte die BRD nicht einmal ein Nullwachstum. Für 1982 prophezeien die Experten vage ein „minimales Wachstum“ — um 0,5%. Die schon etwas abgedroschenen Hinweise der Bundesregierung darauf, in anderen Ländern Westeuropas, und nicht nur Europas, sähe es noch schlechter

aus (in den USA hat die Zahl der Arbeitslosen 9,5 Millionen, in Großbritannien 3 Millionen und in Frankreich 2 Millionen erreicht), verlieren ihre Wirkung.

Wie dem auch sei, mußten die Bonner Politiker endlich auf den neuen „Negativ-Rekord“ (so Josef Stigl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit) reagieren. Es reichte auch nicht mehr, öffentlich zu jammern — dabei tat sich besonders die rechtsbürgerliche Opposition hervor, die der Regierungskoalition die ganze Schuld für die Arbeitsmarktsituation gab.

Bundeskanzler Helmut Schmidt rief eine Konferenz von Vertretern der Regierung, der Unternehmer und der Gewerkschaften ein, um die Lage zu erörtern. Es hieß, wenig später werde die Regierung den Jahreswirtschaftsbericht erörtern, der „die Grundlage für ein arbeitsmarktpolitisches Konzept der Bundesregierung schaffen soll“. Bislang aber meinte fast jeder Politiker, Klagelieder anstimmen und große Taten verlangen zu müssen.

Doch in dieser ganzen Reaktion lag etwas Verlogen. Man spürte, daß die Arbeitslosenzahlen manchem, wie die „Deutsche Volkszeitung“ schrieb, „zum Anlaß für eine hektische Scheingeschäftigkeit geworden...“ ist. Und weiter: „Man

versucht den Eindruck zu erwecken, als sei die Zahl von 1,7 Millionen Arbeitslosen das Ergebnis einer überraschenden Entwicklung, die die Macher in Bonn und in den Spitzenverbänden der Industrie gewissermaßen auf dem falschen Fuß erwischte hat, und man nun in der gebotenen Schnelligkeit und Weise reagieren werde. Aber diese Zahlen haben die Auguren, die sich mit wirtschaftlichen Prognosen beschäftigen, schon zur Jahreswende 1980/81 mit bemerkenswerter Präzision vorausgesagt.“ Und in Bonn nahm man das zur Kenntnis. Und wirklich: Hatte nicht die Regierung im letzten Sommer mit der realen Gefahr steigender Arbeitslosigkeit ihre Opponenten zu schrecken gesucht, als die leidenschaftliche Diskussion darüber entbrannte, wer die Hauptlast der geplanten Kürzungen zu tragen habe. Letztlich beschloß man, wie zu erwarten, an den Ärmsten zu sparen: an Sozialhilfeempfängern, Kranken, Arbeitslosen, Kinderreichen und den Mieten von „Sozialwohnungen“. Wie stets galten diese Einsparungen als „beschäftigungssichernde Maßnahme“. Was daraus wurde, sieht man jetzt.

Übrigens wartet Bonn immer noch darauf, daß die „Operation 82“, wie die Einsparungsmaßnahmen genannt wurden, eine positive Wir-

GELD KAUFT MACHT

Am Rhein ist „die größte Spendenaffäre der Bonner Republik...“ aufgefahren, meldete vor einiger Zeit das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Eine Gruppe von Gesetzesbrechern hatte eine große Operation durchgeführt: Hunderte Fälle von Steuerhinterziehung und Verluste von vielen Millionen für die Staatskasse. Normalerweise werden Finanzdelikte hier streng bestraft. Und die Politiker der Bundestagsparteien, viele von ihnen Volljuristen, machen gern von derartigen Vorfällen Gebrauch, um dem Bürger ein weiteres Mal die Leviten zu lesen und ihm klarzumachen, welchen Schaden die unkorrekte Bezahlung der Steuern, der Haupteinnahmequelle des bürgerlichen Staates, mit sich bringt.

Warum nun sind jetzt weder in den Regierungsparteien SPD und FDP noch bei den Oppositionsparteien CDU und CSU Moralapostel sichtbar? Weil FDP, CDU/CSU und SPD in die Spendenaffäre verwickelt sind. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß bedeuten-

de Politiker — Minister, Schatzmeister der Parteien und deren Presseorgane — in den Fall verwickelt sind.

Wie kam es, daß angesehene Vertreter von „staatstragenden Parteien“, wie sie sich gerne selbst nennen, in den Verdacht gerieten, diesen ihren Staat skrupellost auszulöndern?

Die Bonner Parteien erhalten ihre Einnahmen aus verschiedenen Quellen. Erstens sind da die Mitgliedsbeiträge. Nicht geringe Summen, wenn man an die Mitgliederzahl der Parteien denkt (SPD ca. 1 Million Mitglieder, CDU 700 000, CSU 170 000, FDP 83 000).

Zweitens erhalten die Parteien Zuwendungen aus der Staatskasse zur Führung des Wahlkampfes — nach den Wahlen, und zwar 3,50 DM für jeden Wähler der betreffenden Partei. So kommen Millionenbeträge zusammen.

Die dritte traditionelle Geldquelle der Parteien in den kapitalistischen Ländern sind Spenden. Das kann ein in einen Umschlag gesteckter 20-DM-Schein von einem Herrn Müller sein, der seine Par-

tei unterstützen möchte, doch auch ein Scheck über einige Millionen. Einem Industriellen, der für einen als „gemeinnützig“ erklärten Verein spendet, stehen große Steuervergünstigungen zu, die ihn bewegen, häufiger und mehr „für ein gutes Werk“ zu geben.

Die Parteien haben nicht einen derartigen Status. Spenden an sie über das festgesetzte Limit von 1800 DM sind wie üblich zu versteuern. Die Führer der Bonner Parteien haben wiederholt versucht, das zu ändern, doch erlitten sie dabei Niederlagen. Die Verbindungen der Parteien zum Großkapital riefen auch ohnedies keine Begeisterung bei der Öffentlichkeit hervor.

Zudem stand das im offenen Widerspruch zum Buchstaben des Gesetzes. Bereits 1958 hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, daß eine Steuerbefreiung für Parteispender verfassungswidrig ist. Nach der „allgemeinen Lebenserfahrung“, konstatierte das Gericht, „werden politische Geldspenden nur aus bestimmten Interessen gemacht“. Mit anderen Worten ging es darum, daß die Parteispender (im Gegensatz z. B. zu Spendern für ein Altersheim) von den

kung zeigt und deshalb, schreibt das Magazin „Stern“, hält die Bundesregierung „Nichtstun für das beste Beschäftigungsprogramm“.

Nichtsdestoweniger flammt angesichts der aufgewühlten Öffentlichkeit und unter immer stärkerem Druck der Gewerkschaften die Diskussion über die Mittel und Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erneut auf. Zwei verschiedene Rezepte werden diskutiert. Die einen verlangen, die Regierung solle ein Beschäftigungsprogramm vorlegen. Die anderen verweisen auf die „freie Marktwirtschaft“ und deren „Selbstheilkräfte“, verlangen, die Regierung solle den Unternehmern größere Privilegien einräumen, da nur sie eine Belebung der Konjunktur bewirken könnten.

Natürlich ist letzteres Rezept die Meinung des Großkapitals und seiner politischen Freunde. Sie alle wenden sich entschieden gegen staatliche Beschäftigungsprogramme. Bis vor kurzem hatte sich gegen solche Programme nicht nur die Opposition, die CDU/CSU, kategorisch ausgesprochen, sondern auch die der Regierungskoalition angehörende bürgerlich-liberale Freie Demokratische Partei. Sei es aus Überzeugung, sei es als Zugeständnis an den Koalitionspartner, bestand auch die SPD-Führung nicht

auf einem konkreten Beschäftigungsprogramm, obgleich sie dafür von der eigenen Basis stark kritisiert wurde.

Anfang Februar veröffentlichte das Bundesamt für Arbeit Angaben, denen zufolge die Arbeitslosigkeit fast die 2-Millionen-Marke erreicht hat. Fast gleichzeitig gab die Regierung ihr Beschäftigungsprogramm bekannt. Doch sie war sich so wenig sicher, daß dieses Programm selbst von den Koalitionsparteien vorbehaltlos unterstützt würde, daß der Kanzler im Bundestag die Vertrauensfrage stellte. Unter Fraktionsdisziplin sprachen dann alle SPD- und FDP-Abgeordneten Helmut Schmidt das Vertrauen aus. Doch die Zweifel an der Wirksamkeit (und auch an der Realisierbarkeit) des Programms sind nicht ausgeräumt.

Die demokratischen Kräfte des Landes unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach einem zielgerichteten und überprüfbaren Beschäftigungsprogramm. Die Herrschenden lehnen es ab. In diesem Zusammenhang meinte der DGB-Vorsitzende Heinz-Oskar Vetter, die Bewegung gegen die Arbeitslosigkeit könne ebenso umfassend werden wie die Friedensbewegung.

Das erschreckt die Herrschenden in der BRD um so mehr, da hier

nicht nur äußerlich eine Verbindung besteht. Eine der Ursachen der Geldknappheit bei möglichen Beschäftigungsprogrammen ist ja in den riesigen Rüstungsausgaben der BRD zu suchen. Eine Großdemonstration gegen die Arbeitslosigkeit fand bereits am 7. November v. J. in Stuttgart statt. Franz Steinkühler von der IG Metall sagte in seiner Rede: „Es ist eine inhumane Gesellschaft, die millionenfache Arbeitslosigkeit zuläßt.“

Doch was heißt hier Humanität? Empörung wird laut, wenn die geprägte Welt des freien Unternehmertums, um die Preise hochzuhalten, frische Tomaten vernichten läßt. Hier aber geht es um Menschen. Dabei entpuppt sich zum zügsten Mal auch das Gerede von dem „Rationalismus“ und der „Rentabilität“ der kapitalistischen Wirtschaft als Märchen. Offenbar wird die Massenarbeitslosigkeit in der BRD in den Jahren 1980—1982 die gigantische Summe von 260 Md. DM verschlingen.

Die führenden westlichen Länder können vielleicht für eine gewisse Zeit die Inhumanität der kapitalistischen Ordnung maskieren. Doch früher oder später müssen die Masken fallen — wie jetzt in der BRD.

Bonn

Parteien ihrerseits Gegenleistungen erwarten. Am treffendsten brachte dies das Gericht in dem Satz zum Ausdruck: „Geld kauft Macht!“.

Doch Verbote helfen wenig, wenn der eine kaufen und der andere sich verkaufen will. Wenn die offene Geschäftsabwicklung gestört wird, beginnt man eben, unter dem Tisch zu handeln. So entstand auf der Grundlage der „Spenden“ ein Schwarzmarkt. Die Partner zeigten eine Erfindungsgabe, für die sie Berufsgauner beneiden könnten. Dutzende von Tarnvereinen entstanden. Dank ihren Beschützern erhielten diese Büros schnell den Status „gemeinnütziger“ Organisationen und begannen, große Spenden zu erhalten — natürlich bei Steuerbefreiung. Dann wurde eine gewisse Anstandsfrist eingehalten, wonach die gesammelte Summe wohlbehalten im Safe der einen oder anderen Partei landete.

So wurden Wölfe wie Schakale satt. Ein Kapitalist „schenkte“ einer Partei eine große Summe (von der ein Großteil als Steuerprivilegien an ihn zurückfloß), wobei er entsprechend große Gegenleistungen erwartete. Die Parteispitze

füllte so ihre Kasse viel schneller auf, als wenn sie gesetzlich gehandelt hätte. Die eigentlichen Leidtragenden waren die Steuerzahler, denen das Fell über die Ohren gezogen wurde. Von Jahr zu Jahr suchte man sie zu bewegen, diesmal mehr zu geben, da in der Staatskasse Ebbe sei. Unterdes aber zogen die Monopole und die „staatstragenden“ Parteien ihnen riesige Summen aus der Tasche. Mit diesen Beträgen wurde die ausufernde Parteibürokratie bezahlt, wurden Wahlkampfspektakel finanziert und natürlich den besagten Steuerzahler eine Gehirnwäsche verpaßt, damit sie um Gottes willen nicht an den „Vorzügen“ der bürgerlichen Demokratie zu zweifeln beginnen.

Doch sie, zumindest viele von ihnen, bekamen Zweifel. Nachdem Informationen über die Spendenaffäre in die Presse durchgesickert waren, wurde die Nachricht mit besonderer Empörung aufgenommen, die Parteibosse wollten ihre Schützlinge, die in diese Affäre verwickelt sind, durch die Annahme eines besonderen Amnestiegesetzes retten. In der BRD schlug eine Welle der Empörung hoch.

„Statt den Sumpf trocken zu legen, ist man drauf und dran, ihn zum Naturschutzgebiet zu erklären“, schrieb die Frankfurter „Ta“. „Der Spiegel“ veröffentlichte eine ganze Reihe von Leserbriefen, die die allgemeine Stimmung im Lande zum Ausdruck bringen. Hier Auszüge aus ihnen: „Die Spendenaffären beweisen wieder einmal die absolute Unfähigkeit unserer Politiker zur politischen Moral.“ „Sind gewöhnliche Steuerbetrüger, Straftäter an den Schaltstellen der Macht tolerierbar?“ „Jetzt wissen wir es schwarz auf weiß: Nicht zu Bonn am Rhein wird die Bundespolitik gemacht, sondern in den Besprechungszimmern der Geldspender der Parteien.“

Einige Wohltäter (z. B. der Flickkonzern) zahlten gleich an alle drei Parteien — typisch für die Bonner Demokratie. Sicher wird der Tag, an dem die Parteibosse diesen Fall „auf anständige Art“ abschließen werden, in die Annalen eingehen. Daran, daß die Schuldigen dann unbestraft ausgehen werden, zweifelt kaum jemand.

NZ-Eigenbericht

Bonn

VERHANDLUNGEN IN DELHI

Ende Januar, Anfang Februar fanden in Delhi Verhandlungen zwischen den Außenministern Indiens und Pakistans statt, deren Bedeutung über den Rahmen der zweiseitigen Beziehungen hinausgeht. Im Grunde stand das Problem des Friedens in ganz Südasien auf der Tagesordnung.

Konkretes Verhandlungsergebnis war die Vereinbarung über die Notwendigkeit, eine gemeinsame Kommission einzurichten — das erste ständige Organ in der Geschichte beider Länder, das die Bestimmungen des Simla-Abkommens von 1972 in der Praxis realisieren soll. Dieses Abkommen zwischen Indien und Pakistan sah die Entwicklung des Handels und anderer Kontakte sowie die friedliche Lösung von Streitfragen vor. Nach Meinung Indiens würde das ein Klima des gegenseitigen Vertrauens schaffen, das dem Abschluß eines Paktes über Nichtangriff und Gewaltverzicht zwischen beiden Ländern in der Zukunft günstig wäre. Der Plan für einen derartigen Pakt war auch Anlaß für die Verhandlungen in Delhi. Im Herbst vergangenen Jahres schlug Pakistan ihn vor. Nach gewissen Schwankungen schätzte die Regierung Indira Gandhis diesen Schritt positiv ein. Gleichzeitig erinnerte sie daran, daß Indien die Initiative zum Abschluß eines Nichtangriffspakts bereits 1949 ergriff und sie später mehrfach wiederholte.

Pakistan wollte in all diesen Jahren dem indischen Vorschlag nicht zustimmen. Was veranlaßte es, seine Position zu revidieren und selbst das gleiche vorzuschlagen? Über dieses Problem dachte man in Delhi nach. Hier bemerkte man, daß der Zeitpunkt des pakistanschen Vorschlags mit dem Beginn der Debatten im USA-Kongreß über die US-Hilfe für Islamabad in Höhe von mehr als 3 Md. Dollar zusammenfiel. Dieses Geld ist vor allem für die beispiellose Aufrüstung Pakistans, die alle denkbaren Verteidigungsbedürfnisse übertrifft, gedacht. Deshalb schloß man in der indischen Hauptstadt nicht aus, daß es sich um ein Manöver Islamsabads handeln könne, das einerseits die Gegner im US-Kongreß besänftigen solle und andererseits dazu diene, Zeit für das eigene militärische Body-building zu gewinnen.

Während Islamabad propagandistisches Kapital aus seinem Vorschlag schlug, schlußfolgerte man in Delhi, daß sich dahinter mehr als

nur ein lokales Manöver verbirgt. Denn als Lohn für die Hochrüstung Pakistans wollen die USA das Land als Umladebasis für ihre interventionistische schnelle Eingreiftruppe missbrauchen. Dieser Polizeitruppe gehört die Hauptrolle in der US-Strategie zur „Verteidigung des Persischen Golfs“, bzw. im Klartext: zur Veränderung des Gleichgewichts der Kräfte entlang der Südgrenzen der sozialistischen Gemeinschaft. In Indien versteht man das sehr gut. Ministerpräsidentin Indira Gandhi verurteilte in einem Gespräch mit den ihren Außenminister Agha Shahi begleitenden pakistanschen Journalisten die Versuche, mit Hilfe Pakistans die Sicherheit der sozialistischen Länder zu untergraben. Aber andererseits erklärte sie, würden vereinte Friedensanstrengungen Indiens und Pakistans uns angesichts der Intrigen bestimmter Kreise stärker machen.

Konkret benannte diese Kreise in einem Interview mit mir der Parlamentarier und Präsident des Indischen Instituts für Probleme der Nichtpaktgebundenen, Ramamurthy:

„Die USA streben bewußt die Verschärfung der Spannungen in Hindustan an. Dabei beziehen sie Pakistan in ihre Globalstrategie ein. Die echte Garantie für die Sicherheit Pakistans bilden nicht eine Allianz mit Amerika und auch nicht die Teilnahme an den Anschlägen äußerer Kräfte auf den Frieden in unserer Region, sondern die Freundschaft mit Indien...“

Da Pakistan Teil des amerikanischen strategischen Systems in Südasien wird, bestimmte Indien, wie politische Beobachter vor Ort bemerkten, seine Haltung zum pakistanschen Vorschlag nicht nur angesichts der zweiseitigen Beziehungen, sondern auch der Sicherheit dieser gesamten, weiträumigen Region. Die von der Sorge um den Frieden in Asien und der Ablehnung des militaristischen Kurses der USA diktierte Position Indiens ist also weitsichtig.

Indien wußte, was sich hinter dem pakistanschen Vorschlag verbirgt, einen Nichtangriffspakt zu schließen, willigte aber trotzdem in Verhandlungen ein. Warum? Um die Beziehungen zu Pakistan wieder auf den Boden des Simla-Abkommens zu stellen und die Pläne zu durchkreuzen, dieses Land gegen den Frieden in Asien einzusetzen. Normale Beziehungen zwischen Indien und Pakistan, sagte Indira Gandhi in

dem Gespräch mit pakistanschen Journalisten, entsprächen nicht nur den Interessen beider Länder, sondern seien auch für die Stabilität in Hindustan und in ganz Asien notwendig.

Deshalb stand im Zentrum der Verhandlungen in Delhi das Problem, ohne dessen Klärung kein Nichtangriffspakt denkbar ist — die Vereinbarkeit der jetzigen pakistano-amerikanischen Beziehungen mit den Interessen des Friedens in Asien. Wie hier durchsickerte, überzeugten die Versicherungen der pakistanschen Seite, sie bleibe dem Prinzip der Nichtpaktgebundenheit treu und stelle ihr Territorium nicht für amerikanische Basen zur Verfügung, die indischen Vertreter nicht. Deutlich verwies Delhi auf den grundlegenden Unterschied zwischen den Beziehungen Pakistans zu den USA und den Beziehungen Indiens zu seinen Freunden. So parierte Indira Gandhi die Behauptung eines pakistanschen Journalisten, der sowjetisch-indische Vertrag über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit sei den Beziehungen Pakistans zu den USA ähnlich, mit der Erklärung, daß der sowjetisch-indische Vertrag ein Dokument der Freundschaft und des Friedens ist. Sie schlug Pakistan vor, einen ähnlichen Vertrag auch mit Indien zu schließen.

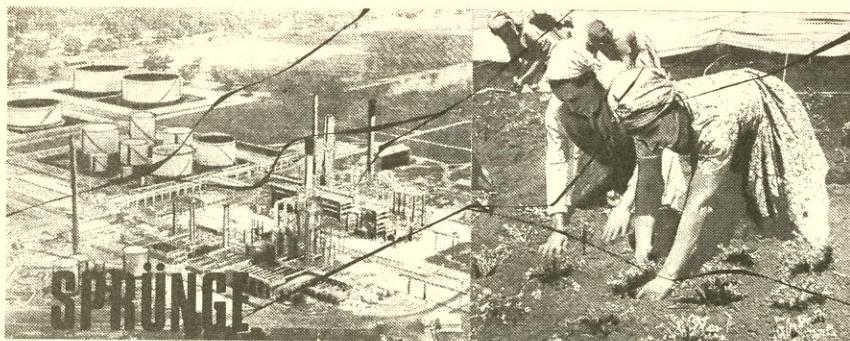
Hier meint man, daß der begonnene Dialog mit Pakistan dem Frieden in Asien nützen und die Intrigen der feindlichen Kräfte stören kann.

Das Mitglied des indischen Oberhauses Jain sagte mir: „Die Vereinigten Staaten heizen die Spannungen auf dem Kontinent an und versuchen, Indien, dessen Politik Washington nicht gefällt, zu schwächen. Aber manchmal wird vergessen, daß diese Politik Pakistan kein Glück beschert. Die USA bringen Islamabad gegen seine Nachbarn Indien und Afghanistan auf und behindern natürliche, normale Beziehungen zu ihnen. Die politische Strategie Indiens ist darauf gerichtet, die Realisierung dieser Pläne nicht zuzulassen.“

Die nächste Runde der indisch-pakistanischen Verhandlungen soll Ende Februar in Islamabad stattfinden.

L. SHEGALOW
NZ-Eigenbericht

Delhi, Februar



IM „SCHAUFENSTER DES KAPITALISMUS“

Boris ASSOJAN

In Nairobi wird gegenüber dem Hotel in der Kenyatta Avenue, in dem ich abstieg, ein neuer Wolkenkratzer, ähnlich einem vom Wind geblähten Segel, gebaut. Der Lärm auf der Baustelle legt sich bis spätabends nicht: Die grauen Mauern werden erst aufgeführt, aber die Besitzer haben schon einen Großteil seiner Stockwerke an verschiedene Büros verkauft. Ein Hochhaus wie viele andere auch, die in der kenianischen Hauptstadt in den letzten Jahren entstanden sind.

Am Eisenbetongestänge, am Arm des Riesenkrans und an der weißen Umfriedung hängen die Schilder der Auftragsfirma: Solel boneh International, eine der größten israelischen Baugesellschaften, die Afrika schon vor 1973, bevor die meisten afrikanischen Länder die Beziehungen zu Tel Aviv abbrachen, aktiv unterwanderte.

Kenia gehört zu den wenigen Staaten des Kontinents, die zu Israel kommerzielle, wirtschaftliche und technische Beziehungen unterhalten. Zwar hat Nairobi keine diplomatischen Beziehungen zu ihm, aber hier werden immer häufiger die Aufforderungen zu ihrer Wiederaufnahme laut. Die proisraelische Lobby verstummte nicht einmal während der 18. Tagung der Assemblee der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), die Ende Juni 1981 in Nairobi stattfand. Es störte die Lobbyisten nicht im geringsten, daß viele afrikanische Staatschefs auf dieser Tagung erneut ihre Entschlossenheit bekräftigten, die Beziehungen zu Israel wegen seiner aggressiven Politik nicht wiederaufzunehmen. Erinnert man Israels Anhänger daran, daß ihre Position den auch von kenianischen Spitzenpolitikern unterzeichneten OAU-Beschlüssen widerspricht, so führen sie z. B.

folgendes demagogisches Argument ins Treffen: „Wir begrüßen jede Hilfe, woher auch immer. Traditionell haben wir bessere Beziehungen zu den Staaten der ‚freien Welt‘. Und Israel gehört zu ihnen.“

Kenia hat beim Westen unbestreitbar einen Stein im Brett und erhält bedeutende „Hilfe“ von ihm. Aber um welchen Preis?

Gehen, um zu bleiben

Die 1963 proklamierte Unabhängigkeit Kenias wurde ihm nicht vom „Mutterland“ geschenkt. Großbritannien mußte diese Kolonie unter dem Druck des — zum Teil bewaffneten — nationalen Befreiungskampfes räumen. Aber die Kolonialherren gingen, um zu bleiben. Sie dachten nicht daran, Kenia eine wahre Unabhängigkeit und die Möglichkeit zu geben, eine selbständige Politik zu treiben. Alles wurde getan, um das Land in der Einflußsphäre des Westens zu halten und ihm den kapitalistischen Weg aufzuzwingen.

Diesem Land war die Rolle eines „Schaufensters des Kapitalismus“ in Afrika zugeschrieben. Es wurde mit Anleihen überschüttet, Privatkapital floß den wirtschaftlichen Hauptzweigen zu, westliche Experten boten um die Wette ihre Dienste an. Das Land wurde zu einem afrikanischen Mekka für westliche Geschäftsleute, denen günstige Bedingungen für Investitionen zugesichert waren: die Möglichkeit, den größeren Teil der Profite ins Ausland zu überweisen, niedrige Steuern, relativ billige Arbeitskräfte. Kenia öffnete allem Tür und Tor, was aus dem Westen kam, ob Kapital, Waren oder Kultur. Das „Schaufenster“ mußte die Nachbarländer blenden, die einen anderen Entwicklungsweg eingeschlagen ha-

ben und es nicht wünschen, Kolonialismus gegen Neokolonialismus zu tauschen.

Das Blendwerk sollte über den Ausverkauf der Reichtümer Kenias an westliche — amerikanische, britische, französische, westdeutsche — Monopole hinwegtäuschen. Die vor Gewährung der Unabhängigkeit erarbeitete Verfassung des Landes verbot die Nationalisierung ausländischen Großeigentums. Das galt auch für den Bodenbesitz. Die freigebige britische Krone hatte den Kolonisten die fruchtbaren Böden praktisch zur ewigen Nutzung — in Form der 99jährigen Pacht — übergeben. Somit wurden die Hoffnungen der Afrikaner auf radikale sozialökonomische Umgestaltungen schon vor der Unabhängigkeit zu Grabe getragen. Der Kolonialismus schuf in Kenia eine Wirtschaft von zweierlei Charakter: einen hochleistungsfähigen europäischen Sektor und die Naturalwirtschaft der Afrikaner. Dieser Doppelcharakter macht sich bis heute bemerkbar, nur daß es vielleicht weniger ausländische Besitzer gibt. Sie werden nach und nach von afrikanischen abgelöst.

Eine Analogie drängt sich auf: zur Simbabwepolitik des Westens. Bekanntlich verbietet Simbabwes Verfassung die Nationalisierung des europäischen Sektors und erhält einige Privilegien der weißen Minderheit aufrecht. Unter Zuhilfenahme dieser Verfassung hoffen die Neokolonialisten, Simbabwe in ein weiteres „Schaufenster des Kapitalismus“ zu verwandeln. Auf jeden Fall wird die Wirtschaft des Landes recht großzügig finanziert, damit Simbabwe gegenüber fortschrittlichen Tendenzen in der Politik und Wirtschaft „immun“ wird. Aber es ist zweifelhaft, ob der Westen dort das „Kenia-Experiment“ wird wiederholen können: Dazu weist das den Kenianern aufgekroisierte Modell der kapitalistischen Entwicklung allmählich zu viele Mängel auf.

Zuerst sahen die kenianischen Statistiken vielversprechend aus. Zwischen 1964 und 1977 stieg das Bruttonsozialprodukt im Jahresdurchschnitt um 6%. Die Landwirtschaft, deren Grundlage vor der Unabhängigkeit die Exportkulturen Kaffee, Tee, Sisal und Pyrethrum waren, wurde vielseitiger. Neue Industriebetriebe und Straßen kamen hinzu, die Städte wuchsen, der Autostrom in den Straßen wurde immer dichter. Es erweiterte sich der Fremdenverkehr, der schließlich zur zweitgrößten Devisenquelle (nach Kaffee) geworden ist. Zur „Schaufenster“struktur gehörte natürlich auch eine prospe-

rierende afrikanische Oberschicht, die entstehende Bourgeoisie.

Im Unterschied zu vielen anderen afrikanischen Ländern kannte Kenia keine Staatsstreichs. Selbst die Woge von Putschen, die 1964 über die ostafrikanischen Länder rollte, berührte Kenia nur indirekt. Die einzige Ablösung des Präsidenten vollzog sich friedlich: Nach dem Tod Kenyattas 1978 ging sein Posten gemäß der Verfassung an den Vizepräsidenten Daniel Arap Moi über.

Die politische Stabilität und die Erfolge in der Wirtschaftsentwicklung, beides Ergebnis vor allem der Arbeit der Werktätigen Kenias, gaben der westlichen Propaganda den Anlaß, Kenia nachgerade zum Muster des kapitalistischen Entwicklungsmodells für Afrika zu verkünden.

Die ersten Aber

Aber bald welkte der Optimismus der Anhänger des kapitalistischen Weges. Beunruhigende Anzeichen traten auf. Im Jahre 1978 ging das Kaffeeaufkommen um 25% zurück, die Eingänge aus dem Kaffee-Export betrugen kaum ein Drittel, die aus dem Tee-Export ein Viertel der früheren. Der Import dagegen wurde um 43% teurer. Die Regierung konnte dem Preisanziehen keinen Einhalt gebieten. Die Spanne zwischen den Einkünften der Werktätigen und denen der Oberschicht wurde immer größer. So lag der Monatslohn eines städtischen Arbeiters nicht über 200 Shilling (30 Dollar), d. h. tief unter dem bescheidensten Existenzminimum. Die westliche Presse schlug andere Töne an. „Der Boom nähert sich seinem Ende“, stellte düster die britische „Financial Times“ fest. Diesmal bewahrheitete sich ihre Vorhersage.

Seit August 1980 sind die Kaffee-preise um 30% gesunken. Die Tee-Ernte war 1981 schätzungsweise um 12% geringer als 1980. Vor einigen Jahren exportierte Kenia Nahrungsmittel. Gegenwärtig muß es Mais, Weizen und Reis im Ausland kaufen.

Der Produktionsrückgang ist nicht nur in der Landwirtschaft zu beobachten. Fast 70% des industriellen Sektors befinden sich, wie die Zeitschrift „African Business“ schrieb, „in einem beklagenswerten Zustand“. Die Nahrungsmittelproduktion ist auf fast ein Drittel geschrumpft. Die meisten Betriebe sind zu nur 40% ausgelastet.

Der Kenia-Shilling wurde 1981 zweimal abgewertet: um 5% im Februar und um 18% im September. Die auf Forderung des Internationalen Währungsfonds vorgenommene Abwertung hat den

Import verteuert und die Einzelhandelspreise in die Höhe getrieben. Zu einem Großteil resultieren diese Schwierigkeiten aus der Tatsache, daß Kenia eng an die westliche Wirtschaft gefesselt ist und auch die geringsten Schwankungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft voll zu spüren bekommt.

In der Falle

Nachts surren in Nairobi die Klimaanlagen und flimmern die Neonröhren der Reklame. Die beleuchteten Schaufenster europäischer, indischer und afrikanischer Geschäfte, vor deren verschlossenen Türen die Nachtwächter in blauen Overalls ihren Dienst verrichten, werfen einen fahlen Abglanz auf die menschenleeren Straßen.

Hie und da sieht man ein Feuer in der Straße: Die Nächte werden kühl. Die Wächter sind bemüht, sich nicht allzuweit voneinander zu entfernen, die Straßen der kenianischen Städte sind heutzutage nicht ungefährlich. Kaum eine Zeitung ohne Berichte über einen weiteren Raub, Mord, eine Vergewaltigung. Die Armee der Nachtwächter, die die britische Gesellschaft „Securicor“ zur Verfügung stellt, wächst mit jedem Jahr. Zum Straßenbild gehört heute ein bewaffneter Polizist, der sich die Passanten argwöhnisch anguckt.

Die städtische Bevölkerung in Kenia steigt um 7% jährlich, fast doppelt so schnell wie im Landesdurchschnitt. Aus den ärmlichen ländlichen Gegenden strömen die Menschen nach Nairobi auf der Suche nach Arbeit und Glück. Gegenwärtig zählt die Hauptstadt eine Million Einwohner, bis zum Jahr 2000 wird sich die Zahl verdoppeln. Die Armen hausen, wo und wie sie gerade können. Die Randbezirke Nairobi sind Ansammlungen von Elendshütten. Die Großstadt kann nur wenigen Beschäftigung sichern. Daher die wachsende Kriminalität, Rauschgiftsucht, Prostitution und andere soziale Mißstände.

Die meisten Kenianer leben noch immer in Armut. Die Zahl solcher Menschen nimmt erschreckend rasch zu. Jährlich kommen rd. 250 000 junge Kenianer auf den Arbeitsmarkt, während die Zahl neuer Arbeitsplätze nur ein Siebentel davon ausmacht. Insgesamt aber zähle das Land, wie der Parlamentsabgeordnete Koigi Wamwere mitteilte, fast 4,5 Millionen Beschäftigungslose.

Beim Gespräch mit einem westlichen Journalisten auf der Tagung der OAU-Assemblée nannte ich diese Fakten, als er mich zu überzeugen versuchte, nur die kapitalistische Orientierung und westliche

Hilfe könnten den jungen afrikanischen Staaten eine zügige Entwicklung garantieren. Mein Gesprächspartner wollte überhaupt nicht einsehen, daß die Not Kenias gerade daher röhrt, daß es dem ausländischen Kapital ausgeliefert ist, das an einer Verbesserung des Lebens der Werktätigen gar nicht interessiert ist.

Wem gehört Kenia? Diese Frage stellt die Öffentlichkeit des Landes oft. Im Juli 1981 sagte der Assistent des Ministers für Viehhaltung, Martin Shikuku, im Parlament ohne Umschweife: Die Wirtschaft des Landes stehe unter ausländischer Kontrolle. Im Parlament Kenias entbrennen von Zeit zu Zeit heftige Diskussionen über diese Frage, nach denen die Regierung sich genötigt sieht, Schutzmaßnahmen zu treffen.

Bald nach seinem Amtsantritt als Präsident verbot Daniel Arap Moi Geschäfte mit dem Grund und Boden. Wie er sagte, mußte er diesen Schritt tun, da einige Großgrundbesitzer mit Parzellen spekulieren, während die meisten Bauern überhaupt keinen Boden haben. Vor einigen Jahren wurde ein Amt zur „Kenianisierung“ von Fachkräften geschaffen, das die Ausstellung von Arbeitskarten an Ausländer kontrolliert und dafür zu sorgen hat, daß nicht Menschen einwandern, deren Kenntnisse und Erfahrungen nicht den Erfordernissen der Republik entsprechen. Die Lehrpläne der Hochschulen wurden revidiert, jetzt wird der Akzent auf die Vorbereitung eigener Fachkräfte für die Volkswirtschaft gesetzt.

Doch können all diese Maßnahmen die Wirtschaft des Landes nicht von ausländischer Kontrolle befreien. Und dann: Werden denn die westlichen Monopole die Kenianer ohne weiteres radikale Entscheidungen treffen lassen? Ein kenianischer Journalist sagte mir: „Man hat uns in der Falle gefangen. Nach der Unabhängigkeit lockte man uns mit der Vision von Reichtum und Wohlergehen, und als wir auf den Köder bissen, schlug der Deckel zu. Ich bezweifle, daß es uns gelingt, uns aus dieser kapitalistischen Falle zu retten.“

Ja, die Chancen werden immer geringer, zumal der Westen neben seiner wirtschaftlichen Vorherrschaft auch die militärstrategische Präsenz in Kenia steigert.

Was die Dichte der ausländischen Militärstützpunkte und die Anzahl ausländischer Soldaten und Offiziere (wohlgemerkt: nicht etwa von Beratern, sondern von Verbänden der regulären Armee) betrifft, steht Kenia an einer der ersten Stellen in Afrika. Der Hafen Mombasa, der fortwährend von USA-Kriegsschiff-

fen angelauft wird, erweitert sich gegenwärtig. Das bisher größte Kriegsschiff der USA, das hier aufkreuzte, war der Hubschrauberträger „Tarawa“ (Länge über alles: 252 m). Wie jedoch in Washington verlautet, könnten sehr bald auch noch größere Schiffe diesen Hafen anlaufen.

Die grauen Riesenrumpfe der von Raketen starrenden Kriegsschiffe der USA in Mombasa und USA-Flugzeuge im Fliegerhorst Nanyuki zeugen davon, daß Kenia allmählich zu einem Stützpunkt für die amerikanische Eingreiftruppe ausgebaut wird, und diese ist zum Kampf gegen jene Völker Afrikas und des Nahen Ostens bestimmt, die das USA-Diktat ablehnen.

Diese für Kenia gefährliche Politik, die es in Abenteuer der USA (und auch der mit Washington liierten RSA) verwickeln kann, wird unter der Flagge des Kampfes gegen die „kommunistische Bedrohung“ betrieben. Aber die Kenianer sehen keine Anzeichen einer solchen Gefahr. Dafür sehen sie klar die Bedrohung durch das Regime in Somalia, das ständig Gebietsansprüche Kenia gegenüber geltend macht und dabei den militärischen „Schutz“ der USA hinter sich weiß. Nicht zur Verteidigung Kenias werden auf seinem Territorium USA-Stützpunkte gebaut. Den USA geht es nur darum, ihre militärische Präsenz an der Küste des Indischen Ozeans und in Ostafrika zu verankern.

* * *

Die Innen- und Außenpolitik des derzeitigen Regimes löst in Kenia wachsende Unzufriedenheit aus. Im Frühjahr 1981 streikten die Ärzte, die höhere Gehälter forderten, und die Studenten der hauptstädtischen Universität demonstrierten erstmals unter politischen Lösungen. Wie auch sonst in solchen Fällen, schob man die Schuld an den „Unruhen“, „subversiven Elementen“ in die Schuhe. Aber die Studenten erklärten, daß sie bei ihrer Aktion nur ihrem Gewissen folgten. Einer von ihnen sagte: „Wir möchten, daß alle in Kenia unsere Stimme vernehmen. Unsere Gesellschaft erlebt jetzt eine schwere wirtschaftliche und politische Krise, und wenn alle schweigen, wird unser Leben noch schlechter sein.“

Diesen Worten könnten meines Erachtens viele Einwohner Kenias zustimmen. Sie sind der Auffassung, daß etwas unternommen werden muß, damit ihr Leben nicht in Worten, sondern wirklich besser wird.

Nairobi—Moskau

24

ÄGYPTEN

VERÄNDERUNGEN ERWARTET

Andrey STEPANOW

„Zieh den Gürtel enger, Land!“ tönte der populäre Sänger Mohammed Nouh im Casino vor beschwipsten Geldsäcken. Das war auf dem Höhepunkt der Politik der „offenen Tür“ oder der „Infitah“, die der ermordete Präsident Sadat verkündet hatte. Jetzt wird der Song nicht mehr in den Nachtclubs angestimmt. Und nicht nur, weil er aus der Mode gekommen wäre. Nur wurden Ende v. J. zahlreiche Vergnügungsstätten am Fuße der Pyramiden, wo die Neureichen ihr Dolce vita genaßen, von Baggern abgerissen.

Das lag ganz auf der Linie einer früher von Präsident Hosni Mubarak abgegebenen Erklärung: Die ägyptische Gesellschaft solle eine Gesellschaft des ganzen Volkes, nicht aber einer privilegierten Minderheit sein, die allein über Geld und Macht verfüge.

Im letzten Jahrzehnt hatten sich die Ägypter bereits daran gewöhnt, daß die Regierungsversprechen, wie ein hiesiges Sprichwort lautet, in einem Wadi (Flußtal) liegen, die konkreten Dinge aber in einem ganz anderen. Doch seit dem Tod Sadats sind bereits vier Monate vergangen, und die anfangs kaum erkennbaren Züge des neuen Führungsstils zeichnen sich deutlicher ab. Vor allem gilt das für die Wirtschaft und die Innenpolitik.

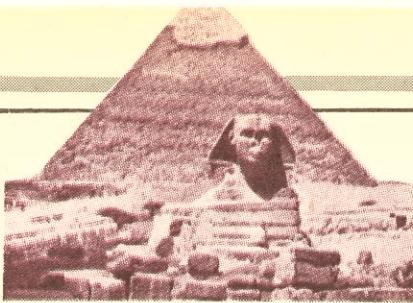
Nach seinem Machtantritt sagte Hosni Mubarak, er werde die „Infitah“-Politik fortsetzen, doch auch spekulative Gewinne aus der unkontrollierten Einfuhr von Konsumgütern unterbinden. Er rief dazu auf, „die Anstrengungen auf die Entwicklung der Industriezweige zu konzentrieren“ und den staatlichen Sektor zu stärken, der das „Rückgrat der ägyptischen Industrie und die wichtigste Finanzierungsquelle der Entwicklungsprojekte“ bleibe. Die neue Führung erklärte ferner, sie wolle Korruption, Verschwendungsucht, Nepotismus, Bürokratismus und andere Mißbräuche bekämpfen. Präsident Mubarak bootete bei einer Kabinettsbildung fast die gesamte „Wirtschaftsmannschaft Sadats“ aus.

Einstweilen also haben die Neureichen, die aus der „Infitah“ Kapital schlügen, etwas zurückstecken müssen. Rashad Osman, Millionär und Parlamentsabgeordneter der re-

gierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) muß sich vor Gericht unter der Beschuldigung der Korruption, der Beteiligung an ungesetzlichen Operationen und am Rauschgifthandel verantworten. Jetzt sitzt er im Gefängnis, sein Besitz wurde beschlagnahmt. Es wurde mitgeteilt, daß auch gegen Sadats Bruder Ismat, der Schmiergelder von US-Waffenlieferanten erhalten habe, ermittelt wird. Die Weste eines weiteren Sadat-Bruders, Tarik, ist auch nicht gerade blütenweiß. Die Staatsanwaltschaft wurde auf die umfangreichen geschäftlichen Aktivitäten der Frau Sadats, Jehan, aufmerksam. Im Zusammenhang mit dem Fall Rashad Osman gelangte ferner der Name des ehemaligen stellvertretenden Premiers, eines Schöpfers der „Infitah“, A. R. Abdel Magid, an die Öffentlichkeit. Dem ägyptischen Großunternehmer und Millionär Osman Achmed Osman, dessen Familie sich mit Sadats Familie verschwägert hatte, wurde Pressemeldungen zu folge ein Rückzug aus dem politischen Leben nahegelegt.

Auch das Gebaren der ägyptischen Medien hat sich gewandelt. Die Lobpreisungen der Behörden, die aufdringliche Propaganda der „Erfolgsschäften und Erfolge“ des Sadat-Regimes wich kritischen Äußerungen. So wurden im Fernsehen nach vierjähriger Pause politische Diskussionen unter Beteiligung von Oppositionsvertretern wieder aufgenommen. Das Thema einer solchen Sendung war „Heuchelei im Staatsdienst“.

Obgleich der Ausnahmezustand, der gleich nach Sadats Ermordung verhängt worden war, bestehen bleibt, und die oppositionelle Presse, insbesondere die Zeitungen „Al-Ahali“, Organ der Nationalen (linken) Fortschrittspartei (NPP), und „Al-Shaab“, Organ der Sozialistischen Partei der Arbeit (SLP), immer noch verboten sind, haben die Behörden gewisse Schritte zu einer Versöhnung mit der Opposition gemacht. Der neue Präsident erklärte, die „Opposition“ könne „einen angemessenen Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten“. Der namhafte ägyptische Journalist Heikal, einer der SLP-Führer, Murad, der ehemalige Ge-



neralsekretär der aufgelösten bürgerlich-liberalen Neuen Wafd-Partei, Sirag el-Din, der Vorsitzende der Gesellschaft für ägyptisch-sowjetische Freundschaft, el-Zayyat, die Mitglieder des ZK der NPP, Journalisten, Dozenten und Geistliche, die unter Sadat verhaftet worden waren, kamen frei. Viele von ihnen konnten wieder ihrer alten Tätigkeit nachgehen.

Im Rahmen des „Dialoges mit der Opposition“ hatte der neue Präsident eine Reihe von Begegnungen mit deren Führern und versprach, sie künftig bei allen wichtigen Fragen zu konsultieren. Das Generalsekretariat der NPP schätzte die Ergebnisse des Treffens ihres Vorsitzenden Haled Mohy el-Din mit Hosni Mubarak positiv ein.

Zugleich erwartet das ägyptische Volk jetzt, wie die Zeitschrift „Rose el Youssef“ schrieb, neue Schritte in Richtung auf die Wiederherstellung und Festigung der Demokratie, vor allem auf eine Aufhebung aller Gesetze, die die politischen Freiheiten einschränken — kurz gesagt, auf eine Verwirklichung der Erklärungen des Präsidenten.

Während sich in der Haltung gegenüber den inneren Problemen eine gewisse Übereinstimmung der Ansichten der verschiedenen politischen Kräfte abzeichnet, lässt sich das nicht von internationalen Fragen sagen.

Zwar konstatierte auch hier Mohy el-Din eine Reihe vom Standpunkt seiner Partei aus positiver Veränderungen: den Abzug der ägyptischen Truppen aus den Grenzregionen zu Libyen sowie die Erklärung des Präsidenten, die ägyptische Armee werde nicht als Gendarm im Nahen Osten eingesetzt werden, Ägypten selbst werde nie einen Krieg gegen ein arabisches Land beginnen und kein Werkzeug einer der Großmächte sein.

Zugleich hat die NPP erneut die Abkommen von Camp David kritisiert, zu denen der neue ARÄ-Präsident seine Treue betont. Das schwere Erbe Sadats lastet weiter auf Ägypten. Seine Politik der Kapitulation vor dem zionistischen Aggressor und des Verrats am gerechten Kampf des palästinensischen Volkes, seine Politik des fanatischen Antisowjetismus hat Ägypten in der arabischen Welt isoliert und in völlige Abhängigkeit vom US-Imperialismus gebracht.

Mehr als ein Drittel der Außen schuld des Landes (über 18 Md. Dollar) entfällt auf die USA. Die amerikanischen Geldspritzen und

Kredite an Ägypten als Lohn für den Separatfrieden mit Israel betragen mehr als 1 Md. Dollar jährlich. Mit der Verwirklichung eines umfassenden teuren Programms zur Modernisierung der ägyptischen Armee mit US-Rüstungsgütern wurde begonnen. Schon ist die erste Partie F-16-Jagdbomber aus den USA eingetroffen. In Kraft bleiben die Vereinbarungen, denen zufolge die US-Eingreiftruppe auf ägyptischem Territorium faktisch Stützpunkte erhält. Gemeinsame Manöver werden durchgeführt. Ein amerikanisch-ägyptischer Ausschuss für militärische Koordinierung wurde gebildet. Im Rahmen der „multinationalen Kräfte“ soll auf der ägyptischen Sinaihalbinsel für unbestimmte Zeit ein bedeutendes US-Truppenkontingent, das von anderen NATO-Ländern „ergänzt“ wird, stationiert werden. Es sieht also ganz danach aus, als solle die israelische Okku

In einem dichtbesiedelten Viertel Kairo's
TASS-Fotochronik



DAS ERBE SADATS

Der ehemalige Präsident Ägyptens, Anwar Sadat, hinterließ der neuen Führung des Landes ein wahrhaft schweres Erbe.

1973 verkündete er die Politik der „Infitah“, der „offenen Tür“. 1974 wurde das Gesetz über arabische und ausländische Investitionen und über „Freihandelszonen“ angenommen, das dem Privatkapital große Vergünstigungen gewährte. Sadat und seine Umgebung hofften, arabisches und westliches Kapital in das Land zu ziehen und so einen schnellen Wirtschaftsaufschwung zu ermöglichen. Jedoch kam es anders: Die USA nutzten die „Infitah“, um sich Ägypten wirtschaftlich und politisch unterzuordnen und ihm einen proamerikanischen Kurs zum Schaden der nationalen Interessen des ägyptischen Volkes aufzuzwingen.

Der unkontrollierte Import führte in den letzten acht Jahren dazu, daß der ägyptische Markt von ausländischen Waren überschwemmt wurde. Das schuf für die nationalen Industriebetriebe faktisch

unlösbare Probleme. In ihren Lagern häufte sich unverkaufte Produktion im Wert von mehr als 3,7 Md. ägyptischen Pfund an, was mehr als die Jahresproduktion der ägyptischen Industrie ist. Der Import ausländischer Waren führte ebenfalls zu einem bedeutenden Wachstum des Defizits in der Handelsbilanz. Es stieg in den 70er Jahren auf genau das 29fache!

Durch die Politik der „offenen Tür“ konnte sich die ägyptische Bourgeoisie schnell bereichern. Die Händler verdienten am Wiederverkauf von Import-, Luxusgütern und sogar jener Nahrungsmittel, die der Bevölkerung zu einem staatlich subventionierten Preis abgelassen werden. Nach Schätzungen ägyptischer Ökonomen gab die Regierung zuletzt jährlich fast ein Viertel des Nationaleinkommens für die Aufrechterhaltung der niedrigen Preise aus. Der Löwenanteil dieser Summe floß in die Safes geschäftstüchtiger Händler.

Hausbesitzer rafften große Vermögen durch häufige Mieterhöhungen und Spe-

kulationen mit Wohnungen und Bau grund zusammen. Die Wohnungskrise verschärfe sich — Hunderttausende Ägypter haben überhaupt kein Dach über dem Kopf und müssen unter freiem Himmel oder in Grabgewölben nächtigen. Andererseits gibt es in Ägypten 100 000 leerstehende Wohnungen, deren Besitzer auf reiche Mieter warten. Hinter den Hausbesitzern stehen die Vermittler und Makler nicht zurück, ohne deren Beteiligung faktisch keine Abschlüsse getätigkt werden. Deren Provision beträgt drei bis zehn Prozent der Gesamtsumme des Vertrags. Das führte seinerseits zu erhöhter Korruption. Im Endergebnis entstand in Ägypten eine wachsende Schicht neureicher Millionä

pation durch eine amerikanische ersetzt werden.

Die herrschenden Kreise Israels wollen, solange sie noch über ein Druckmittel gegenüber Ägypten verfügen, dessen Führung neue Zugeständnisse abringen, insbesondere in der Frage einer „Palästinenserautonomie“, die vom arabischen Volk Palästinas und von der PLO auch in der Form abgelehnt wird, wie sie Ägypten vorschlägt. Israel hegt trotz der Beteuerungen Kaisers, es werde auch nach dem Abzug der israelischen Truppen zu seiner Verpflichtung stehen, im Frieden mit Israel zu leben, Zweifel an der ägyptischen Aufrichtigkeit. Kairo wurde bereits einmal auf den Zahn gefühlt, als Israel im Dezember v. J. die syrischen Golanhöhen annexierte. Damals verurteilte der ägyptische Präsident diesen Schritt, doch erklärte er, Ägypten werde sich bei Ausbruch eines Krieges zwischen Israel und Syrien nicht einmischen und die Annexion des Golan werde keinen Einfluß auf die ägyptisch-israelischen Beziehungen haben. Diese Erklärung ruft tiefen und berechtigte Bitterkeit bei den Syrern hervor. Nicht ausgeschlossen, daß die zionistischen Falken ein weiteres Mal Mubarak mit einem militärischen Abenteuer gegen Libanon und Syrien „prüfen“ wollen. Man nimmt an, daß Israel je nach Kaisers Reaktion endgültig die Frage seines Rückzugs vom Sinai lösen wird.

Besagte Kairoer Wochenschrift „Rose el-Youssef“, die Mubaraks Erklärung zitierte, Ägypten wolle eine Politik der positiven Neutralität und der Nichtpaktgebundenheit verfolgen, betonte, die Verwirklichung dieses Kurses müsse von einer vollständigen Revision der heute bestehenden Beziehungen der ARÄ zu anderen Staaten begleitet sein. Diesbezüglich sieht die Zeitschrift einige negative Momente. „Als erstes und schwerwiegendstes“ von ihnen betrachtet sie die Tatsache, daß Ägypten enge politische Beziehungen nur zum Westen unterhält. Es müsse eingestanden werden, fährt „Rose el-Youssef“ fort, daß die Beziehungen Ägyptens zur arabischen Welt, zu der es gehört, abgebrochen bleiben. Die Zeitschrift bekundet die Hoffnung, die ägyptische Diplomatie könne die Dinge in kurzer Zeit zurechtrücken. Arabische patriotische und progressive Kreise meinen, das sei nur bei einem Abgehen vom Camp-David-Komplott möglich.

Ägypten steht vor komplizierten sozialökonomischen und politischen Problemen, die sich über Jahre angesäuft haben. Ihre Lösung ist untrennbar verbunden mit der ARÄ-Außenpolitik. Spiegelt ja die Außenpolitik jedes Staates nicht nur dessen Innenpolitik wider, sondern ist letztlich der Lösung ihrer Hauptaufgaben untergeordnet. Auch Ägypten dürfte da keine Ausnahme sein.

Ebendeshalb verstärkt Washington, das Veränderungen in Ägypten verhindern will, den Druck auf das Land. Dafür hat die US-Administration mehr als genug Möglichkeiten. Sie geizt nicht mit großzügigen Versprechungen für größere Militär- und Wirtschaftshilfe an Ägypten und überzieht es weiterhin mit einem ganzen Netz diverser Abkommen, u. a. bei Mitwirkung anderer NATO-Staaten. Mit diesen Abkommen sollen die Treue der neuen ägyptischen Führung zur proamerikanischen Linie Sadats gewährleistet und eine Lage konsolidiert werden, bei der Ägypten wie Israel faktisch parallel einen antiarabischen und antisowjetischen Kurs verfolgen.

Jenseits des Atlantiks setzt man weiterhin große Hoffnungen auf Ägypten als Schlüsselement einer Nahostregelung, deren Bedingungen von den israelischen Annexionisten und dem US-Imperialismus diktiert würden. Gerade in diesem Kontext sehen Beobachter die Ergebnisse des US-Besuchs von Präsident Mubarak und dessen bevorstehende Israel-Visite.

Wie der ägyptische Außenminister Ali kürzlich erklärte, hat Ägypten „bereits vor dem Oktoberkrieg 1973 auf die USA gesetzt“. Man hat gesehen, daß dies den Interessen der überwiegenden Mehrheit des ägyptischen Volkes zuwiderläuft.

re, die immer mehr Einfluß auf das politische und wirtschaftliche Leben des Landes ausüben.

Auch die Hoffnungen der ägyptischen Führung auf den Zustrom ausländischer Privatinvestitionen erfüllten sich nicht. In den siebeneinhalb Jahren seit der Annahme des Gesetzes über arabische und ausländische Investitionen wurden 1534 verschiedene Projekte mit einem Gesamtwert von 4,1 Md. ägyptischer Pfund akzeptiert. Realisiert wurden aber nur 595 Projekte im Wert von einigen Hundert Millionen Pfund, wobei ein großer Teil von ihnen auf die Dienstleistungssphäre und auf Bankoperationen entfällt.

Ausländische Banken in das Land lockend, hoffte die ägyptische Führung, daß Kairo mit der Zeit den Platz Beiruts einnehmen würde, das vor 1976 Zentrum der Finanzoperationen im Nahen Osten war. Jedoch förderten die ausländischen Banken faktisch nicht den Zustrom, sondern den Abfluß von Kapital. Der ägyptische Privatier bewahrt seine Ersparnisse lieber im Ausland auf und überweist sie über die Filialen ausländischer Banken.

Als im Juni 1974 das erwähnte Gesetz

über Investitionen angenommen wurde, maß man der Schaffung von Freihandelszonen in Kairo, Alexandria, Port Said, Suez und Mersa Matruh große Bedeutung bei. Die ägyptische Führung rechnete damit, daß ausländische Firmen dort gern Industriebetriebe anlegen würden. Jedoch wurden die Freihandelszonen nicht zum Mittelpunkt moderner Industrien, sondern zum Zentrum des Schmuggelhandels mit zollfrei importierten Konsumgütern und anderen Waren.

Der Privatsektor erwies sich als unfähig, den Aufschwung der Wirtschaft zu bewerkstelligen, und der Staatssektor verfiel zu gleicher Zeit. Noch vor sieben oder acht Jahren lieferten staatliche Betriebe 85% der Industrieproduktion. Aber in den Jahren der „offenen Tür“ versuchte man, einige Betriebe zu reprivilisieren, und die Erzeugnisse anderer wurden zu künstlich gesenkten Preisen verkauft. Zum Schaden des Staates erwarb die ägyptische Bourgeoisie zu Schleuderpreisen Ausrüstungen, Zement, Aluminium und andere Baumaterialien und errichtete damit Mietshäuser. Oft amortisierten sich die Ausgaben dafür innerhalb von drei bis vier Jahren. Die

Bankschulden der Staatsbetriebe liegen gegenwärtig bei nahezu anderthalb Milliarden. Aber sogar heute liefert der staatliche Sektor 80% der Industrieproduktion der ARÄ.

Lauf Meldung der „Egyptian Gazette“ erarbeitete die regierende Nationaldemokratische Partei Ägyptens kürzlich einen Bericht über die ökonomische Lage des Landes. Darin heißt es, die Politik der „offenen Tür“ habe zum Wachstum der Konsumtion geführt sowie Voraussetzungen für die Erweiterung des Schmuggelhandels und der Währungsspekulation geschaffen. Die Vertreter der Opposition machen deutlich, daß diese Politik die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes untergraben, die Besitzunterschiede vergrößert und zur Beseitigung der progressiven Umgestaltungen in Stadt und Land geführt hat, die Gamal Nasser in den 60er Jahren verwirklichte.

Seitdem ist viel Wasser den Nil hinuntergeflossen. Aber Nasser würdigen und ehren die Ägypter mehr als dessen erfolglosen Nachfolger, dessen Abtritt ein neues Kapitel in der Geschichte Ägyptens aufschlagen kann.

I. SIWZEW

RELIGION – EINE ALTERNATIVE?

Als 1928 in Ismaillia (Ägypten) wieder eine Moslemsekte entstand, die sich den Namen Moslembrüder zulegte, wurde das kaum beachtet. Ihr Gründer, der Scheich Hassan al-Banna, machte die Lehre des ägyptischen Großmuftis Mohamed Abdou vom sogenannten Moslemintegritismus zur Maxime seiner Sekte. Bemerkenswert an der neuen Lehre war, daß der Islam vom bloßen Betrachten und passiven Philosophieren in die Sphäre aktiven Handelns verlegt wurde. Als ihr Ziel gaben die Moslembrüder die Machtergreifung und die Bildung eines Staates nach dem Muster desjenigen an, der zu Zeiten des Propheten

Gruppierungen, die „sämtliche Interpretationen des Islams repräsentieren“. Von ihnen sind zwischen 20 und 30 extremistisch. Am bekanntesten sind heutzutage Sekten wie die 1973 gegründete Al Takfir wal Higra (Sühne und Heidschra), die etwa 5000 Anhänger hat; die Jihad (Heiliger Krieg) und die Gund Allah (Die Truppe Allahs).

Dann aber geschah etwas, das Sadat ganz und gar nicht in den Kram paßte. Die geistlichen Führer richteten ihre Kritik nicht gegen die „gottlosen Linken“, sondern gegen die Politik der „offenen Türen“, gegen die Wirtschafts- und Kulturexpansion des Westens, die

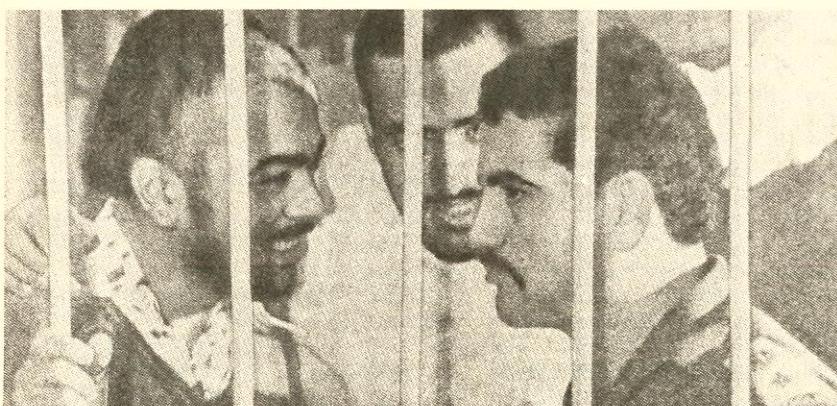
25% der Mädchen den Schleier und ungefähr 30% der jungen Männer Bärte. Unlängst hat es sich gezeigt, daß das keine Modelaune, sondern das Zeichen für die Zugehörigkeit zu einer Sekte ist. Die Zeitungen haben Alarm geschlagen: Immer mehr junge Menschen werden in die Sekten einbezogen.

Der ägyptische Soziologe Saad Ed-dine Ibrahim hat ein Durchschnittsporträt von einem Mitglied der Al Takfir wal Higra entworfen. Es weist folgende Details auf: Ein Student oder kürzlicher Universitätsabsolvent aus der Familie eines kleinen Grundbesitzers oder aus den städtischen Mittelschichten ist auf Erfolg aus, duldet keine anderen Ansichten als die eigenen und ist zu einer Gewalttat bereit, wenn es um ein Ziel geht, das er für edel hält.

Wie kommt es, daß sich dieser Teil der Jugend vom islamischen Fundamentalismus angezogen fühlt? In Ägypten sind sich die meisten Soziologen darüber einig, daß das auf die Enttäuschung zurückzuführen ist, die zur Zeit der „offenen Türen“ besonders zunahm. Nach jahrelangem Studium sehen sie, daß sie bestenfalls auf Lebzeiten Büroangestellte werden können, wenn sie überhaupt Arbeit finden, während ungebildete Schieber reich werden. Für solche jungen Leute ist die Religion eine Möglichkeit, sich auszudrücken und zu protestieren. Ihnen imponieren die Ideen einer allgemeinen Gerechtigkeit, und wenn sie erkennen, daß die neue Bourgeoisie nicht umerzogen werden kann, dann wenden sie sich der Gewalt als einziger wirksamer Kampfform zu.

Ein ägyptischer Wissenschaftler, Dr. Ahmed Kamal Abu-el-Magd, konstatiert, daß gegen den Staat das Vorurteil besteht, er sei ein Körper ohne Seele geworden. Die Behörden wenden sich mit nichtssagenden, aber forsch klingenden Lösungen an die Jugend, wecken damit nur Erbitterung und drängen die Jugend zur Suche nach einer Alternative. Nach Ansicht eines ägyptischen Soziologen ist der Ausbruch des religiösen Extremismus in Ägypten auf Sadats Politik der „offenen Türen“, auf die Konsumtentmentalität und Habgier zurückzuführen, die im Land neben der zunehmenden Vereinigung der Massen um sich gegriffen haben. Mit vollem Recht sagte ein Anwalt im Prozeß in Kairo: „Geschossen wurde nicht so sehr auf Sadat, wie auf sein System.“

D. SGERSKI



bestanden hatte, als ganze Länder und Völker zur grünen Fahne des Islams stießen. Zur Grundlage der Gesetzgebung sollte der alte Gesetzeskodex Scheriat genommen werden.

Die Taktik der „Brüder“ war von einer Flexibilität, die an Prinzipienlosigkeit grenzte. Anfangs war ihre Stellungnahme monarchistisch, und ihnen wurde die politische Betätigung erlaubt. König Faruk ahnte nicht, daß er es mit einer sorgfältig getarnten Geheimorganisation zu tun hatte, von der wie in einem Eisberg nur sehr wenig sichtbar war.

Nach dem Verbot von 1948 traten die „Brüder“ den demokratischen Kräften näher und beteiligten sich 1952 an der Revolution, die die Monarchie stürzte. Unter Nasser traten sie genauso eifrig gegen die demokratischen Umgestaltungen der republikanischen Regierung auf und stifteten sogar ein Attentat auf den Präsidenten an, wonach sie wieder verboten wurden.

Nassers Nachfolger Sadat hatte die Moslembrüder faktisch legalisiert und ihnen die Herausgabe einer Zeitschrift sowie Propaganda unter der Bevölkerung erlaubt. Er rechnete darauf, mit Hilfe der religiösen Organisationen die linke Opposition ausschalten zu können. Der Atheismus wurde geächtet. Dieser Curs Sadats aktivierte zahlreiche Sekten. Wie Prof. Ali Dessoki errechnet hat, befinden sich jetzt in Ägypten über 100

„Allah wird in der Ermordung Sadats eine Heldentat sehen“, dieser Meinung sind die Angeklagten im Kairoer Prozeß.

Foto aus „Al-Ahram“

zunehmende soziale Ungleichheit und schließlich gegen die Abmachung von Camp David. Als Sadat dahinterkam, war es zu spät. Am 6. Oktober wurde er von Mitgliedern der Sekten Al Takfir wal Higra und Jihad ermordet.

Seitdem sind über vier Monate vergangen, über den Fall wird aber noch immer verhandelt. Von den Angeklagten ziehen sich Fäden tief hinein in ein ganzes Netz extremistischer Geheimorganisationen, die das gemeinsame Ziel haben, das Regime zu stürzen und eine islamische Republik wie im Iran zu gründen. Mitglieder dieser Geheimgruppierungen sind zu Hunderten verhaftet worden.

In den Unterrichtspausen der Universität Kairo ist der Hof voller Studenten und Studentinnen. Vor 10 Jahren hätte eine verschleierte Studentin in dieser Menge moderner junger Menschen merkwürdig ausgesehen. Vor 5 Jahren ist der Roßhaarschleier wieder modern geworden, ebenso wie bei den jungen Männern der Bart. Jetzt tragen etwa

WACKLIGER KOMPARATIVISMUS

Die Wirtschaftskrise und die verschärfte sozialpolitische Lage im System des Kapitalismus zwingt seine Apologeten, neue Wege der ideologischen Verteidigung zu suchen. Einen Beitrag dazu liefern die bürgerlichen Gesellschaftswissenschaften und besonders die politische Ökonomie. In ihr entstand ein neuer Zweig, die komparative (vergleichende) Analyse ökonomischer Systeme. Deren Hauptaufgabe ist die Irreführung der Werkältigen in der Frage der Tendenzen der sozialökonomischen Entwicklung der Menschheit. Die Theorien der „ökonomischen Systeme“ sollen der marxistisch-leninistischen Lehre von den ökonomischen Gesellschaftsformationen und von den Gesetzmäßigkeiten grundlegender sozialer Wandlungen bürgerliche Zukunftsmodelle entgegenstellen. Die Komparativisten setzen sich das Ziel, den Weltstreit beider Systeme von bürgerlich-apologetischen Positionen aus zu interpretieren und die klaren Vorteile des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus zu negieren.

In seinem kürzlich erschienenen Buch „Kritik der bürgerlichen Theorien „ökonomischer Systeme““ (Moskau 1981, Verlag „Nauka“, russ.) untersucht der sowjetische Wissenschaftler Wladimir Kotorow die Evolution der komparativistischen Theorien westlicher Wirtschaftswissenschaftler. Überzeugend beweist der Autor: Die bürgerliche Gesellschaftswissenschaft ist unfähig, dem Marxismus-Leninismus wissenschaftlich haltbare sozialökonomische Theorien entgegenzusetzen, sie kann den Kapitalismus als wirtschaftliche Ordnung nicht rechtfertigen.

Die Konstruktionen der Theoretiker der komparativen Analyse sind weit entfernt von echter Wissenschaft, die die sozialökonomischen Erscheinungen im Komplex, unter Berücksichtigung der dialektischen Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen untersucht. Die Konstruktionen der Theoretiker „ökonomischer Systeme“ sind oft eklektisch, bilden eine Mischung von Kriterien und Begriffen.

Schon der Begriff des „ökonomischen Systems“ ist in der Interpretation der Komparativisten eine Mischung aus willkürlich herausgegriffenen Elementen des gesellschaftlichen Mechanismus: aus Einrichtungen (Staat, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmerverbände), Rechtsnormen in der Wirtschaft und Formen der Entscheidungsfindung in der Ökonomie. Das Jonglieren mit pseudowissen-

schaftlichen Abstraktionen hat einen klassenmäßigen Hintergrund: Die Komparativisten untersuchen bewußt den Charakter der Produktionsverhältnisse nicht. Dieses einfache Verfahren legt die Basis für „theoretische“ Untersuchungen, die die Realität verzerrten und das Ausbeuterwesen des Kapitalismus vor allem im Bereich des Eigentums an Produktionsmitteln vertuschen sollen, das den Inhalt jedes ökonomischen Systems bestimmt.

Die Komparativisten desorientieren die Öffentlichkeit im Westen auch hinsichtlich der Perspektiven des ökonomischen Wettstreits beider Systeme. Sie projizieren das jetzige Verhältnis im Entwicklungsniveau der Produktivkräfte von Sozialismus und Kapitalismus mechanisch in die Zukunft. Sie behaupten, z. B., der Rückstand der sozialistischen Länder im Niveau der Arbeitsproduktivität gegenüber den entwickeltesten kapitalistischen Staaten könne „nicht überwunden werden“. Aber sie erklären nicht, daß dieser zeitweilige Rückstand durch ein relativ niedriges Ausgangsniveau der Arbeitsproduktivität zu Anfang des sozialistischen Aufbaus entstanden ist. Sie verschweigen auch, daß gerade dank der Vorzüge des realen Sozialismus sich der Niveauunterschied bei der Arbeitsproduktivität ständig zu seinen Gunsten verändert. In der industriellen Arbeitsproduktivität hat die UdSSR die kapitalistischen Hauptmächte Europas nahezu eingeholt, während das vorrevolutionäre Rußland nur ein Fünftel bis ein Drittel ihres Niveaus erreichte. Gegenüber den USA wurde der Abstand bedeutend verringert, obwohl er seinerzeit 800% betrug.

Die ökonomischen Systeme von Kapitalismus und Sozialismus nach tendenziös ausgewählten Kriterien vergleichend, behaupten die Komparativisten, sozialistische und kapitalistische Ordnung seien identisch oder die letztere sei überlegen. Auf der Suche nach der Identität meinen die Komparativisten oft, in beiden Systemen verfolge der Staat das gleiche Ziel, den Wohlstand breiter Bevölkerungsschichten zu heben, obwohl völlig klar ist, daß die Wirtschaftspolitik des Staates und der regierenden Parteien in der Welt des Kapitals auf die Gewährleistung von Maximalprofiten für die Monopolbourgeoisie gerichtet ist.

Zum Beweis gewisser Vorzüge des Kapitalismus vergleichen die Komparativisten oft die beiden Systeme unter dem Blickwinkel der Konkurrenz. Sie behaupten, daß durch die kapitalistische Marktkonkurrenz die begrenzten Ressourcen auf die Industriezweige ent-

sprechend den Interessen der Verbraucher rationaler verteilt werden als in der sozialistischen Planwirtschaft. In Wirklichkeit aber führt die Konkurrenz zur sinnlosen Verschwendungen von Ressourcen und zur Deformation der Bedürfnisstruktur zum Wohle des Privatbusiness. Sie fördert die Verarmung der einen und die Bereicherung der anderen Unternehmer, die Bildung und das Wachstum von Monopolen. Da die Konkurrenz die Kapitalisten zur Senkung der Lohnkosten drängt, ist sie einer der Faktoren des Wachstums der Arbeitslosigkeit und der Senkung der Realeinkommen.

Ebenso unüberzeugend sind die Verfahren der komparativen Analyse von Kapitalismus und Sozialismus nach derartigen Kriterien wie herrschende Ideologie, Entwicklung der Demokratie, ökonomische Entscheidungsfindung, Charakter der angewandten Technologie und andere.

Die Komparativisten sind nicht mit dem Vergleich der fertigen ökonomischen Systeme zufrieden, sondern erörtern auch ihre relative Dynamik. Jene Theoretiker der komparativen Analyse, die die „Identität“ bestimmter Eigenschaften beider Systeme akzentuieren, behaupten die Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus, sagen deren allmähliches Zusammenwachsen in eine „hybride“ Gesellschaft voraus. Die Konvergenz-Doktrinen wirken dem sozialen Fortschritt nicht allein deshalb entgegen, weil sie bestimmte Bevölkerungsschichten in den Ländern des Kapitals desorientieren. Oft werden sie von herrschenden Kreisen des Westens als theoretische Basis einer außenpolitischen Strategie benutzt, die auf die Erosion der sozialistischen Gemeinschaft zielt. Die Konvergenzler empfehlen z. B. die selektive Vergabe von Krediten und Technologien an einzelne sozialistische Länder und die Förderung solcher Formen ökonomischer Beziehungen, die den Osten vom Westen abhängig machen würden.

Jene Komparativisten, die die Unterschiede zwischen beiden Systemen betonen und die scheinbaren Vorzüge der bürgerlichen Ordnung unterstreichen, sind Anhänger der „Divergenz“, d. h. eines verstärkten Auseinanderrückens von Kapitalismus und Sozialismus. Dieser Ansatz charakterisiert viele Vertreter der sogenannten neoliberalen Schule der bürgerlichen politischen Ökonomie. Die Divergenz-Anhänger konstatieren die Unvereinbarkeit beider Systeme und kritisieren manchmal scharf die Konvergenzler, malen jedoch gleichzeitig die falsche Aussicht auf ein Verschlucken des Sozialismus durch den Kapitalismus oder die bürgerliche Umgestaltung des Sozialismus aus. Derartige Ideen nutzen die reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie zur theoretischen Begründung der Strategie der Konfrontation und des kalten Krieges.

W. PANJKOW

„NEUE ZEIT“ 7.82

* В. Н. Котов. «Критика буржуазных теорий „экономических систем“». Изд. «Наука», М., 1981.

DIE CIA ALS DROGENDEALER

Lew NARYSCHKIN

„Erneute Kokain-Offensive“, „Der Drogentod lauert der Jugend auf“, „Der Heroinalpdruck“ — aus diesen Schlagzeilen der westlichen Presse spricht Ratlosigkeit, Besorgnis und Entrüstung.

Seit einigen Jahren greift die Sucht in Ländern Amerikas, Europas und Asiens um sich. Die Drogen, die in den USA schwarz gehandelt werden, beliefen sich 1978 auf 57 und 1979 auf 78 Md. Dollar. Die Summe steigt weiter. In Westeuropa wurde 1980 Heroin für 100 Md. Dollar verkauft.

Polizei, Ärzte und Soziologen zerbrechen sich über diese Erscheinung den Kopf. Aber kaum jemand weiß von der unheilvollen Rolle, die die CIA bei der Verbreitung der Rauschgifte spielt. Erst recht kann niemand die Zahl der Menschen angeben, die aus Verschulden der CIA diesen Drogen zum Opfer gefallen sind.

Der Aufklärungsdienst der USA ist jetzt wahrscheinlich der größte Drogendealer der Welt. Langley finanziert die Drogenerzeugung, gewöhnt Menschen an den Drogengenuss, nimmt Geheimtransporte vor, leistet dem Rauschgiftschmuggel, auch in den USA selbst, Vorschub.

Ein brennendes Interesse für Rauschgift zeigte die CIA gleich nach ihrer Gründung vor 35 Jahren. Sie hatte vor, die Drogen dienstlich zu verwenden. Einzeln oder zusammen mit anderen Methoden und Präparaten benutzte sie sie in langjährigen geheimen Forschungsprogrammen zu dem Zweck, das Verhalten von Menschen zu ändern, sich ihr Denken und Wollen gefügig zu machen. Experimente wurden an Menschen vorgenommen, die vorher nie Rauschgift zu sich genommen hatten. An ihnen wurden Marihuana, Opium und Haschisch in längeren Zeiträumen bis zu mehreren Monaten ausprobiert, was manchen einen psychischen und physischen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügte. Viele „Freiwillige“, denen der Zweck der Versuche sorgfältig verheimlicht wurde und von denen viele noch nicht 20 Jahre alt

waren, bezahlte die CIA mit Rauschgiften.

Bei den Enthüllungen von Mitte der 70er Jahre über die CIA kam an den Tag, daß diese Programme sehr umfangreich waren. Seinerzeit erklärte Cohen, Professor für Psychiatrie an der Südkalifornischen Universität in Los Angeles, er allein wisse, daß für „experimentelle Zwecke“ 25 000 Dosen starken Rauschgifts verwendet worden sind. Nach Angaben von gewisser Seite haben die „Mediziner“ von der CIA Tausende Amerikaner mit Rauschgift bearbeitet und viele von ihnen zu Süchtigen gemacht.

Auch jetzt führt die CIA ihre Experimente mit Rauschgift an Amerikanern fort.

Die Absicht, sich eine erschreckende Geheimwaffe zuzulegen, mit der man sich die menschliche Psyche unterwerfen könnte, hat die CIA zum selbständigen Forschen nach neuen Rauschgiften mit vorgegebenen Eigenschaften veranlaßt. Für den Anfang beschloß man, das Geheimnis der Erzeugung des starken Rauschgifts LSD zu lüften, das von der schweizerischen Firma Sandoz entdeckt worden ist. Nach intensiven Forschungen, die von zwei Stiftungen — der Social Macy Foundation und dem Geschichter Fund — finanziert wurden, begann die CIA, dieses Rauschgift selbständig zu erzeugen. Sie machte von zahlreichen Forschungsanstalten und pharmazeutischen Firmen Gebrauch. Schließlich gelang es ihr, eine Anzahl neuer Narkotika zu bekommen, von denen eins, das BZ, Halluzinationen auslöst und um ein Vielfaches stärker als das LSD ist.

Für ganz verschiedene „Operationen“ braucht die CIA Handlanger, auch für Morde. Die Suche nach Rauschgifthändlern erbringt dem amerikanischen Aufklärungsdienst Agenten mit vielen Fähigkeiten, angefangen von Politikern bis zu Mafiosi. Wenn Herren aus Langley einem halbwegs großen Rauschgifthändler in den USA nachspüren, legen sie den Weg zurück, auf dem seine Ware ins Land gelangt, suchen

nach einem Schmuggler, der das Rauschgift befördert, beobachten ihn, kommen so dem Mitglied eines Rauschgiftsyndikats in irgendeinem Land auf die Spur und werben es schließlich für Spionage an.

Als „Gegendienst“ legt die CIA ihren Agenten beim Rauschgiftschmuggel keine Hindernisse in den Weg und hilft ihnen manchmal sogar dabei.

Ein Vorfall im New Yorker Kennedy-Flughafen läßt deutlich erkennen, wie die CIA bei der Verbreitung der Sucht vorgeht. Speziell auf Rauschgift abgerichtete Hunde, die der Zoll und die Polizei verwenden, wurden beim Gepäck des aus einem Flugzeug gestiegenen Thailänders Puttapon Khramkruan unruhig. Die Zollbeamten öffneten 25 Filmdosen aus seinem Gepäck und fanden darin Opium für Millionen Dollar. Der Mann wurde festgenommen, aber auf eine Forderung der CIA hin ließ man die Sache im Sande verlaufen. Sie begründete ihre Forderung, den Rauschgiftschmuggler freizulassen, damit, daß er ein „wertvoller Agent und seit einigen Jahren ein Mitarbeiter der CIA“ sei. Er wurde auch schließlich freigelassen und reiste nach Thailand ab.

Manchmal rechtfertigen Beamte der CIA für reichliche Bestechung die Drogeneinfuhr ins Land mit „dienstlichen Interessen“ dieses Amtes. Zuweilen verschmähen sie es nicht, mit Hilfe ihrer Diplomatenpässe in ihren eigenen Koffern Opium- oder Marihuana-päckchen zu schmuggeln.

Die direkte Beteiligung der CIA am Drogenschmuggel hat sich zum System ausgewachsen. Im Bericht des Repräsentantenhauses über den Fall Khramkruan wurde die CIA der Hilfe an eine Gruppe von Opiumhändlern aus Asien beschuldigt, die Opium in die USA eingeschmuggelt hatten. Die Gesetzgeber mußten feststellen, daß es absurd ist, daß gerade die CIA den Rauschgiftshandel zu unterbinden hat.

Die CIA macht mit Rauschgift verbrecherische Geschäfte und bestellt mit dem recht ansehnlichen Gewinn ihre Zuwendungen seitens der Regierung auf. Die Jahresgewinne der Mafias, die auf Rauschgiftshandel spezialisiert sind, sind z. B. größer als die Staatsetats aller Länder Mittelamerikas zusammengekommen. Die Einnahmen aus diesem Handel sind vor „unbefugten“ Augen geschützt und werden von keiner Seite kontrolliert.

Doch der Schmuggel, den Agenten Langleys mit dessen Wissen treiben, läßt sich, selbst wenn er in die Hunderte Kilogramm und sein Wert

in die Millionen geht, in keiner Weise mit der Drogensturzflut vergleichen, mit der die Welt von allerlei konterrevolutionären Terrorbarden überschwemmt wird, die die CIA aufstellt und unterhält.

Schon in den 50er Jahren beschloß der amerikanische Aufklärungsdienst, aus Angehörigen der Bergstämme der Meo-Völkerschaft in Laos, die Opiummohn anbauten, ein Söldnerheer für das gefährliche und aussichtslose politische Spiel in Südostasien aufzustellen. Für die Unterstützung der amerikanischen Abenteuer stellte die CIA diesen Stämmen Flugzeuge und Hubschrauber zum Abtransport des Opiums aus den schwer zugänglichen Gebieten zur Verfügung. Der Giftstrom aus dem nördlichen Indochina ergoß sich auf die Märkte verschiedener Länder. Im Jahre 1970 mußte das US-Büro für Aufsicht über Rauschgifte und gefährliche Medikamente folgendes zugeben: „Von dem vielen Heroin, das nach Europa und Amerika strömt, kommen 70% aus dem Dreieck Burma—Thailand—Laos, das von Opiumarmeen aus CIA-Söldnern kontrolliert wird“. Zu jenem Zeitpunkt nahm der Heroingenuss in den USA katastrophalen Umfang an.

Infolge der Vertreibung des amerikanischen Militärklüngels und des CIA-Personals aus Indochina und dank den Maßnahmen gegen die Erzeuger der Rohdrogen — Maßnahmen der Regierungen der Länder Indochinas — hat die Menge der Rauschgifte aus diesem sogenannten Goldenen Dreieck wesentlich abgenommen.

Infolge von Bemühungen der CIA tritt jetzt an die Stelle des Goldenen Dreiecks ein Goldener Halbmond, ein Raum, in dem pakistansche, afghanische und iranische Stämme leben, die Rohstoff für Drogen anbauen.

Das Amt zur Rauschgiftbekämpfung der USA (das das vorher genannte Büro für Kontrolle über Rauschgift und gefährliche Medikamente abgelöst hat), das den Verbrauch an diesen Mitteln am Beispiel der Stadt Newark verfolgt, hat folgendes festgestellt: Die Menge des Heroins, das 1980 auf den Schwarzmarkt dieser Stadt aus dem Goldenen Halbmond geliefert wurde, wuchs sprunghaft auf das 6fache an!

Nach wie vor hilft die CIA beim Rauschgifttransport mit Transportmitteln aus, in Indochina über die Luftfahrtgesellschaft Air America und in Südostasien mit Flugzeugen des Continental Air Service. Man hat Ursache anzunehmen, daß dafür auch die Gesellschaft Pakistan International Air Lines verwendet wird.

Der gefährliche Schmuggel wird

von Banken finanziert, die mit der CIA verbunden sind. Das geht z. B. aus einer Untersuchung bei der Nugun-Hand-Bank hervor. Sie geriet ins Blickfeld der australischen Behörden, nachdem einer ihrer Direktoren, Frank Nugun, im Januar 1979 in einem Auto auf einer kaum befahrenen Chaussee tot aufgefunden worden war. Die offizielle Untersuchung ergab, daß die Bank Gläubigerin großer Herointransporte war, die Heroin nach einigen Ländern, auch nach Australien, lieferten.

Mit der Teilnahme an der Verbreitung der Sucht verstößt die CIA größtenteils gegen sittliche und rechtliche Begriffe der modernen zivilisierten Gesellschaft. Das gesetzwidrige Treiben des Spionageamtes verträgt sich völlig mit dem allgemeinen Kurs Washingtons, das Verbrechen wie den internationalen Terrorismus, den Sturz unliebsamer Regierungen und die Unterdrückung nationaler Freiheitsbewegungen zur Staatspolitik erhoben hat.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

LEKTION 5

Übersetzen Sie folgenden Text:

1. Подвиги и герои. 2. Сталинградская битва

После поражения под Москвой фашистское командование начало подготовку второго общего наступления. Оно началось летом 1942 года в южной части фронта. Враг стремился овладеть Доном и Кавказом с его нефтью, перейти Волгу, отрезать Москву и центр страны от хлеба Кубани.

Имея значительный перевес в людях и технике, гитлеровские войска прошли советскую оборону и двигались к Волге. Враг надеялся на близкую победу: до Сталинграда* оставалось каких-нибудь 5—10 километров. На подступах к городу произошла битва, какой не знала история войн. Защитники Сталинграда стояли насмерть. Вспоминая эти тяжелые дни, Маршал Советского Союза В. И. Чуйков писал, что сражение достигло особого размаха в октябре. Ежедневно город бомбили 1 000 самолетов, а 14 октября их было 2 540. Все вокруг горело — горела земля, горела Волга. Облака дыма и пыли закрывали солнце, превращая день в ночь.

Мамаев курган был главным звеном в общей системе обороны Сталинграда. Здесь в последние месяцы 1942 года шли особенно ожесточенные бои. От разрывов бомб и снарядов изменились даже очертания огромного холма, который в зимнее время был пепельно-черным, обуглившимся.

О мужестве и героизме советских воинов дает представление оборона «дома Павлова». Более 50 суток защищала дом-крепость группа во главе с сержантом Павловым. Гитлеровцы обрушили на них лавину бомб, мин и снарядов, но так ничего и не добились. Эта боевая группа уничтожила при обороне дома больше фашистов, чем потеряла гитлеровская армия при взятии Парижа.

В ноябре 1942 года началось контрнаступление советских войск. Вскоре в окружение попало несколько немецких дивизий. Попытка гитлеровского командования прорвать кольцо окружения окончилась неудачно. 31 января 1943 года была разгромлена южная группа немецких войск. Ее остатки во главе с генерал-фельдмаршалом Паулюсом сдались в плен. 2 февраля капитулировали последние немецкие солдаты. Над разрушенным фашистами героическим городом воцарилась тишина.

Битва под Сталинградом продолжалась шесть с половиной месяцев. Она велась на огромной территории с участием 2 миллионов человек, 26 тысяч орудий и минометов, более 2 тысяч танков и 2 тысяч самолетов. Битва на Волге закончилась полным разгромом пяти армий фашистского блока. Эта победа положила начало коренному перелому в ходе Великой Отечественной и второй мировой войны. Инициатива военных действий была вырвана из рук немцев. Моральный дух гитлеровского вермахта был сломлен. Победа на Волге имела большое политическое значение. Весь мир понял: гитлеризм будет уничтожен, победа не за горами.

В 1967 году на Мамаевом кургане был сооружен памятник-ансамбль в честь великого подвига советских воинов как символ любви Родины к своим верным сынам.

* Сталинград был переименован в Волгоград в 1961 году.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die der Sowjetunion vom US-Imperialismus aufgezwungene Aufrüstung scheint Ihrem Land bestimmte wirtschaftliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Juan PARRA
Havanna, Kuba



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Felix
GORJUNOW

Ja, das tut sie. Der Sowjetstaat muß dem friedlichen Wirtschaftsaufbau beträchtliche Mittel für Verteidigungszwecke entziehen. Obwohl vom wirtschaftlichen und sozialen Standpunkt nichtproduktiv, sind solche Ausgaben notwendig, um das Sowjetvolk und unsere Bündnispartner gegen die militärische Bedrohung des Imperialismus abzusichern.

Wie real die imperialistische Bedrohung — im Unterschied zur erfundenen „sowjetischen Bedrohung“ — ist, weiß man in Kuba nicht bloß vom Hörensagen. Auch andere Völker, die sich unlängst vom Imperialismus befreit haben, wissen das. Zwischen 1946 und 1975 setzten die USA 215mal ihre Streitkräfte ein und drohten anderen Völkern mit militärischer Einmischung. In Washington wurde 19mal ein Kernwaffen-einsatz erwogen, darunter in vier Fällen unmittelbar gegen die UdSSR.

Auch jetzt werden wir bedroht. Die neue US-Administration setzt sich das Ziel, in den nächsten 10 Jahren das heutige Kräfteverhältnis zu ändern und eine militärische Übermacht gegenüber der UdSSR zu erlangen. Darüber hinaus will man die US-Bürger an den Gedanken gewöhnen, ein „begrenzter“ Nuklearkrieg sei vertretbar und könne ihnen sogar einen Sieg bringen. Deshalb müssen wir wachsam sein und unsere Streitkräfte modernisieren. Jene Kräfte, die auf militärische Überlegenheit sinnen, dürfen nicht einen Augenblick glauben, daß der Versuch, einen Krieg vom Zaun zu brechen, für sie nicht selbstmörderisch wäre.

Das Wettrüsten als Mittel zur „Zurückdrängung des Kommunismus“ — die Monopolbourgeoisie hat diese schon in den Jahren des kalten Krieges formulierte Strategie niemals aufgegeben — verfolgt auch noch das Ziel, die UdSSR wirtschaftlich zu schwächen.

„NEUE ZEIT“ 7.82

Nach Ansicht solcher Strategen könne sich die kapitalistische Wirtschaft sowohl Kanonen als auch Butter leisten, während die sozialistische gezwungen sein werde, um der Kanonen willen auf Butter zu verzichten. Vor vier Jahren schrieb die konservative Londoner Wochenschrift „Economist“, im Westen werde die Neuaufrüstung „ohne Tränen“ verlaufen, dafür aber „dem sowjetischen Verbraucher ein großes Stück Butter entreißen“.

Wie Sie sehen, Herr Parra, nötigt der US-Imperialismus uns einen wirtschaftlichen Wettbewerb unter den Verhältnissen des Wettrüstens auf. Bei allem Drang danach, uns militärisch zu besiegen, sind sich aber selbst die notorischsten Falken darüber klar, daß die Zeiten heute anders sind. Deshalb wollen sie wenigstens die wirtschaftliche Entwicklung des Sozialismus aufhalten.

Geht diese Rechnung auf?

Wie Sie gewiß verstehen, würde sich die sozialökonomische Entwicklung der UdSSR natürlich beschleunigen, könnten wir unsere Verteidigungsindustrie auf zivile Produktion umstellen. Die Landwirtschaft erhielte mehr Traktoren, Kombinen, Düngemittel und Mischfutter, um rascher alle Nahrungsmittel in genügenden Mengen zu liefern. Der Staat könnte mehr Mittel dem Ausbau von Städten und Dörfern, der Produktion neuer Waren und der Vervollkommnung von Dienstleistungen, die das Leben der Menschen erleichtern, zuführen. Mehr Ressourcen könnte die UdSSR dann auch für die wirtschaftliche Förderung der Entwicklungsländer zur Verfügung stellen und sich in größerem Umfang an der Lösung globaler Probleme — Nahrungsmittel, Energetik, Umweltschutz u. a. — beteiligen. Kurz, der Sozialismus könnte weit besser seine Möglichkeiten als gesellschaftliches System realisieren, das den Interessen der gesamten Menschheit dient.

Aber heißt das, daß die dem Sowjetvolk aufzoktroyierte Bürde der neuen militärischen Anstrengungen es dazu zwingt, auf die Strategie des wachsenden Wohlstands zu verzichten?

Der XXVI. Parteitag der KPdSU (1981) gab die Antwort auf diese Frage, indem er konkrete und real erreichbare Ziele in diesem Bereich für die nächsten 10 Jahre setzte. Wir werden all unsere Kräfte einsetzen, um bis 1985 das Wirtschaftswachstum um 18% und die Erhöhung der Realeinkünfte pro Kopf der Bevölkerung um 16,5% zu

erreichen. Die Sowjetbürger werden mehr Fleisch und Butter (übrigens haben wir, was den Butterverbrauch pro Kopf der Bevölkerung betrifft, die USA schon Ende der 70er Jahre überholt), noch mehr gute Waren, neue Wohn-, Krankenhäuser und Kindergärten haben. Wir werden anderen Völkern in ihrem Kampf gegen die Umtriebe des Imperialismus und der inneren Konterrevolution helfen, wie wir es auch heute tun. Kurz, das Sowjetvolk wird, und wenn es auch große Anstrengungen kostet, der Situation Herr werden, wie es auch früher bei imperialistischer Druckausübung der Fall war.

Sehr fraglich dagegen ist, ob die US-Falken die von ihnen selbst entfesselte Konfrontation verwinden können. Schon heute können wir mit Sicherheit sagen: „Ohne Tränen“ wird es für sie nicht abgehen. Wie Sie wissen, hat die Reagan-Administration die Militärausgaben dermaßen gesteigert, daß sie die Sozialprogramme abbauen mußte. Dabei stecken die USA wieder einmal in einer Wirtschaftskrise. Den jüngsten Prognosen zufolge wird das Bruttonsozialprodukt der USA in diesem Jahr um 0,5% zurückgehen, die Arbeitslosigkeit 10 Millionen erreichen und der Preisanstieg sein hohes Tempo behalten. Wie auch westliche Wirtschaftsexperten meinen, hängen Krise und Inflation nicht zuletzt mit der Wirtschaftsmilitarisierung zusammen. Der Staat und das Privatgeschäft geizen nicht mit Geld für neue Raketen — auf Kosten der zivilen Produktion. Die US-Reichen wählen eindeutig Kanonen statt Butter.

All das droht den Machthabern mit einer Zuspitzung der sozialen und politischen Lage. Ebendeshalb verlegt sich die westliche Propaganda, ohne das Lügenmärchen von der „sowjetischen militärischen Bedrohung“ aufzugeben, neuerdings darauf, „Wirtschaftsschwierigkeiten“, ja nachgerade eine „Krise des sowjetischen Wirtschaftssystems“ auszumalen, und klammert sich an die Ereignisse in Polen. Der Zweck ist, den militaristischen Taumel zu rechtfertigen und die zunehmende Unzufriedenheit der Massen mit der volksfeindlichen Politik der herrschenden Kreise zu dämpfen.

Nun können Sie, Herr Parra, selber darüber urteilen, wen das Wettrüsten mehr kosten wird: Die UdSSR, die sofort bereit wäre, die Schwerter in Pflugschare umzuschmieden, oder die USA, die jetzt in realer Gefahr schweben, aus dem Führer des industriellen Kapitalismus in einen höchst militarisierten, aber wirtschaftlich geschwächten Staat degradieren, der sich zudem in den Augen aller Völker endgültig in Mißkredit gebracht hat.

PS

Minister und eine tote Seele



Das bundesdeutsche Meinungsforschungsinstitut Emnid stellte im Auftrag des „Spiegel“ eine Umfrage nach der Bewertung der Bundesminister an. Die Liste umfaßte 16 wirkliche und einen ausgedachten Minister mit Namen Meyers (an seinem Beispiel wollte der „Spiegel“ den Wert solcher Umfragen feststellen). Die Befragten hatten den Ministern Noten von 1 bis 6 zu geben. Die 1 war die höchste. Diese bekam kein einziger. Mittelmäßige erhielten die Minister für das Auswärtige, für Verkehr, Landwirtschaft und Wirtschaft. Ihnen folgte mit einer durchschnittlichen Bewertung von 3,3 der ausgedachte Herr Meyers. Die übrigen bekamen noch schlechtere Noten als er.

Ein kostspieliges Vergnügen

In der chinesischen Provinz Fujian ist der Brautkauf weit verbreitet. Die Preise sind in den Landkreisen verschieden, werden aber überall größtenteils mit Sachwerten bezahlt. In manchen muß man für eine Braut außer einer erklecklichen Summe ein Fahrrad, eine Nähmaschine, eine Uhr, eine Kommode und Bettwäsche zahlen, in anderen außerdem ein Rundfunk-, ein Tonband und ein Fernsehgerät und sogar goldenen Schmuck. Natürlich können sich das viele nicht leisten. Die es können, geben für

die Hochzeit auch viel aus. So lud der Sekretär des Kreisparteikomitees von Maling, Provinz Sichuan, namens Hu Zijun, zur Hochzeit seines Sohnes 2500 Gäste ein und bestellte über 80 Kellner und Köche. Allein an Schweinefleisch wurden 500 kg verschmaust.

Bloß nicht Prinzessin werden

In Schweden verschwand die 19jährige Tochter des saudischen Geschäftsträgers, Fräulein Ablah Fahti. Sie wird von der Polizei und von Privatdetektiven gesucht, ja sogar von einem saudischen Prinzen, der sie heiraten will. Ablah hat eine schwedische Schule besucht, hat sich an die schwedische Lebensweise gewöhnt, schwedische Freunde gefunden und hat nicht die geringste Lust, den Prinzen zu heiraten. Kurz nach ihrem Verschwinden rief sie in der saudischen Botschaft an und sagte, sie habe Stockholm verlassen und wolle nicht nach Hause. Die schwedische Polizei ist in einer heiklen Lage. Sie fahndet nach der jungen Dame, und die auf ihre Fährte gesetzten saudischen Privatdetektive bleiben den Polizisten auf den Fersen, um zuzugreifen, wenn sie die Ausreißerin finden.

Die Macht der Musik



Mr. Michael Enzle, Professor für Psychologie an

der Universität Alberta (Kanada), machte ein Experiment, um zu klären, ob Weihnachtsklänge den Menschen wirklich milder und gütiger stimmen. Er bildete aus 26 Versuchspersonen zwei gleichgroße Gruppen. Der einen wurden Weihnachtslieder vorgespielt, die andere saß in völliger Stille. Danach wurden alle aufgefordert, einen Verbrecher zu verurteilen. Die im stillen Raum gesessen hatten, gaben ihm 5 Jahre Gefängnis, die den Weihnachtsklängen gelauscht hatten, ganze elf Jahre.

Wer sich selbst hilft, dem hilft Gott



Die italienischen Kidnapper haben sich eine neue Masche einfallen lassen. Sie suchen aus Kirchen die Gebeine von Heiligen zu entführen, um dafür dicke Lösegelder zu verlangen. Wie der britische „Observer“ berichtet, haben die Kirchenbehörden jetzt beschlossen, solche und andere Reliquien hinter kugelsicheren Scheiben und in Urnen mit elektronischen Schließern aufzubewahren. Das scheint ihnen sicherer zu sein als die Strafe Gottes, die die Kirchenschänder doch treffen mußte.

Sind sie denn schuld?

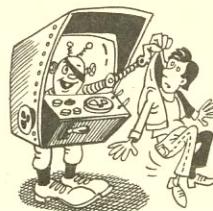
Die Arbeitslosigkeit zwingt viele Kanadier aus den Ostprovinzen, auf Arbeitssuche nach den westlichen zu gehen, deren Wirtschaft sich jetzt schneller entwickelt. Aber auch dort will man sie nicht haben. Der Bürgermeister von

Calgary, Ralph Klein, hat die zugereisten Arbeitssuchenden Landstreicher genannt und erklärt, die Polizei werde sie mit Cowboysmethoden hinaussetzen. Mr. Klein wetterte: „Selbst wenn wir sie im Gefängnis übereinander stapeln müßten, werden wir sie einsperren.“ Darauf hat der Arbeitsminister der ärmsten Ostprovinz, New Foundlands, dem Bürgermeister geraten, er soll mal zum Psychiater gehen.

Kinder der Polizeistunde

Die Polizeistunde, die in Obervolta nach dem Militärputsch von November 1980 verhängt wurde, hat unerwartete Früchte getragen: In einem Jahr ist die Geburtenzahl fast um 8% gestiegen.

Gefährliche Marasmenschen



Zu den unruhiglich bekannten einarmigen Banditen sind jetzt in den USA Video-Automaten gekommen, die Marasmenschen und andere Wesen aus dem Kosmos darstellen sollen. Sie schießen dort wie Pilze aus dem Boden. Wie die Londoner „Times“ schreibt, sind sie aus dem Leben der amerikanischen Jugend nicht mehr wegzudenken, und den Herren, die daran schwer verdienen, ist es völlig schnuppe, daß junge Menschen bei diesen „Spielchen“ nervlich kastagnetzen, sich die Augen verderben usw.

Zeichnungen:
V. Rosanzew